

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Der Einfluss der Ökonomisierung des Sozialen auf die Diskussion sozialpädagogischen Handelns

Eine Analyse der Zeitschrift „Erziehung Heute“ im Erscheinungszeitraum 1990-2004

Verfasserin

Marion Hackl

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.a phil.)

Wien, April 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt:
Studienrichtung lt. Studienblatt:
Betreuer:

A 297
Pädagogik
Ass. Prof. Mag. Dr. Johannes Gstach

Für JANA und ELENA

Vorwort

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Personen bedanken, die mich bei der Erstellung der vorliegenden Diplomarbeit unterstützt haben, besonderer Dank gilt:

- Zu aller erst meinen Töchtern Jana und Elena, die während der intensiven Phase der Diplomarbeitsverfassung auf viel gemeinsame Zeit verzichten mussten.
- Meinem Lebensgefährten Gernot, der mich in den unterschiedlichsten Bereichen bei der Erstellung der Diplomarbeit unterstützt hat und mit mir durch alle Höhen und Tiefen der Diplomarbeitsphase gegangen ist.
- Meinen lieben Eltern Inge und Fred, die mir durch ihre finanzielle und moralische Unterstützung dieses Studium erst ermöglicht haben.
- Meiner Schwester Sabrina für ihre geschwisterliche Hilfe; besonders dafür, dass ich Erfolgserlebnisse, wie Strapazen des Diplomarbeits schreiben mit ihr teilen konnte.
- Meiner Schwiegermutter Hilda für ihre unermüdliche Unterstützung bei der Kinderbetreuung.
- Meinen StudienkollegInnen Stefan und Fesi für die vielen hilfreichen Anregungen und die willkommene Abwechslung in den Kaffeepausen.
- Meinen Freundinnen und Freunden, die stets ein offenes Ohr für meine Probleme und Zweifel im Zuge der Verfassung der Diplomarbeit hatten.
- Nicht zuletzt Dr. Johannes Gstach für die Möglichkeit diese Diplomarbeit anzufertigen; außerdem für seine umfassende, unermüdliche, geduldige Betreuung und seine lehrreichen Rückmeldungen.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
1.1. Forschungsfrage	4
1.2. Gliederung der Diplomarbeit	6
2. Ökonomisierung	8
2.1. Privatisierung und Liberalisierung des Wohlfahrtsstaates	9
2.1.1. Privatisierung	11
2.1.2. Liberalisierung	13
2.1.3. Zwischenzusammenfassung	14
2.2. Managerialisierung Sozialer Arbeit	15
2.2.1. New Public Management	18
2.2.2. Kontrakt-Management	19
2.2.3. Qualitätsmanagement	23
2.2.4. Zwischenzusammenfassung	28
2.3. Dienstleistungsdebatte in der Sozialen Arbeit	30
2.3.1. Zwischenzusammenfassung	35
2.4. Zusammenfassung	36
3. Sozialpädagogisches Handeln	38
3.1. Sozialpädagogische Arbeitsfelder	40
3.1.1. Zwischenzusammenfassung	42
3.2. Sozialpädagogische Konzepte	43
3.2.1. Zwischenzusammenfassung	45
3.3. Sozialpädagogische Handlungsmethoden	45
3.3.1. Zwischenzusammenfassung	53
3.4. Zusammenfassung	55
4. Empirische Forschungsergebnisse aus Österreich zum Einfluss von Ökonomisierungstendenzen auf sozialpädagogisches Handeln	57
4.1. KundInnenorientierung	57
4.2. Exklusion	58
4.3. Zielvereinbarungen mit KlientInnen	59
4.4. Finanzierung	60
4.5. Entbürokratisierung	61
4.6. Qualitätssicherung	62
4.7. Betreuungsintensität	63
4.8. Doppeltes Mandat	64
4.9. Output-Orientierung	65
4.10. Zusammenfassung	66
5. Erkundungsperspektiven	69

6. Forschungsmethodische Herangehensweise	74
6.1. Inhaltsanalyse	75
7. Erhebung und Aufbereitung des Forschungsmaterials	77
7.1. Vorstellung des Untersuchungsmaterials	77
7.1.1. Zeitschrift „Erziehung Heute“	77
7.1.2. Begründung für die Wahl des Untersuchungszeitraumes	78
7.1.3. Kriterien für die Erstauswahl der Artikel	79
7.2. Kategorienfestlegung und Kategorienexplikation	80
7.2.1. Oberkategorie 1: Ökonomisierung	80
7.2.2. Oberkategorie 2: Sozialpädagogisches Handeln	83
8. Darstellung der Untersuchungsergebnisse	86
8.1. Oberkategorie: Ökonomisierung	86
8.1.1. Unterkategorie: Privatisierung/Liberalisierung	86
8.1.1.1. Zwischenzusammenfassung	92
8.1.2. Unterkategorie: Dienstleistung	93
8.1.2.1. Zwischenzusammenfassung	94
8.1.3. Unterkategorie: Managerialisierung	95
8.1.3.1. Zwischenzusammenfassung	97
8.1.4. Unterkategorie: Finanzierung	98
8.1.4.1. Zwischenzusammenfassung	98
8.1.5. Unterkategorie: Qualität und Qualitätsmanagement	99
8.1.5.1. Zwischenzusammenfassung	100
8.2. Oberkategorie: Sozialpädagogisches Handeln	101
8.2.1. Unterkategorie: Arbeitsfelder	101
8.2.1.1. Zwischenzusammenfassung	103
8.2.2. Unterkategorie: Organisation	103
8.2.2.1. Zwischenzusammenfassung	107
8.2.3. Unterkategorie: Zielgruppen	108
8.2.3.1. Zwischenzusammenfassung	111
8.2.4. Unterkategorie: Konzepte und Methoden Sozialer Arbeit	112
8.2.4.1. Zwischenzusammenfassung	118
8.3. Zusammenfassung	119
9. Interpretation der Untersuchungsergebnisse	122
10. Schlussbetrachtungen	129
11. Literaturverzeichnis	131
11.1. Internetquellen	141
12. Abkürzungsverzeichnis	142

1. Einleitung

„Zu Beginn des neuen Jahrtausends beherrschen die transkontinentalen kapitalistischen Oligarchien die ganze Welt. Ihre tägliche Praxis und ihr Rechtfertigungsdiskurs stehen in radikalem Widerspruch zu den Interessen der übergroßen Mehrheit der Erdbewohner. Die Globalisierung führt zur forciert fortschreitenden Verschmelzung der nationalen Volkswirtschaften, zu einem einheitlichen ‚Cyberspace‘. Dieser Vorgang bewirkt eine gewaltige Steigerung der Produktivkräfte. Alle Augenblicke werden immense Reichtümer geschaffen. Die kapitalistische Produktions- und Akkumulationsweise zeugt von einer wahrhaft verblüffenden und gewiss auch bewunderungswürdigen Kreativität, Vitalität und Kraft. In weniger als einem Jahrzehnt hat sich das Weltsozialprodukt verdoppelt und das Welthandelsvolumen verdreifacht. [...] zum ersten Mal in ihrer Geschichte genießt die Menschheit einen Überfluss an Gütern. Der Planet bricht schier unter seinen Schätzen zusammen“ (Ziegler 2003, 12f).

Trotz dieses immensen gesellschaftlichen Reichtums, den Jean Ziegler in diesem Zitat beschreibt, wird in politischen Diskussionen über alle Parteigrenzen hinweg immer offener die Ansicht vertreten, dass auf Grund der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung der Sozialstaat in seiner jetzigen Form nicht aufrecht zu erhalten sei (Scheipl 2003, 139). Otto (2002/4, 414) äußert die Befürchtung, dass es zu einem Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik komme, in dem es vermehrt darum gehe, die Ideologie und Logik des Kapitalismus auch auf gesellschaftliche Bereiche aus zu dehnen, die bisher nicht davon erfasst waren (Otto 2002/4, 414). Einen Ausdruck dieses Trends zur ‚Vermarktwirtschaftlichung‘ aller Lebensbereiche stellen die aktuellen Liberalisierungs- und Privatisierungstendenzen dar, die sich in den letzten beiden Jahrzehnten weltweit als eine wesentliche Säule neoliberaler Strategie durchsetzen konnten (Dickhaus/Dietz 2004, 8f; Otto 2002/4, 414). Ihr Hintergrund ist laut Huffschmid (2004, 1) einerseits ein rein ökonomischer, der darauf abzielt, privatem Kapital neue, möglichst profitable Anlagemöglichkeiten zu eröffnen; zu diesem Zweck sollen immer größere Bereiche der Gesellschaft für privatwirtschaftliche Anbieter geöffnet werden. Andererseits kann laut Butterwege (2006, 16ff) und Otto (2002/4, 414) aber auch eine fortschreitende Etablierung einer Hegemonie neoliberaler, kapitalistischer Ideologien beobachtet werden, die darauf abzielt eine an Effizienz und Effektivität orientierte Herangehensweise in nahezu allen Bereichen der Gesellschaft und des Individuums zu favorisieren.

Auch vor Österreich haben Entwicklungen in Richtung Privatisierung und Liberalisierung nicht halt gemacht. In den Medien breit diskutierte Beispiele dafür bilden ÖBB, Post und Postbus. Im Bereich der Sozialen Arbeit gibt es ebenfalls Schritte in Richtung Privatisie-

rung, Ökonomisierung und Liberalisierung, die sich vor allem durch eine Orientierung an kapitalistischen Verwaltungsabläufen, dem sogenannten Managerialismus (vgl. Kapitel 2.1.), kennzeichnen.

Die Reformen des Wiener Sozialbereichs der letzten Jahre stellen ein Beispiel für einen solchen Transformationsprozess in Österreich dar. Mit dieser Umstrukturierung verfolgt die Gemeinde Wien das Modell des ‚New Public Management‘ (NPM) nach dem strategische und operative Kompetenzen getrennt werden sollen. Strategische Überlegungen sollen dabei von der Politik betrieben werden, deren operative Umsetzung soll davon getrennt von privaten oder öffentlichen Einrichtungen vollzogen werden. Ziel dieser Herangehensweise ist es, die öffentliche Hand im Allgemeinen und in diesem Beispiel die Soziale Arbeit im Besonderen zu einer kosteneffizienteren Handhabung öffentlicher Gelder anzuhalten. Die Methode des NPM versucht das zu realisieren, indem sie eine Verwaltungseinheit näher an den Markt heranrückt, das heißt liberalisiert (Wimmer 2004, 125f).

1.1. Forschungsfrage

Da Liberalisierung und Ökonomisierung des Sozialen ein weltweites Phänomen darstellen, gibt es eine lebhaft internationale wissenschaftliche Diskussion dazu, die zum Beispiel in Großbritannien, Australien und Deutschland vorangetrieben wird. Für diese Staaten liegen auch schon einige empirische Studien über die Auswirkungen auf verschiedene Aspekte der Sozialen Arbeit vor. In Österreich steckt die wissenschaftliche Diskussion dieses Themas betreffend noch in den Kinderschuhen und kann bis jetzt nur auf eine geringe Anzahl von Studien zurückgreifen, die sich mit der Thematik der Privatisierung und Liberalisierung im Bereich der Sozialen Arbeit auseinandersetzen. Aber nicht nur in wissenschaftlichen Journalen wird dieses Themenfeld behandelt; auch in sozialpädagogischen Fachzeitschriften, die sich an in der Praxis stehende PädagogInnen wenden, spiegeln sich diese Entwicklungen wider. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, die Diskussionen, die in einer ausgewählten sozialpädagogischen Fachzeitschrift geführt werden, zu beleuchten. Sie wird sich daher mit folgender Fragestellung auseinandersetzen:

„Welche Bedeutung hat die Ökonomisierung des Sozialen für die Darstellung von sozialpädagogischem Handeln, seinen Handlungsfeldern und Zielgruppen in der Zeitschrift ‚Erziehung Heute‘ der Jahre 1990 – 2004?“

Aufgrund der analysierten Zeitschriftenartikel soll im Konkreten einerseits der Frage nachgegangen werden, ob die Ökonomisierung des Sozialen, in Bezug auf die Gesellschaft und das Individuum, die Diskussionen über Zielgruppen, Aufgabengebiete, Konzepte und Handlungsmethoden Sozialer Arbeit beeinflussen; andererseits soll auch erkundet werden, inwiefern sich aktuelle Vergabepraktiken¹ sozialpädagogischer Dienstleistungen auf die Diskussion im Rahmen der analysierten Zeitschriften auswirken. Laut Hege (2001, 12) waren sozialpädagogische und sozialarbeiterische Berufe seit ihrem Bestehen auch an eine soziale Administration gebunden, das heißt im Rahmen der Sozialen Arbeit beruflich Tätige arbeiteten und arbeiten immer noch auftrags- und weisungsgebunden, sei es nun in der Monarchie, im Nationalsozialismus oder in der Gegenwart. Im Anschluss daran erscheint es sinnvoll zu untersuchen, welchen Einfluss heutzutage aktuelle Vergabepraktiken im Bereich der Sozialen Arbeit auf die Darstellung sozialpädagogischer Praxis in pädagogischen Fachzeitschriften heutzutage haben.

Die Diskussionen, die rund um die Ökonomisierung des Sozialen und der Sozialen Arbeit geführt werden, beschäftigen sich oft mit dem Einsickern ökonomischer Begriffe, mit dem Verhältnis von öffentlicher Hand und privaten TrägerInnen oder mit steuerungsrechtlichen Fragen (vgl. exemplarisch: Butterwege 2004; Fischer 2005; Grunwald 2004; Hammer-schmidt 2005; Kessler 2005; Kruse 2005, Lutz 2005; Schnurr 2005, Sünker 2005, Szynga 2005, Thiersch 2005). Das hier präsentierte Forschungsvorhaben soll einen anderen Aspekt des Themenkomplexes aufarbeiten und beschäftigt sich deswegen mit der Frage, inwieweit sich gesellschaftliche Ökonomisierungstendenzen auf die Vorstellungen über die Zielgruppen Sozialer Arbeit und professionelles Handeln von SozialpädagogInnen auswirken. Um dies umzusetzen sollen die Beiträge der Zeitschrift „Erziehung Heute“ im Zeitraum 1990-2004 einer inhaltlichen Analyse unterzogen werden².

¹ Unter dem Wort Vergabepraktiken werden im Rahmen der vorliegenden Arbeit gesetzliche Richtlinien und etablierte Vorgehensweisen im Kontext der Vergabe sozialer Dienstleistungen verstanden.

² Die Begründung der Wahl des Untersuchungszeitraumes findet sich in Kapitel 6.1.2.

An dieser Stelle soll darauf hingewiesen werden, dass gesellschaftliche Ökonomisierungstendenzen nicht als einzige Variable in der Weiterentwicklung Sozialer Arbeit gesehen werden können. Es gibt selbstverständlich noch eine Reihe weiterer Aspekte; insbesondere neue wissenschaftliche Erkenntnisse führen sicherlich auch zu Veränderungen in sozialpädagogischen Handlungsmethoden, Konzepten und Handlungsfeldern sowie zum sozialpädagogischen Blick auf ihre Zielgruppen. Es wird jedoch angenommen, dass Ökonomisierungstendenzen eine Variable von vielen darstellen können, und eben diese bildet den Fokus der vorliegenden Arbeit.

1.2. Gliederung der Diplomarbeit

Die vorliegende Diplomarbeit ist in zehn Kapitel gegliedert. Davon widmen sich jene drei Kapitel, die direkt auf die Einleitung folgen, dem Aufbau eines theoretischen Rahmens. Im Zuge dieses Teils der Arbeit soll eine theoretische Auseinandersetzung mit den zwei Hauptbezugspunkten – Ökonomisierung und sozialpädagogisches Handeln – der vorliegenden Diplomarbeit stattfinden. So erfolgt in Kapitel 2, das den Titel Ökonomisierung trägt, eine Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Entwicklungstendenzen, die mit diesem Begriff assoziiert werden. Dabei werden zuerst die Ursprünge und Grundlagen des Ökonomisierungsbegriffes dargelegt um danach konkrete Ökonomisierungstendenzen zu erörtern. Hierbei werden die Privatisierung und Liberalisierung des Wohlfahrtsstaates (Kapitel 2.1), die Managerialisierung der Sozialen Arbeit (Kapitel 2.2) und die mit diesen Begriffen in Verbindung stehende Dienstleistungsdebatte (Kapitel 2.3) diskutiert. Im Rahmen dieser Kapitel wird auch auf mögliche Schwierigkeiten im Zuge der Ökonomisierung eingegangen, die aus sozialwissenschaftlicher, insbesondere sozialpädagogischer Sicht diskutiert werden, da sie auch innerhalb der verwendeten Fachliteratur einen breiten Raum einnehmen (vgl. exemplarisch für Österreich die Beiträge und Literaturverweise auf www.sozialarbeit.at/archiv.php)

Im dritten Kapitel der Diplomarbeit wird der Themenkomplex des sozialpädagogischen Handelns diskutiert, in dem auf sozialpädagogische Arbeitsfelder (Kapitel 3.1), Konzepte (Kapitel 3.2) und Handlungsmethoden (3.3) eingegangen wird. Daran anschließend sollen mögliche Auswirkungen der Ökonomisierung des Sozialen auf sozialpädagogisches Handeln anhand empirischer Forschungsergebnisse aus Österreich besprochen werden (Kapitel

4). Im Kapitel 5 werden Erkundungsperspektiven herausgearbeitet, die als Grundlage für die Analyse der Zeitschriftenartikel dienen sollen.

Im Kapitel 6 wird das forschungsmethodische Herangehen der vorliegenden Arbeit vorgestellt, um daran anschließend in Kapitel 7 auf das genaue Forschungsdesign einzugehen. In Kapitel 8 werden die Untersuchungsergebnisse dargestellt. Im darauf folgenden Kapitel 9 werden diese Ergebnisse in Auseinandersetzung mit dem Theorierahmen interpretiert. Im Rahmen der Schlussbetrachtungen werden die zentralen Ergebnisse der vorliegenden Diplomarbeit nochmals zusammengefasst dargestellt.

2. Ökonomisierung

Die Auseinandersetzung mit dem Phänomen der „*Ökonomisierung des Sozialen*“ geht auf Foucault (2006, 360ff; Hervorhebung im Original) zurück, der sich in seinen Vorlesungen am Collège de France in den Jahren 1978 und 1979 zur Geschichte der Gouvernamentalität damit auseinandersetzt, wie sich die Logik der Ökonomie auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausdehnt. Ein wesentliches Zeichen der Ökonomisierung ist die Orientierung an einem Effizienzgedanken im Sinne von Kosten-Nutzen-Kalkülen. Foucault (2006, 360ff) beschreibt in seinen Vorlesungen das Entstehen einer neoliberalen Hegemonie, die sich sowohl in den Transformationen des Staates und seiner Politiken als auch in vorherrschenden Vorstellungen über den Menschen und die menschliche Gemeinschaft und damit auch in der Sozialen Arbeit widerspiegelt (Foucault 2006, 340ff).

In Anlehnung an Foucault (2006, 336) lassen sich dabei auf zwei Ebenen relevante Entwicklungen für den Bereich der Sozialen Arbeit erkennen: im Organisationskontext wird die Form der marktwirtschaftlichen Unternehmensführung, der Managerialismus, als Ideal gesellschaftlicher Institutionen propagiert (Foucault 2006, 336). Die Verwirklichung dieses Ideals können Schnurr (2003, 329) und Hensen (2006, 167) unter anderem in der Umstrukturierung des Sozialbereichs erkennen, in der momentan - im Rahmen der Organisationsentwicklung - auf Konzepte gesetzt wird, die unter dem Stichwort *New Public Management* zusammengefasst werden können. Auf personaler Ebene wird mit dem *homo oeconomicus* ein Menschenbild vertreten, das das Individuum als „Unternehmer seiner selbst“ (Beck 1986, 217), als „Handlungszentrum, als Planungsbüro in Bezug auf seinen eigenen Lebenslauf“ (Beck 1986, 217) begreift, das seine Entscheidungen überwiegend auf Grund von Kosten-Nutzen-Überlegungen trifft (Foucault 2006, 310ff). Im Anschluss an solche Überlegungen entwickelten sich Konzepte der Aktivierung des Einzelnen, die sozialstaatliche Bemühungen als Entmündigung des Individuums kritisieren. Stelzer-Orthofer (2008, 17ff) ist der Meinung, dass diese Konzepte gesellschaftlichen Ursachen bestimmter Problemlagen nicht genügend Beachtung schenken, diese stattdessen auf ein bestimmtes individuelles Verhalten reduzieren und daraus folgernd die Rücknahme gesamtgesellschaftlicher Verantwortung fordern. Aber auch die Dienstleistungsdebatte im Rahmen der Sozialen Arbeit, die eine Transformation von „hilflosen KlientInnen“ zu „autonomen KundInnen“ fordert, kann in dieser Denktradition verortet werden. Hensen (2006, 170) postuliert, dass

dieser „neue Kunde“, der sich selbstbestimmt an den Handlungsprinzipien der Marktwirtschaft orientiert, zugleich „Ergebnis, als auch Beförderer der marktwirtschaftlichen Produktionslogik“ ist (Hensen 2006, 170; Kessl 2002, 1124). Auch Elias (1982, 317) geht davon aus, dass gesellschaftliche Entwicklungen nicht nur von Menschen vorangetrieben werden, sondern sich auch in Sinnstrukturen und Verhaltensweisen von Individuen niederschlagen. Dies wiederum beeinflusst die weitere Ausformung der Gesellschaft (Elias 1982, 317).

Im Folgenden soll auf die Privatisierung und Liberalisierung des Wohlfahrtsstaates, auf die Managerialisierung Sozialer Arbeit und auf die Dienstleistungsdebatte in der Sozialen Arbeit näher eingegangen werden, da diese Themenkomplexe zu jenen Rahmenbedingungen zu zählen sind in denen sozialpädagogisches Handeln vollzogen wird.

2.1. Privatisierung und Liberalisierung des Wohlfahrtsstaates

Öffentliche Dienstleistungen wie Wasserversorgung, Energieversorgung, Gesundheitsvorsorge, Bildung, öffentliche Verkehrsmittel oder auch Soziale Arbeit stehen in den letzten Jahren vermehrt unter Privatisierungs- beziehungsweise Liberalisierungsdruck. Seit den 1980er Jahren werden Privatisierungen und Liberalisierungen im Zuge neoliberaler Reformkonzepte weltweit angestrebt und letztlich auch umgesetzt. Zunächst geschah dies vor allem in den Ländern des Südens und des ehemaligen Ostblocks, seit geraumer Zeit setzt sich dieser Trend auch in der EU durch. (Dickhaus 2004, 5)

Konkrete Vorgaben kommen zum Beispiel vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, die laut Felber (2004, 50ff) und Angelo (2004, 4) im Rahmen ihrer Strukturanpassungsprogramme vor allem die Länder des Südens zu Privatisierungen und Liberalisierungen drängen. Weiters sind die Welthandelsorganisation (WTO) und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) treibende Kräfte, die Privatisierungen und Liberalisierungen verschiedenster Bereiche auf internationaler Ebene forcieren (Altvater 2003, 171f; Angelo 2004, 10; Hauschild 2004, 24ff). Aber auch die Europäische Union (EU) und nationale, wie kommunale Regierungen verankern Privatisierungen und Liberalisierungen in ihren

wirtschaftspolitischen Programmen (Dickhaus 2004, 8). Dabei zeigt sich, dass es keine Eins-zu-eins-Übertragbarkeit von Privatisierungsmodellen gibt, sondern „eine Vielfalt von Versionen und Mischverhältnissen“ (Otto 2000, 14). Deren genaue Ausprägung im Sozialbereich ist laut Otto und Schnurr (2000, 14f) von den historisch unterschiedlich gewachsenen nationalstaatlichen Wohlfahrtssystemen sowie von Träger- und Organisationsstrukturen im Sozialen Bereich abhängig. Außerdem hängt die genaue Ausprägung und Form von Privatisierungen auch vom Implementierungsverlauf selbst und von den jeweiligen Motivlagen der EntscheidungsträgerInnen und Betroffenen und dem bestehenden Kräfteverhältnis zwischen diesen ab.

Als Ausgangspunkt dieser Umstrukturierungswelle nennt Hensen (2006, 160) die von neoliberaler Seite propagierte Sozialstaatskritik, die die Sozialverwaltungen wegen zu hohem Kostenaufwand, ineffektivem Mitteleinsatz und unflexiblen bürokratischen Strukturen kritisiert und darauf abzielt, den Leistungsumfang und die Leistungstiefe sozialstaatlicher Unterstützung zu reduzieren. Privatisierungen, die Einführung von Wettbewerb und marktanalogen Strukturen sollen nun den handlungsunfähigen Staat ergänzen bzw. ersetzen (Hensen 2006, 160). Mit diesen Umstrukturierungen werden laut Köpp und Neumann (2003, 45) allerdings gesellschaftspolitische Verteilungsfragen der öffentlichen Debatte entzogen; außerdem komme es unter dem Deckmantel der Sachzwänge zu einer „entpolitisierten Form gesellschaftlicher Umverteilung“.

Die Beschäftigung mit dem Themenkomplex der Privatisierung und Liberalisierung des Wohlfahrtsstaates ist für das Forschungsvorhaben insofern relevant, als die vorliegende Arbeit auf den Zusammenhang zwischen strukturellen Rahmenbedingungen und sozialpädagogischer Praxis abzielt (Scheipl 2004, 233). Liberalisierungs- und Privatisierungsbestrebungen werden in dieser Arbeit in Anlehnung an Dickhaus und Dietz (2004, 8ff) als konkrete Umsetzung einer geforderten Ökonomisierung staatlichen Handelns aufgefasst. Mit ihrer Hilfe, so der Grundgedanke, sollen laut Hensen (2006, 173ff) Kosten-Nutzen-Kalküle, sowie Effizienz- und Outputorientierungen³ in Bereichen etabliert werden, als deren Legitimation bisher der Dienst am Gemeinwohl ausreichte.

³ Die Frage ob derartige Forderungen legitim sind, ist durchaus umstritten, kann an dieser Stelle aber nicht geklärt werden. Im Rahmen der folgenden Kapitel werden allerdings immer wieder unterschiedliche Meinungen dazu dargestellt werden.

Die Begriffe Liberalisierung und Privatisierung werden sehr weit gefasst und bezeichnen unterschiedliche, aber dennoch ineinandergreifende Wege durch die versucht wird bisher öffentliche Aufgaben ganz oder teilweise an private AnbieterInnen übergeben beziehungsweise dem freien Wettbewerb oder wettbewerbsähnlichen Bedingungen ausgesetzt werden (Dickhaus 2004, 6). In den folgenden Unterkapiteln soll, obwohl sich die Begriffe oft überschneiden und nicht klar voneinander abgrenzbar sind, auf jeden Begriff einzeln eingegangen werden.

2.1.1. Privatisierung

Mit dem Wort ‚Privatisierung‘ werden komplexe und vielgestaltige Begriffsinhalte assoziiert. Verallgemeinernd könnte mit Kämmerer (2001, 11f) davon ausgegangen werden, dass unter dem Wort ‚Privatisierung‘ ein Vorgang verstanden wird, bei dem sich ‚etwas‘ in Richtung Privatheit bewegt. Die Trennung zwischen privat und öffentlich ist laut Kämmerer (2001, 13ff) jedoch eher ein Konstrukt, als dass sie in der Realität in dieser Schärfe bestehen würde, da die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft ein hochkomplexes, dialektisches Gefüge sei. Trotzdem versucht Kämmerer (2001, 18) den Terminus ‚Privatisierung‘ zu fassen und geht dabei davon aus, dass allen Phänomenen, die er umschließt, die Prozesshaftigkeit des Sachverhalts, der in bestimmter Weise „Staatlichkeit“ durch „Privatheit“ ersetzt, gemeinsam ist.

Auch laut Auer et al. (2004, 11f) bedeutet Privatisierung im eigentlichen Sinne, dass die Besitzverhältnisse von der öffentlichen Hand in die Hände privater Unternehmen übergehen. Dieser rein am Eigentum orientierte Privatisierungsbegriff wurde laut Loesch (1987, 43) jedoch ausgedehnt; unter Privatisierung wird heutzutage auch die Überführung öffentlicher Aufgabenerledigung in privatrechtliche Organisationsformen, zum Beispiel in Aktiengesellschaften, GmbHs, Genossenschaften oder privatrechtliche Stiftungen verstanden. In Anlehnung an Pircher (2003, 21) und Kämmerer (2001, 18ff) kann folgende Einteilung getroffen werden: Eine gänzliche oder anteilhafte Überführung in privates Eigentum wird als ‚materielle Privatisierung‘ bezeichnet; wenn sich hingegen die öffentliche Hand bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben privatrechtlicher Organisationsformen bedient, so wird von ‚formeller beziehungsweise formaler Privatisierung‘ gesprochen. (Kämmerer 2001, 18ff; Pircher 2003, 21) Dies stellt eine massive Erweiterung des

Privatisierungsbegriffes dar. Beispiele für diese Art der Privatisierung wären für den Sozialen Bereich zum Beispiel die Auslagerung der Sozialagenden der Stadt Wien in den Fonds Soziales Wien (FSW), der eine privatrechtliche Stiftung darstellt, oder den Psychosozialen Dienst (PSD), der formal ebenfalls als Stiftung organisiert ist (Wimmer 2004; Dohnhauser 2005).

Pelizzari (2001, 24f) unterscheidet in Anlehnung an Zeuner (1998) drei verschiedene Privatisierungsformen. Dabei bezeichnet er den Verkauf von erwerbswirtschaftlichen Unternehmen wie Banken oder Stahlwerken, die sich bisher im Eigentum des Staates befanden, als „*Staatskapitalprivatisierung*“, die Reformen im Bereich der Infrastruktur wie Post, Bahn oder Wasserwirtschaft, die sich durch eine Übernahme der Aufgabenerledigung von privatwirtschaftlichen Trägern kennzeichnen, fasst Zeuner (1998) unter dem Begriff „*Aufgabenprivatisierung*“ zusammen. Charakteristisch hierbei sei, dass diese Betriebe in staatlicher Hand nunmehr in Konkurrenz zu neuen Anbietern treten müssen. Davon erwartet sich die öffentliche Hand eine Steigerung der Effizienz der Leistungserbringung. Als weitere Variante führt Pelizzari (2001, 24f) die „*Staatsprivatisierung*“ an, bei der sich an den Eigentumsverhältnissen nichts verändert, aber betriebswirtschaftliche Normen und privatwirtschaftliche Arbeitsverhältnisse eingeführt werden. (Pelizzari 2001, 24f; Hervorhebung im Original) Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wird auf diese letztgenannte Form der Privatisierung, die für den Bereich der Sozialen Arbeit als eine besonders relevante Variante erscheint, unter dem Begriff der Liberalisierung näher eingegangen werden⁴.

Auer et al. (2004, 11f) sind der Ansicht, dass mit einer wie auch immer gearteten Privatisierung eine Veränderung der primären Unternehmenskultur einhergehe, da nunmehr als wesentliches Kriterium für alle Entscheidungen Kosten-Nutzen-Kalküle herangezogen werden. Privatisierung hat jedoch nicht automatisch die Etablierung von Wettbewerb zur Folge, da die potentiellen Gewinne eines Unternehmens mit Monopolstellung weitaus höher sind als sie unter Wettbewerbsbedingungen wären und deshalb jedes Unternehmen danach trachtet, die Monopolstellung am Markt zu erlangen beziehungsweise zu behalten (Auer et al. 2004, 11f).

⁴ Wie bereits in der Einleitung zu Kapitel 2.1. erläutert wurde, lassen sich die Begriffe Privatisierung und Liberalisierung nicht trennscharf von einander abgrenzen.

2.1.2. Liberalisierung

Zur Etablierung von Wettbewerbsbedingungen im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen werden diese liberalisiert (Dickhaus/Dietz 2004, 6). Mit dem Terminus Liberalisierung wird nach Dickhaus und Dietz (2004, 6) genauso wie mit dem Begriff Privatisierung eine Reihe von Maßnahmen beschrieben, durch die in bislang durch die öffentliche Hand reglementierten Bereichen Marktbedingungen geschaffen werden sollen. Laut Auer et al. (2004, 8) bedeutet Liberalisierung grundsätzlich, dass

“- aus der Sicht der Anbieter von (öffentlichen) Dienstleistungen oder Gütern der geschützte Bereich (z.B. Gebietsmonopole) aufgelöst [werden] und dass sie in Konkurrenz zu anderen Anbietern treten müssen
- die Konsument/inn/en von (öffentlichen) Dienstleistungen oder Gütern ihren Versorger frei wählen können.“

Für Auer et al. (2004, 8) bedeutet das, dass Liberalisierung eine fundamentale Voraussetzung für die Einführung von Wettbewerb darstellt, aber nicht, dass Liberalisierung automatisch zu Wettbewerb führt, denn dieser kann nur entstehen, wenn eine Vielzahl von Unternehmen existiert, die untereinander konkurrieren. Durch Liberalisierungen können im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge laut Dickhaus und Dietz (2004, 6) zwei unterschiedliche Wettbewerbsstrukturen geschaffen werden: Der ‚Wettbewerb im Markt‘, bei dem Unternehmen innerhalb eines Versorgungsgebietes im Wettbewerb um die NutzerInnen stehen; dies würde in etwa der Diskussion der Subjektförderung⁵ und KundInnenorientierung⁶ in der Sozialen Arbeit entsprechen. Ziel einer Subjektförderung ist die maximale Auslastung einer sozialen Organisation (Diebäcker 2007, 2). Die zweite Möglichkeit wäre der ‚Wettbewerb um den Markt‘, bei dem Unternehmen um die Übernahme der Versorgungsleistung in einer Region konkurrieren, wie es zum Beispiel bei der Betreuung von AsylwerberInnen in Flüchtlingslagern der Fall ist, die seit 2002 an das Unternehmen ‚European Homecare‘ vergeben ist (Huemer 2003, 1; Rechnungshof 2007, 42). Kritisiert an derartigen Ausschreibungen wird oftmals, dass dadurch Leistungen an die billigsten Anbieter vergeben wird (Beckmann/Richter 2005, 137). So

⁵ Kennzeichen der Subjektförderung ist, dass nicht Institutionen oder Trägervereine gefördert werden, sondern einzelne NutzerInnen, die durch die Subjektförderung in die Lage versetzt werden sollen selbstbestimmt entscheiden zu können welche Hilfsmaßnahmen sie in Anspruch nehmen wollen.

⁶ Eine eingehendere Auseinandersetzung mit der Diskussion zur KundInnenorientierung Sozialer Arbeit findet sich in Kapitel 2.3. Dienstleistungsdebatte in der Sozialen Arbeit

Anbieter vergeben wird (Beckmann/Richter 2005, 137). So wurde im Fall der Vergabe der Bundesbetreuung an European Homecare nur 15 Prozent für die Qualität der Dienstleistung gewichtet, während der Preis mit 65 Prozent als wichtigstes Entscheidungskriterium zu bezeichnen ist (Rechnungshof 2007, 42; Steinbauer 2010, 58f)

Als eine weitere Form der Liberalisierung sehen Dickhaus und Dietz (2004, 6) auch die Deregulierung eines zuvor geschlossenen Marktes. Dabei zielen Deregulierungen vor allem auf die Rücknahme von politischen und gesetzlichen Bestimmungen ab; wie es im Jahr 2007 in Österreich zum Beispiel im Rahmen der rechtlichen Reformen der 24-Stunden-Betreuung von Pflegebedürftigen Personen geschehen ist (Rupp 2008, 3). Alle Formen der Liberalisierung haben gemeinsam, dass sie Aufgabenbereiche der öffentlichen Hand verstärkt an den Bedingungen des freien Marktes orientieren und damit laut Dickhaus und Dietz (2004, 7) eine Weichenstellung in Richtung Privatisierung darstellen.

2.1.3. Zwischenzusammenfassung

Zusammenfassend für das Kapitel Privatisierung und Liberalisierung kann gesagt werden, dass als Ausgangspunkt der Privatisierungs- und Liberalisierungstendenzen eine Kritik am Sozialstaat steht, die diesen als zu kostspielig, ineffektiv, unflexibel und bürokratisch bezeichnet. Diesem Missstand soll durch eine Einführung von marktanalogen Strukturen und Wettbewerb auch im Bereich der sozialpädagogischen Leistungserbringung Abhilfe verschafft werden (Hensen 2006, 160). Im Rahmen der angestrebten bzw. bereits umgesetzten Umstrukturierungen sollen als wesentliches Kriterium der Entscheidungsfindung sowohl im Bereich der Auftragvergabe als auch im Bereich der Leistungserbringung verstärkt Kosten-Nutzen-Überlegungen herangezogen werden (Auer 2004, 11f).

Kritisiert an dieser Herangehensweise wird vor allem, dass die Auftragsvergabe dadurch zu stark am Preis des Angebots orientiert sei und die Qualität der angebotenen sozialpädagogischen Dienstleistungen zu wenig Beachtung finde (Beckmann/Richter 2005, 137). Außerdem wird darauf hingewiesen, dass gesellschaftlichen Ursachen bestimmter sozialpädagogischer Problemlagen dadurch nicht genügend Beachtung geschenkt wird und diese stattdessen auf ein individuelles (Fehl-)Verhalten der Betroffenen reduziert werden (Stel-

zer-Orthofer 2008, 17ff). Weiters wird beanstandet, dass gesellschaftspolitische Verteilungsfragen folglich der öffentlichen Debatte entzogen werden (Köpp/Neumann 2003, 45).

2.2. Managerialisierung Sozialer Arbeit

Als ein Ausdruck der *Ökonomisierung des Sozialen* werden Umstrukturierungen auf der Ebene der Verwaltungsabläufe, teilweise auch der Handlungsabläufe von Sozialer Arbeit unter dem Schlagwort Managerialisierung diskutiert. Schon die Vielzahl der Wortbildungen, die den Begriff Management enthalten und in den letzten Jahren Einzug in den Sprachgebrauch Sozialer Arbeit gefunden haben, wie Sozialmanagement, New Public Management, Case Management, Care Management, Qualitätsmanagement, Kontraktmanagement lassen aufhorchen⁷ (Wöhrle 2002, 5f). Im Folgenden soll dargestellt werden, welche grundlegenden Kennzeichen der Managerialisierung Sozialer Arbeit identifiziert werden können.

Managerialisierungstendenzen in der Sozialen Arbeit stellen laut Dickhaus und Dietz (2004, 84) eine Konkretisierung der Liberalisierungsbestrebungen der öffentlichen Hand für den Sozialbereich dar. Laut Schnurr (2005, 238) wird mit dem Wort Managerialismus eine Ideologie bezeichnet, deren VertreterInnen sich auf Grund eines vor allem an betriebswirtschaftlichen Prämissen orientierten Managements Sozialer Arbeit eine Verbesserung der Kosten-Nutzen-Effizienz erwarten. Dabei sollen Steuerungsstrategien, die sich in der privaten Unternehmensführung etabliert haben, auf nicht-marktwirtschaftliche Leistungsbereiche übertragen werden. Galuske (2007, 335) sieht den "Managementboom in der Sozialen Arbeit [als] Ausdruck des Umbaus und der aktivierenden Neuprogrammierung von Sozialstaat und Sozialer Arbeit". NutzerInnen Sozialer Arbeit sollen im Sinne des Menschenbildes des *homo oeconomicus* dazu bewogen (aktiviert) werden ihren Problemlagen selbstverantwortlich zu begegnen.

White (2000, 18), kritisiert in diesem Zusammenhang wiederum folgendes::

„Der gegenwärtige in den öffentlichen Dienstleistungsorganisationen vorherrschende Managerialismus (...) hat versucht, Effektivität, Effizienz und Wirtschaftlichkeit als

⁷ Diese Entwicklung des Sprachgebrauchs legt die Vermutung nahe, dass sich dadurch nicht nur Begrifflichkeiten verändern, sondern dies mitunter auch Einfluss auf die Erbringungszusammenhänge Sozialer Arbeit haben könnte. Sofern es sinnvoll erscheint, wird auf Diskussionen derartige Tendenzen betreffend in den folgenden Kapiteln eingegangen.

vorrangige Prinzipien zu installieren. Das Ergebnis ist angeblich die schlanke und abschreckende (leaner and meaner) Organisation, die auf flexible Reaktionen im Hinblick auf ein sich rasant veränderndes wohlfahrtstaatliches Feld ausgerichtet ist. (...) Was in Organisationen, die nach den Prinzipien des Managerialismus strukturiert sind, zählt, sind erkennbare Resultate sowie der Primat des Produkts über den Prozess“.

Das im Zitat formulierte Ziel, erkennbare Resultate zu erlangen, könnte auch aus sozialpädagogischer Sicht als durchaus erstrebenswerte Herangehensweise interpretiert werden, wenn nicht gleichzeitig die Befürchtung geäußert werden würde, dass pädagogische Ziele zu Gunsten von Wirtschaftlichkeitsprinzipien in den Hintergrund rücken.

Winkler (2008, 129) bezeichnet es als zentralen Aspekt der Managerialisierung, dass nun mehr von den erreichten Effekten her gedacht werden solle, die Ziele selbst jedoch nicht zur Diskussion gestellt werden. Eine sehr kritische Meinung vertritt hier Howe (1996, 88ff, nach White 2000, 23) in dem er kritisiert, dass aufgrund von Kosten-Nutzen-Überlegungen und der Orientierung an den Outputs Sozialer Arbeit die Gefahr besteht, dass die Lebensumstände der NutzerInnen nicht mehr analysiert werden um eine Erklärung für ihre Situation zu finden, sondern lediglich ihr Verhalten beurteilt und auf ein zu erwartendes Verhalten hin untersucht wird. Als Konsequenz dieser Herangehensweise werden finanzielle Einsparungen erwartet. Howe (1996, 91 nach White 2000; 24) merkt als weitere mögliche Folge aber auch an, dass der pädagogische Blick auf mögliche Verursachungszusammenhänge sozialer Problemlagen verloren gehen könnte und die Probleme von NutzerInnen sozialpädagogischer Angebote weder auf individueller noch auf gesellschaftlicher Ebene reflektiert werden.

Laut Schnurr (2005, 239f) könnten managerielle Organisations- und Steuerungsmodelle neben den organisatorischen Rahmenbedingungen, in denen sich Leitung und Steuerung vollziehen, auch Einfluss auf sozialpädagogische Handlungsmethoden haben, da sie die Anforderungen, die an Soziale Arbeit gestellt werden, verändern. Außerdem wird vermutet, dass dadurch die Tendenz begünstigt werde, die Aufmerksamkeit der ProfessionistInnen auf jene Aspekte sozialpädagogischer Tätigkeiten zu zentrieren, die aus der Sicht einer Kosten-Leistung-Überlegung besonders relevant sind. So konstatieren auch empirische Studien (vgl. exemplarisch: Schöppl 2006, 103ff; Dohnhauser 2005, 22ff), die den Zusammenhängen zwischen Managerialisierung

und sozialpädagogischem Handeln nachgehen, die Entstehung eines enormen administrativen Zeitaufwands für die Erfüllung von Dokumentations- und Nachweispflichten⁸. Weiters zeigen Schöppl (2006, 103ff) und Dohnhauser (2005, 22ff) mit ihren Studien auf, dass Kostengesichtspunkte Einfluss auf professionelle, fallbezogene Entscheidungen in Bezug auf Hilfeformen und Leistungsarten von SozialpädagogInnen/SozialarbeiterInnen haben (Schnurr 2005, 240; vgl. auch Kapitel 4.4 und 4.9). Außerdem scheint sich die Annahme zu erhärten, dass im Spannungsverhältnis des Doppelten Mandats⁹ die Interessen der öffentlichen Hand stärker berücksichtigt werden als die Bedürfnisse der NutzerInnen Sozialer Arbeit (Schöppl 2006, 103ff; vgl. auch Kapitel 4.8), Soziale Arbeit vermehrt überprüfenden Charakter annimmt¹⁰ (Dohnhauser 2005, 22ff) und die Intensität und Dauer des Kontaktes mit KlientInnen darunter leidet (Dohnhauser 2005, 22ff; vgl. auch Kapitel 4.7).

Außerdem sind Jones und Jordan (1996, 257 zit.n. White 2000, 19) der Ansicht, dass die Managerialisierung dazu führt, dass der professionelle Spielraum in der Sozialen Arbeit immer kleiner werde, da vermehrt Kriterien für die Entscheidungsfindung vorgeschrieben werden. Auch Banks (1998, 214 zit.n. White 2000, 19) spricht von einer massiven Zunahme von detaillierten Vorschriften, prozeduralen Regelungen und Checklisten, die er als Beschneidung professioneller Autonomie und Ermessensspielräume einschätzt¹¹.

Nach Karsten (2005, 1760) ist ein entscheidendes Kennzeichen der Managerialisierung Sozialer Arbeit ein paradigmatischer Wechsel in der Auffassung darüber, was Sozialpädagogik zu leisten habe. Im Zentrum stünden nun nicht mehr eine „gemeinsame Praxis handlungsfähiger und sinnorientierter Subjekte in ihrem (...) Lebens- und Bildungsprozess“, sondern es gehe zunehmend darum zu regeln, wie „soziale Dienstleistungen als Produkte und Erzeugnisse hervor gebracht werden; Wertschöpfung, Erzeugnis, Güterherstellung, Umwandlung des Objektiven stehen im Fokus“ (Winkler 2008, 130). Die Erbringung Sozialer Arbeit orientiere sich damit

⁸ In Bezug auf den Zusammenhang zwischen Managerialisierung und dem Anstieg von Dokumentations- und Nachweispflichten vgl. auch Kapitel 4.5. der vorliegenden Arbeit

⁹ Der Begriff Doppeltes Mandat wird für das „Spannungsverhältnis zwischen Handlungsverständnis der Disziplin und den institutionellen Determinanten der Tätigkeit“ verwendet und gilt als „zentraler Konflikt der Sozialen Arbeit“ (Stimmer 2000, 151)

¹⁰ Wobei an dieser Stelle darauf verwiesen werden sollte, dass die Annahme, dass Soziale Arbeit auch eine überprüfende, disziplinierende Aufgabe innewohnt bereits seit Längerem diskutiert wird (Hollstein/Meinhold 1973)

¹¹ Derartige Entwicklungen könnten eventuell auch als Professionalisierungstendenzen gedeutet werden, da der Fokus dieser Diplomarbeit auf mögliche Folgen von Ökonomisierungstendenzen gerichtet ist, wird dieser Vermutung jedoch an dieser Stelle nicht weiter nachgegangen.

laut Hensen (2006, 159) nicht mehr primär an einem normativ-sozialpolitischen Handlungsmuster, sondern an liberalen Marktprinzipien. (Hensen 2006, 159; Pelizzari 2001, 33)

Im Rahmen der Durchführung von Managerialisierungskonzepten werden verschiedene Formen von Managerialisierung praktiziert, die sich vor allem dadurch unterscheiden, auf welche Teilaspekte der Verwaltungs- bzw. Handlungsabläufe der betroffenen Dienstleistung sie abzielen. Im Folgenden werden die wichtigsten Formen kurz dargestellt.

2.2.1. New Public Management

New Public Management (NPM), auch unter den Begriffen *Neue Steuerung* und *Sozialmanagement* diskutiert, hat sich als aktuelles Leitprinzip sozialpolitischer Liberalisierungsbestrebungen etabliert (Kreft/Mielenz 2005, 840ff). In diesem Unterkapitel soll ein kurzer Überblick darüber gegeben werden, was gemeint ist, wenn von NPM gesprochen wird.

Die Methode der *Neuen Steuerung* hat laut Schnurr (2003, 330f) zum Ziel, Kosten- und Ausgabengesichtspunkte zu einer maßgeblichen Entscheidungsgröße im Rahmen professioneller sozialpädagogischer Entscheidungen und Handlungen zu machen. Als grundlegende Kennzeichen für die Steuerung öffentlicher Dienstleistungen nach dem Modell des NPM nennt Pelizzari (2001, 58ff), der sich aus einer kritischen Perspektive mit dem Themenfeld auseinandersetzt, zehn Aspekte. Jene, die für das vorliegende Forschungsvorhaben interessant erscheinen, sollen im Folgenden dargestellt werden:

Als erstes Kennzeichen nennt der Autor (Pelizzari 2001, 58; Hervorhebung im Original) das *“Prinzip einer eng betriebswirtschaftlich definierten Effizienz”*, bei dem der Staat nur noch die Rahmenbedingungen für einen funktionierenden Markt aufrecht erhalten soll. Dahinter steht die Annahme, dass sich durch Privatisierungen, Outsourcing und der Vergabe von Leistungsaufträgen ein Markt mit Wettbewerbsbedingungen ergebe, der zu einer höheren Kosteneffizienz bei gleichzeitiger Steigerung der Qualität führe. Außerdem soll eine *“Plurale Struktur von Leistungsanbietern im Wettbewerb untereinander”* (Pelizzari 2001, 58; Hervorhebung im Original) für jene Bereiche, die nicht privatisiert werden, geschaffen werden. Effizienz- und Effektivitätsvergleiche zwischen ähnlichen Einheiten (Benchmarking) und ein interner sowie externer Wettbewerb bei der Vergabe von Aufträ-

gen im Rahmen des Kontraktmanagements (vgl. hierzu Kapitel 2.2.2) sollen gewährleisten, dass auch jene Bereiche, die immer noch in öffentlicher Hand liegen, nach einer kapitalistischen Kosten-Nutzen-Logik verwaltet werden.

Um dies zu gewährleisten, soll es zu einer *“Trennung der strategischen von den operativen Kompetenzen”* kommen. Politische Behörden sollen nunmehr lediglich über die groben Ziele der erbrachten Leistung entscheiden, umgesetzt werden diese von den Leistungsträgern autonom. Mit Hilfe von den aus der japanischen Unternehmensführung stammenden Konzepten der Lean Production und des Total Quality Managements soll möglichst kosteneffizient und den Bedürfnissen der KundInnen entsprechend gearbeitet werden. Im Zuge generalisierender Evaluationen, welche die Wirtschaftlichkeit, die Effizienz, die Effektivität, die Wirksamkeit und die Qualität einer Leistung messen sollen, kommt es außerdem dazu, dass alle Tätigkeiten als Produkte definiert und voneinander abgegrenzt werden müssen, um sie messen und vergleichen zu können und ihnen in weiterer Folge genaue Kosten zuordnen zu können (Bakic 2007, 67ff).

Über allen anderen Prinzipien schwebt laut Pelizarri (2001, 61) ein Kosten- und Effizienzdruck, der darauf abzielt, die Bedürfnisse der KlientInnen mit den verfügbaren finanziellen Ressourcen in Einklang zu bringen. In Zeiten von Sparprogrammen und einer krisenhaften, gesellschaftlichen Entwicklungstendenz, die sich nicht nur auf die materielle Lebensqualität der Menschen, sondern auch auf ihre psycho-soziale Befindlichkeiten auswirkt, ist laut Pelizarri (2001, 58f) anzunehmen, dass eine derartige Strategie im Bereich der Sozialen Arbeit auf eine Verwaltung des Ausschlusses aus der Gesellschaft besonders benachteiligter NutzerInnengruppen Sozialer Arbeit zusteuern könnte.

2.2.2. Kontrakt-Management

Im Zuge der Managerialisierung Sozialer Arbeit, wie sie in Europa und besonders in Großbritannien seit den 1980ern und in Österreich seit den 1990er Jahren vorangetrieben wird, spielt die Diskussion darüber, wie und unter welchen Bedingungen öffentliche Gelder für soziale Belange eingesetzt werden sollen, eine tragende Rolle. Eine der in der wissenschaftlichen Literatur vieldiskutierten und auch praktisch umgesetzten Methoden stellt das Kontrakt-Management dar, bei dem Gelder aufgrund von Leistungsverträgen vergeben

werden, welche die Verwendung der finanziellen Mittel genau definieren sollen. Diese Art der Auftragsvergabe soll eine möglichst effiziente Verwendung der Gelder gewährleisten. Auch in Österreich hat sich die Methode des Kontrakt-Managements bei der Vergabe öffentlicher Gelder in den 1990er Jahren des letzten Jahrhunderts und zu Beginn des neuen Jahrtausends durchgesetzt. Seit 1993 gibt es ein Bundesvergabegesetz, seit 2002 soll dieses Vergabegesetz die gesamte öffentliche Geldervergabe auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene im Sinne der Leitlinien des Kontrakt-Managements einheitlich regeln. (Aicher 2006, 5)

Alford (2004, 67) bezeichnet als die zentralen Elemente des Kontrakt-Managements die Trennung zwischen der politischen Gestaltung einer Dienstleistung und deren Erbringung, das Auslagern (Outsourcing) von Dienstleistungen unter Wettbewerbsbedingungen und die Unterwerfung öffentlicher Einrichtungen unter die Bedingungen des Marktes oder eines, durch die Liberalisierung auch im Bereich staatlich erbrachter sozialpädagogischer Dienstleistungen, eigens erzeugten Scheinmarktes.

Basis für die Auftragsvergabe auf Grund von Leistungsverträgen bildet die Überlegung, dass im neoliberalen Denken davon ausgegangen wird, dass AuftraggeberIn und AuftragnehmerIn unterschiedliche Interessen verfolgen und eigennützig handeln. Deswegen trennen Kontrakte im Rahmen der Erbringung Sozialer Arbeit in die Rolle der KäuferInnen und ErbringerInnen sozialpädagogischer Tätigkeiten. Dadurch werden, ganz im Sinne des NPM, Entscheidung und Kontrolle bei den AuftraggeberInnen als KäuferInnen zentralisiert und die Umsetzung und Durchführung diesbezüglicher Verantwortlichkeiten liegt bei den ErbringerInnen, die den AuftraggeberInnen vollständig rechenschaftspflichtig sind. Dabei sollte es bewusst keine Kooperation bei der Entwicklung und Fortschreibung von Programmen und auch keine Rückmeldung der betroffenen KlientInnen oder Professionellen geben, da dies aus Sicht der VertreterInnen des Neoliberalismus zu Bürokratisierung, Ineffizienz und einem zu starkem Wachstum sozialstaatlicher Dienste und Leistungen führen würde. (Muetzelfeldt 2000, 69f)

Ziel der Herangehensweise des Kontraktualismus¹² ist die Erweiterung der Sphäre des Marktes und die Reduktion des öffentlichen Bereichs, wobei von den BefürworterInnen dieses Systems davon ausgegangen wird, dass dies zu den bereits erwähnten Effekten der Kostenreduktion, der Kosten- und Leistungstransparenz sowie zu Effizienzsteigerungen führe (Alford 2004, 67; Galiläer 2005, 111ff). Zentrale Überlegung dieser Hoffnung ist die Annahme, dass privatwirtschaftliche TrägerInnen ihre Dienste durch die Steigerung organisationstechnischer Effizienz, durch Massenproduktionsvorteile und Diversifikationsvorteile¹³ günstiger anbieten könnten als Einrichtungen, die sich in staatlicher Hand befinden. Außerdem besteht die Erwartungshaltung, dass durch das Kontrakt-Management private soziale Einrichtungen ihre Leistungen auch mit verbesserter Qualität und erhöhter Rechtzeitigkeit¹⁴ für die öffentliche Hand anbieten würden. (Alford 2004, 71).

Die Einführung des Kontrakt-Managements führe laut May (2000, 4f) weiters zu einer Spaltung in ausführende Sozialarbeit und betriebswirtschaftlich professionalisiertes Management, da die erzeugte Konkurrenz unter den ErbringerInnen Sozialer Arbeit diese dazu zwingt, den Sozialmarkt kontinuierlich zu beobachten, um sich selbst bei der Aushandlung von Verträgen in eine gute Position rücken zu können. Weiters führe die erzeugte Konkurrenz dazu, dass es auf innerorganisatorischer Ebene zu einer Umstrukturierung der Organisation komme, damit diese effizient auf die verhandelten Leistungsmerkmale ausgerichtet sei. Für die Erledigung dieser beiden Aufgabenbereiche – Beobachtung des Sozialmarktes und Umstrukturierung der Organisation – braucht es ExpertInnen, die dann als Management bezeichnet werden. Ebenso stellt Merchel (2004, 133ff) fest, dass Kontrakte als Steuerungsmodi sowohl im außerorganisationalen Bereich zwischen politisch-administrativen Instanzen und freien Trägern, als auch auf der innerorganisatorischen Ebene an Bedeutung gewonnen haben, um Beziehungen zwischen der Leitung und den MitarbeiterInnen, beziehungsweise bei komplexen Organisationen, um Vereinbarungen zwischen verschiedenen Organisationssegmenten zu regeln.

¹² Die Worte Kontraktualismus und Kontrakt-Management werden im Folgenden in Anlehnung an die verwendete Literatur synonym verwendet.

¹³ Mit dem Begriff Diversifikation wird im Rahmen der Wirtschaftswissenschaft eine Ausweitung des Sortiments bezeichnet, damit ist die Entwicklung von neuen Produkten für bis dahin nicht erschlossene Märkte gemeint.

¹⁴ Unter „erhöhter Rechtzeitigkeit“ wird in diesem Zusammenhang eine möglichst schnelle sozialpädagogische Reaktion auf neu auftretende soziale Problemlagen verstanden.

Als Voraussetzungen für die erfolgreiche Anwendung des Kontrakt-Managements werden ein konkurrenzfähiger Markt von Anbietern, die Möglichkeit die Produkte oder Outcomes der Dienstleistung im Voraus zu spezifizieren und die Möglichkeit der Überwachung der Leistungserbringung des Anbieters genannt (Alford 2004, 72).

Als mögliche Vorteile der Wettbewerbslogik und der damit einhergehenden Präzisierung der Anliegen des Auftraggebers sieht Peters (2004, 162f) die größere Klarheit bezüglich der Ziele und der erwarteten Qualität der Leistungserbringung, die erhöhte Planungssicherheit bei Langzeitverträgen, die Verbesserung hinsichtlich des eigenen Finanzcontrollings von sozialen Einrichtungen, sowie mehr Kostenbewusstsein. Peters (2004, 162f) sieht aber auch Nachteile an dieser Herangehensweise: So würden zum Beispiel negative Auswirkungen auf die Qualitätsentwicklung im Sinne einer Weiterentwicklung von Fachlichkeit befürchtet, da die einzelnen TrägerInnen aufgrund der Konkurrenzlogik, die dem Wettbewerbsdenken innewohnt, dazu tendieren könnten ihre Kooperationen einzuschränken und sich abzuschotten anstatt ihre Erfahrungen und ihr Wissen auszutauschen und im Sinne der KlientInnen gemeinsam zu nützen.

Im Gegensatz zu den UnterstützerInnen der Marktphilosophie, die sich ein Ansteigen der Vielfalt der AnbieterInnen Sozialer Dienste erwarten, vermutet Peters (2004, 162f) genau wie die Sachverständigenkommission des Elften Kinder- und Jugendberichtes (Böllert 2004, 125) die Tendenz einer Einschränkung der Wahlmöglichkeiten für AdressatInnen, da größere Einrichtungen im Wettbewerb eher bestehen könnten als kleine. Das Resultat daraus könnte außerdem eine schlechtere regionale Erreichbarkeit sein und eine Bevorzugung von ‚erfolgsversprechenden‘ KlientInnen, was die Konkurrenzlogik auf KlientInnenebene fortsetzen würde und unter Umständen zum Ausschluss besonders benachteiligten KlientInnen führen könnte. Außerdem bestünde die Gefahr, dass es durch den Kostenwettbewerb zu einer Absenkung des Leistungsniveaus für KlientInnen und zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der Lohnstandards für die ProfessionistInnen kommt. Weiters wird kritisiert, dass die anwaltliche und parteiergreifende Funktion Sozialer Einrichtungen für ihr Klientel verloren gehen könnte, da die Ausschreibungsklauseln dies oft dezidiert ausschließen und zudem noch festlegen, dass öffentliche Äußerungen der beauftragten sozialpädagogischen Einrichtungen vorher den finanzierenden Stellen vorgelegt werden müssen. Dies wiederum führe dazu, dass eine kritische Reflexion sozialer Prob-

lemfelder und sozialpädagogischer Tätigkeiten in der gesamtgesellschaftlichen Öffentlichkeit nicht mehr geführt werden könne (Peters 2004, 162f; Böllert 2004, 125; vgl. hierzu auch Kapitel 4.5.)

Aber selbst wenn der Ansatz, dass Soziale Dienste unter Wettbewerbsbedingungen erbracht werden sollen, geteilt wird, bleibt immer noch die Frage, ob es überhaupt genügend AnbieterInnen im Sozialen Bereich gibt, welche die angestrebte Konkurrenzsituation ermöglichen. Und, falls es sie momentan geben sollte, bliebe das Problem einer drohenden Monopolisierung aufgrund der Verdrängung kleinerer Einrichtungen, die im Rahmen eines liberalisierten (Sozial)Marktes nicht bestehen könnten. Ohne Wettbewerb gebe es in der Logik des Neoliberalismus aber auch keine Anreize zu Kostensenkungen, Effektivitätssteigerungen oder Qualitätsentwicklungen, womit das gesamte auf Wettbewerb beruhende System auf eher wackeligen Beinen zu stehen scheint. BefürworterInnen der Ökonomisierung Sozialer Arbeit gehen hingegen von der Annahme aus, dass kleinere Anbieter auf Grund ihrer unbürokratischen Struktur sozialpädagogische Leistungen günstiger und flexibler erbringen könnten.

2.2.3. Qualitätsmanagement

Wie die Auseinandersetzung mit dem Konzept des Kontrakt-Managements gezeigt hat, wird im Rahmen der Fachliteratur neben den angestrebten Vorteilen auch viele Bedenken und Risiken in Bezug auf die Auswirkungen dieser Art der Geldvergabe auf die Qualität Sozialer Arbeit hingewiesen. Um der Gefahr des Qualitätsverlustes zu begegnen, ist die öffentliche Hand bestrebt, Leistungsbeschreibungen vorzunehmen und Zertifizierungen zu verlangen, um auf diese Weise ‚BestbieterInnen‘ zu definieren (BVergG 2006, 50f; Fonds 3 2006). Dabei wird vor allem auf die aus der Wirtschaft stammenden Methoden des Qualitätsmanagement (QM) und der Qualitätssicherungsverfahren (QS) zurückgegriffen. Hauptanliegen von QM im Sozialen Bereich ist laut Posch (2004, 411), den Grundkonflikt zwischen einer möglichst umfassenden Hilfe für KlientInnen und der materiellen und finanziellen Sicherung des Unternehmens auszubalancieren. Merchel (2004, 27) benennt als weiteres Ziel der Qualitätsdebatte die Legitimation der geleisteten Arbeit gegenüber der Gesellschaft als auch im Rahmen der eigenen Organisation. Als Aufgaben des Qualitätswesens, um dieses Ziel zu erreichen, nennt Frehr (1999, 41ff) unter anderem:

- eine Konzeption und ständige Aktualisierung des unternehmensweiten Qualitätssicherungssystems
- die Ermittlung und Einführung von ‚Qualitätswerkzeugen‘
- die Aufstellung jährlicher Qualitätszielsetzungen
- eine Definition von Messgrößen für Qualität
- eine Verbreitung der erzielten Verbesserungsergebnisse
- die Durchführung von Qualitäts-Schulungsprogrammen
- und das Erstellen von Fehleranalysen

Der erste von den Amerikanern William Edwards Deming und Joseph Moses Juran entwickelte Qualitätszirkel wurde 1969 in einem japanischen Unternehmen eingeführt (Deming 1986, Juran 1995). Im Anschluss daran kam es zu einer Weiterentwicklung und Ausbreitung der Maßnahmen im Qualitätssektor, die in der Gründung einer internationalen Normierungsinstitution, der *Internationalen Standard Organisation* (ISO) mündeten. (Bakic 2007, 27ff)

Außerdem wurden Institutionen wie zum Beispiel die *Österreichische Vereinigung zur Zertifizierung von Qualitätssicherungssystemen* (ÖQS) gegründet, die die Einhaltung der Normen kontrollieren sollen. Als Hauptelemente der ISO-Norm nennt die *Quality Austria Trainings- Zertifizierungs- und Begutachtungs-GmbH*: KundInnenorientierung und Führung, Einbeziehung der Menschen, die in einem Unternehmen tätig sind, prozessorientierter Ansatz, systemorientierter Managementansatz, kontinuierliche Verbesserungen, sachbezogener Ansatz zur Entscheidungsfindung, Förderung der Lieferbeziehungen. (Bakic 2007, 30ff) Als große Errungenschaft der ISO-Normenreihe wird die Tatsache beschrieben, dass sie es geschafft hat, Merkmale von Organisationsqualität branchenneutral und für alle Unternehmensgrößen als weltweiten Standard zu formulieren. Außerdem könne sie nicht nur von internen, sondern auch von externen Parteien, also auch von Zertifizierungsstellen, angewendet werden, um das Erfüllen der KundInnenanforderungen und der Anforderungen der Behörden festzustellen (ÖQS o.J., 1).

Soziale Einrichtungen in Österreich sind unter den Bedingungen des Bundesvergabegesetzes 2006 dazu verpflichtet, ein Qualitätssicherungsverfahren zu implementieren, wenn sie

öffentliche Fördergelder lukrieren wollen (Bakic 2007, 41). So weist auch der Fonds Soziales Wien (FSW) in seinen Förderrichtlinien darauf hin, dass die Auftragsvergabe an einen Nachweis über die Durchführung von Maßnahmen des Qualitätsmanagements geknüpft ist (Fonds 2006/1, Fonds 2006/2)

Doch auch Qualitätsmanagement und Qualitätssicherungsverfahren sind nicht unumstritten und teilweise mit den gleichen Kritikpunkten konfrontiert wie das Kontrakt-Management. Als bedenklich erscheint Bakic (2006, 1), dass eine Zertifizierungsagentur vor allem ExpertInnen „für das Zertifizieren bereitstelle, nicht jedoch für das zu Zertifizierende“¹⁵ und dass ihr vordergründiges Ziel nicht die Professionalisierung Sozialer Arbeit sei, sondern wiederum eine Kostensenkung, die durch Effizienzsteigerung und einer Entwicklung hin zur Wettbewerbsorientierung erreicht werden solle (Bakic 2006, 1; Galiläer 2005, 117). Auch Köpp und Neumann (2003, 42) weisen darauf hin, dass das Hauptanliegen des Qualitätsmanagement in erster Linie die Förderung des sparsamen Umgangs mit finanziellen Ressourcen sei und erst in weiterer Folge die Professionalisierung sozialpädagogischen Handelns im Blick hätten, die sich aber wiederum vor allem an Kosten-Nutzen-Kalkülen orientiere. Wenn die AuftraggeberInnen die Fördermittel so gering wie möglich halten wollen und dadurch mitunter sogar die Existenz der Einrichtung auf die Probe stellen, könne dieses Sparanliegen im Rahmen sozialpädagogischer Settings, so kritisiert Bakic (2007, 37) zu einer möglichst geringen Beratung, Betreuung und Unterstützung führen. In einem derartigem Setting scheint es allerdings fragwürdig ob ein auf Professionalisierung gerichtetes Qualitätsmanagement auf Grund der fehlenden finanziellen Ressourcen noch möglich ist (Galiläer 2005, 117).

Weiters weist Bakic (2007, 27) darauf hin, dass die Implementierung von Qualitätsstandards in der Praxis bereits vollzogen wird, obwohl in Bezug auf die Sozialpädagogik nicht geklärt ist, was ‚gute Qualität‘ eigentlich meint. Dabei könnten zumindest drei sehr unterschiedliche Verständnisse von Qualität herangezogen werden: (1) Wenn mit dem Begriff der Qualität auf das Wesen einer Sache angespielt wird, auf seine Beschaffenheit, seine Güte, seine Eigenschaften, so wirft das in einem theoretischem Diskurs die Frage nach dem Wesen der Sozialpädagogik auf, nach der Legitimation allgemeiner Aussagen über

¹⁵ Angesprochen ist hiermit der Umstand, dass jene Personen die Zertifizierungen im Auftrag von Zertifizierungsagenturen vornehmen oftmals keinen bzw. zu geringen Bezug zu pädagogischen Theoriegebäuden und Handlungsmodellen haben.

ihre Funktion und Aufgabe. (2) Im Alltagsverständnis allerdings wird Qualität mit Eigenschaften wie Lebensqualität, Solidität und Gründlichkeit verbunden (Bakic 2006a, 1). (3) Im Bereich der Wirtschaft wiederum dient der Begriff Qualität dem Versuch der Messbarkeit und wird folgendermaßen definiert: „Qualität ist die Gesamtheit von Eigenschaften und Merkmalen eines Produktes oder einer Tätigkeit, die sich auf deren Eignung zur Erfüllung gegebener Erfordernisse beziehen“ (DIN 55350). (Bakic 2007, 27f). Wobei das präsentierte Verständnis von Qualität im Rahmen wirtschaftlicher Zusammenhänge dem dargestellten Alltagsverständnis von Qualität sehr nahe zu sein scheint, da beide Begriffsverständnisse ihren Fokus auf den Nutzen einer Handlung oder einer Sache richten.

Auch Heid (2000, 48f) weist darauf hin, dass es DIE Qualität einer Sache als „objektiv handlungsunabhängige und als subjektiv uninterpretierbare Größe“ gar nicht gäbe, da sie zuvor in Bezugnahme auf pädagogische Normen und Ziele bestimmt werden müsste. Eine derartige Auseinandersetzung würde im gegenwärtigen Diskurs über Qualitätssicherung jedoch keine primäre Rolle einnehmen, sondern bestenfalls von einigen KommentatorInnen eingefordert werden. So komme es, dass der Begriff Qualität bislang nur als theoretische Kategorie bestehe, mit der unterschiedliche Verfahren assoziiert werden, die jedoch laut Köpp und Neumann (2003, 19; Hervorhebung im Original) „zum genuinen Reflexionsbestand und Methodenrepertoire der Erziehungswissenschaft keinen Zusammenhang aufweisen“, da Qualität ein „disziplinexterner Begriff“ sei.¹⁶ Deswegen, so die Forderung von Köpp und Neumann (2003, 19) müsse der Begriff Qualität zu allererst in Bezugnahme auf pädagogische Traditionen und Theorien für erzieherische Kontexte definiert werden. Erst danach könne über die Verwendung des Begriffs in pädagogischen Kontexten – abseits von einseitiger Kritik und unreflektiertem Gebrauch – entschieden werden.

Als sozialpädagogische Normierungsabsichten der Qualitätssicherungsdebatte arbeitet Bakic (2007, 64ff) folgende Bereiche heraus: Als ersten Punkt führt er kritisch an, dass pädagogisches Handeln zu einem Herstellungsverfahren, zu einem „Werkzeug“ mutiere, dessen Passgenauigkeit in Bezug auf Interventionen möglichst hoch sein sollte und das ein vorab definiertes „Produkt“, also zum Beispiel eine erwünschte Veränderung der Lebensführung,

¹⁶ wobei darauf hingewiesen werden sollte, dass über „gute“ Erziehung in der pädagogischen Tradition selbstverständlich nachgedacht wurde; vgl hierzu Kapitel 3 Sozialpädagogisches Handeln dieser Diplomarbeit. Worauf Köpp und Neumann hinweisen wollen ist die Tatsache, dass die in den letzten Jahren entflammte Qualitätsdebatte zu wenig auf pädagogische Denktraditionen in Bezug auf die Frage was „gute“ Erziehung ausmacht Bezug nimmt.

herstellen soll; damit einher gehe die Forderung nach „*Effizienzsteigerung*“ und die „*Zeit- und Kostenfrage* wird zu einem Pädagogischen Imperativ“ (Bakic 2007, 65; Hervorhebung im Original). Dabei seien in Zukunft vor allem jene pädagogischen Interventionen erwünscht, die innerhalb einer kurzen Zeitspanne und möglichst geringem Kostenaufwand zu einem vorab definierten, möglichst dauerhaft haltbaren Ergebnis führen. In diesem Zusammenhang scheint es nicht mehr von zentraler Relevanz zu sein, ob den KlientInnen mit Hilfe sozialpädagogischer Arbeit neue Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet werden oder ob und wie Erziehung zu einer anderen, einer besseren Welt beitragen könnte¹⁷ (Winkler 2000, 152). Parameter pädagogischen Handelns im Sinne der Qualitätsmanagementdebatte bleibe hingegen die Wiederherstellung bzw. der Erhalt der Funktionstüchtigkeit ihrer Schutzbefohlenen beziehungsweise die Organisation des gesellschaftlichen Ausschlusses jener, welche die an sie gestellten Anforderungen nicht erfüllen (Bakic 2007, 66f). Um diese Aufgabe möglichst effizient erfüllen zu können, kommt es, so zumindest die Befürchtung von Hütte (2008), zu einer Aushebelung der Gestaltungsfreiheit und zur sozialpädagogischen Dienstleistungsproduktion ‚von der Stange‘. Diese Annahme gründe auf der Einsicht, dass die unter dem Stichwort Qualitätsmanagement geforderten professionellen Standards vor allem „das Aufstellen von Normen als Verhaltensanforderungen für wiederkehrende Situationen“ meinen (Bakic 2007, 69f). SozialpädagogInnen würden damit ihre Entscheidungen nicht auf Grund professioneller Einschätzungen, im Zuge einer Zusammenführung ihres theoretischen Wissensbestandes ihrer in der sozialpädagogischen Praxis gesammelten und reflektieren Erfahrungen und den individuellen Problemlagen und Anforderungen ihrer KlientInnen treffen. Grundlage für die Entscheidungsfindung seien vielmehr vorhandene Produktpaletten sozialpädagogischer Angebote der jeweiligen Einrichtungen und eine daraus möglicherweise resultierende mechanistische Auffassung sozialpädagogischer Handlungsmethoden¹⁸.

Bakic (2007, 63) kritisiert in Bezug auf die Etablierung von Qualitätssicherungssystemen weiters, dass Standardisierung und Produktorientierung zu einem vordefinierten Aufgabekatalog führen würden, der die fachliche Weiterentwicklung hemme. Durch fachfremde

¹⁷ An dieser Stelle sei jedoch angemerkt, dass im Rahmen sozialpädagogischer Debatten auch die Auffassung existiert, dass es seit jeher die zentrale Funktion Sozialer Arbeit sei, gesellschaftliche Produktivität möglichst kostengünstig wieder herzustellen (Hollstein/Meinhold 1973).

¹⁸ Zur näheren Auseinandersetzung mit dem Themenbereich der sozialpädagogischen Handlungsmethoden vergleiche Kapitel 3.3.

Produktvorgaben, Kennzahlensysteme und Outputorientierung, so die Befürchtung, könnten nicht quantifizierbare sozialpädagogische Leistungen aus dem Blick geraten.

Galiläer (2005, 152) weist darauf hin, dass in der wissenschaftlichen, pädagogischen Diskussion entweder versucht wird marktorientierte Qualitätssicherungssysteme an die Ziele einer pädagogisch orientierten Fachlichkeit rückzukoppeln oder aber damit konkurrierende, pädagogisch-fachlich begründete Strategien der Qualitätssicherung zu entwickeln (Hornstein 2000, 13). Aus Sicht dieser Debatte charakterisiert sich pädagogische Qualität für Galiläer (2005, 153) durch:

„interaktive Ko-produktion, Nutzerorientierung
Orientierung an normativen Leitprinzipien, Strukturmaximen, inhaltlichen Verfahren, Supervision
Professionalität als situations- und fallbezogenes Vermittlungshandeln“

Das Verbindungsglied zwischen den Debatten rund um das Qualitätsmanagement und der Diskussion über pädagogische Qualität, die oftmals unter dem Schlagwort ‚fachliche Standards‘ geführt wird, sieht Galiläer (2005, 153) in der Explikation professioneller Ansprüche, die den Zielen „der beteiligten Akteure und dem Gegenstand, dem Problem und seiner Bearbeitung“ nachgehen.

2.2.4. Zwischenzusammenfassung

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass für die VertreterInnen des Managerialismus erkennbare Resultate sozialpädagogischer Leistungen im Vordergrund stehen (White 2000, 18). Dahinter steht die Annahme, dass dadurch die geleistete Arbeit in der Öffentlichkeit legitimierbar wird (Merchel 2004, 27). Um sozialpädagogische Leistungen und Resultate messen und vergleichen zu können, ist es ein Anliegen der ManagerialisierungsbefürworterInnen, dass alle Tätigkeiten als Produkte definiert und voneinander abgegrenzt werden. Dies ist auch wesentliche Voraussetzung, um ihnen genaue Kosten zuordnen zu können. (Bakic 2007, 67ff) Es besteht die Erwartungshaltung, dass dadurch private soziale Träger ihre Leistungen mit verbesserter Qualität und verstärktem Kostenbewusstsein anbieten würden (Alford 2004, 71; Peters 2004, 162f). Weiters wird angenommen, dass folglich größere Klarheit bezüglich der Ziele und der erwarteten Qualität der Leistungserbringung

sowie erhöhte Planungssicherheit bei Langzeitverträgen besteht (Peters 2004, 162f). Dadurch soll gewährleistet werden, dass die Bedürfnisse der KlientInnen mit den verfügbaren finanziellen Mitteln in Einklang gebracht werden (Pelizarri 2001, 61).

Es existiert aber auch eine breit gefächerte Kritik an den aktuellen Managerialisierungstendenzen: So besteht die Annahme, dass pädagogische Ziele zugunsten von Wirtschaftlichkeitsprinzipien in den Hintergrund rücken und dass die erreichten Effekte in den Mittelpunkt rücken, die definierten Ziele selbst jedoch nicht zur Diskussion gestellt werden (Howe 1996, 88ff; White 2000, 18; Schöppl 2006, 103ff; Dohnhauser 2005, 22ff; Schnurr 2005, 240; Böllert 2004, 125; Peters 2004, 162f; Bakic 2006, 1; Galiläer 2005, 117; Köpp/Neumann 2003, 42). Damit verbunden ist die Befürchtung, dass der pädagogische Blick auf Verursachungszusammenhänge sozialer Problemlagen verloren gehen könnte und die Lebensumstände der NutzerInnen sozialpädagogischer Angebote nicht mehr analysiert werden, sondern lediglich ihr Verhalten beurteilt und auf ein zu erwartendes Verhalten hin analysiert wird (Howe 1996, 88f; 91; Bakic 2007, 64ff; Peters 2004, 162f; Böllert 2004, 125). Dies wiederum könnte zu einer Bevorzugung erfolgversprechender KlientInnen führen und damit einhergehend zu einem Ausschluss besonders benachteiligter NutzerInnengruppen sozialpädagogischer Angebote (Pelizarri 2001, 58f; Böllert 2004, 125; Peters 2004, 162f).

Im Zuge der Managerialisierungstendenzen wird außerdem ein Ansteigen des administrativen Aufwandes aufgrund von vermehrten Dokumentations- und Nachweispflichten beobachtet (Schöppl 2006, 103ff; Dohnhauser 2005, 22ff) sowie ein kleiner werdender professioneller Spielraum, da Kriterien für sozialpädagogische Entscheidungsfindungen vermehrt vorgeschrieben werden (Jones/Jorden 1996, 257; Bakic 2007, 69f). Im Zuge der Entstehung einer angestrebten Konkurrenzlogik unter den AnbieterInnen sozialpädagogischer Dienstleistungen werden negative Auswirkungen auf die Qualitätsentwicklung im Sinne einer Weiterentwicklung von Fachlichkeit angenommen, da Kooperationen unter verschiedenen Trägern eingeschränkt werden könnten. Dies wiederum könnte dazu führen, dass Erfahrungen und Wissensbestände nicht mehr ausgetauscht und im Sinne der KlientInnen gemeinsam genützt werden. (Peters 2004, 162f)

2.3. Dienstleistungsdebatte in der Sozialen Arbeit

In den 1970er und 1980er Jahren entstand im Zuge der Problematisierung der Kontroll- und Normierungsfunktionen Sozialer Arbeit der Anspruch, dass sie sich von dieser staats- und systemtragenden Funktion emanzipieren sollte und sich verstärkt den Bedürfnissen ihrer NutzerInnen verpflichtet fühlen müsste. Als Möglichkeit um diesen Ansprüchen gerecht werden zu können, wurde die Dienstleistungsorientierung Sozialer Arbeit diskutiert. Die in den 1980er Jahren unter sozialpädagogischen Gesichtspunkten begonnene Diskussion über eine notwendige Dienstleistungsorientierung Sozialer Arbeit, wurde in den 90ern Jahren des vorigen Jahrhunderts und im neuen Jahrtausend unter ökonomistischen Aspekten der Effizienzsteigerung, Kostenkontrolle und Outputorientierung fortgesetzt. Diese unterschiedlichen Diskussionsstränge werden in aktuellen Auseinandersetzungen oftmals vermengt und führen zu Unklarheiten, da mit ihnen unterschiedliche Zielsetzungen verfolgt werden. Bei der einen Debatte ging es um die Emanzipierung der KlientInnen Sozialer Arbeit, bei der anderen geht es darum sozialpädagogische Tätigkeiten marktfähig zu machen; beide werden jedoch unter den Schlagwörtern Entbürokratisierung und Dienstleistungsorientierung geführt. (Galiläer 2005, 130f) Gegenwärtig steht vor allem der ökonomistisch orientierte Diskurs im Vordergrund, wobei eine vermeintliche Stärkung der Rechte und Mitsprache der NutzerInnen sozialpädagogischer Angebote, in ihrer Rolle als KundInnen am Sozialmarkt oft als Legitimation einer verstärkten Dienstleistungsorientierung Sozialer Arbeit herangezogen wird.

Laut Anthofer (2005, 15) lässt sich der Begriff Dienstleistung nur schwer fassen, da er ein breit gefächertes Spektrum an Aktivitäten einschließt. Biermann (1999, 22) legt für den Begriff Dienstleistung als Kriterien fest, dass der Output immateriell ist, sie nicht ausgelagert oder auf Vorrat produziert werden kann, Leistung und Konsum gleichzeitig stattfinden und die AbnehmerInnen in den Erstellungsprozess eingebunden sind. Schwabe (1996, 13f) stellt in Frage ob eine personenbezogene, soziale Dienstleistung tatsächlich garantierter Weise ausgeführt werden kann. Er problematisiert diese Annahme, indem er darlegt, dass der Begriff ‚ausführen‘ die Kontrolle über einen Produktionsprozess voraussetzen würde, der bei personenbezogenen Diensten nicht möglich sei, da bei deren ‚Produktion‘ verschiedene Personengruppen beteiligt sind, über die aus mehreren Gründen keine Kontrolle erlangt werden kann. Der Grund dafür sei, dass Menschen keine Maschinen und daher in

ihrem Verhalten weder kontrollier- noch vorhersagbar sind und auch, dass Freie Träger gar keine Machtmittel besitzen würden, die zumindest die Illusion von Kontrolle entstehen lassen könnten. Dies beruhe auch auf der Tatsache, dass KlientInnen am Produktionsprozess als ‚KoproduzentInnen‘ oder ‚aktive KlientInnen‘ beteiligt seien und es somit keine klare Trennung zwischen ProduzentInnen und KonsumentInnen geben könne (Thiersch 2002, 141).

Einen Schritt weiter spinnt Schaarschuch (1996, 89; 1999, 554) diesen Gedanken, indem er nunmehr die AdressatInnen sozialpädagogischer Bemühungen als eigentliche ProduzentInnen definiert und die Professionellen als die Ko-ProduzentInnen, die DienstleisterInnen. Dabei geht es Schaarschuch (a.a.O.) v.a. darum eine Form zu finden für die praktische Umsetzung seiner subjekttheoretischen Überlegungen, dass Bildungsprozesse, Gesundungsprozesse oder Ähnliches nur durch das aktive Zutun der betroffenen AdressatInnen vollzogen werden können. Er verbindet mit dem KundInnenstatus die Hoffnung auf eine Emanzipation der vormals bevormundeten KlientInnen (Schaarschuch 1996, 89; Schaarschuch 1999, 554).

Bakic (2007, 104) ist allerdings der Ansicht, dass eine Soziale Arbeit dieser Prägung sich selbst ad absurdum führe, da ein „Sozialpädagoge, der sich einzig den Wünschen des Klienten nach- bzw. unterordnen soll, (...) seiner ursprünglichen Dienstleistungsaufgabe der pädagogischen Vermittlung nicht mehr nachkommen“ kann und „somit beliebig und letztlich überflüssig“ wird. Außerdem bestehe dadurch die Möglichkeit, dass Aufklärung und Bildung als genuine pädagogische Kriterien abgelöst werden durch die Kaufkraft und den Konsumwunsch der KlientInnen. „Nicht mehr theoretisch fundierte Diagnoseverfahren, eingebettet in einen umfassenden human- und sozialwissenschaftlichen Kontext, dienen als Strukturierungselement sozialpädagogischer Interventionsformen, sondern Verkaufsangebote an sich selbst kreierende ‚Ich-AGs‘“ (Bakic 2007, 110).

Scheipl (2004, 230) wiederum vertritt die These, dass durch die oben ausgeführten Gedankengänge von Schaarschuch (1996, 89; 1999, 554) die tradierten Vorstellungen sozialpädagogischer Arbeit „von ‚Hilfe‘ und ‚Helfen‘ als Begleiten, Entlasten, Einmischen, Klären etc. nicht obsulet oder gar unbrauchbar“ machen würden, sondern eine „weitere Perspektive – nämlich die des Subjektes“ ermöglichen. Scheipl (2004, 231) weist aber auch darauf

hin, dass die Umsetzung dieses Prinzips in vielen Settings Sozialer Arbeit nicht von vornherein gegeben ist, sondern oft erst mühsam in die Wege geleitet werden muss. Als professionelles sozialpädagogisches Vorgehen in diesem Zusammenhang definiert er: „Den Hilfebedürftigen unter Bearbeitung seiner Abwehrstrategien zur selbstbestimmten Annahme und Umsetzung der Hilfe, ihn zur Erbringung/Produktion der als erwünscht geltenden Leistung zu führen, die schlussendlich von ihm als eigenverantwortet angenommen werden kann“ (Scheipl 2004, 231). Ob diese Vorstellung über pädagogische Interaktionsprozesse noch den Visionen Schaarschuchser Prägung über die Emanzipation der KlientInnen sozialpädagogischer Leistungen zu mündigen KundInnen sozialer Dienstleistungsangebote entsprechen, kann im Rahmen dieser Arbeit nicht beantwortet werden. Die Vorstellungen von Scheipl (2004, 231) sehen doch eine nicht übersehbare Portion von pädagogischer Einflussnahme seitens der ProfessionistInnen vor, bei denen die Übernahme von Eigenverantwortung der KlientInnen für Entscheidungen erst am Ende einer pädagogischen Beziehung angesiedelt sind, quasi als Ziel angestrebt werden und nicht, wie bei Schaarschuch (1996, 89; 1999, 554), als von Beginn an geltend vorausgesetzt sind.

Galuske (2002, 248) ist der Ansicht, dass Soziale Arbeit als Dienstleistung nur funktioniert, „wenn sich Kunde und Anbieter als klar definierbare und souveräne ‚Geschäftspartner‘ gegenüberstehen“. Ob dies auf sozialpädagogische Interventionen zutreffen kann, ist kritisch zu hinterfragen, denn Soziale Arbeit als ‚personenbezogene Dienstleistung‘ bewegt sich in einem Dreiecksverhältnis, das von Müller (2001, 179) folgendermaßen skizziert wird: Staatliche Strukturen beauftragen und bezahlen zum Beispiel eine öffentliche Institution oder aber auch private TrägerInnen und legitimierte Selbsthilfegruppen, eine bestimmte personenbezogene soziale Dienstleistung zu erbringen. Die KlientInnen sind somit nicht die Einzigen, die ein Interesse an der Art von sozialpädagogischen Hilfestellungen haben, auch die öffentliche Hand als AuftraggeberIn und Normierungsinstanz macht ganz bestimmte Leistungsvorgaben. Und somit verbleibt Soziale Arbeit im Rahmen des Doppelten Mandats, denn die „intermediäre Stellung Sozialer Arbeit, ihre Stellung zwischen System und Lebenswelt bedingt, dass ihre Angebote sich immer mindestens an zwei Herren auszurichten haben, an den Normalisierungsinteressen des Systems wie an der Lebensbewältigung der Subjekte“. Damit aber wäre eine wesentliche Voraussetzung des Dienstleistungsmodells, die KundInnensouveränität ausgehebelt. (Galuske 2002, 248)

Schwabe (1996, 12f) beschreibt für den Bereich der Erziehungshilfen in Deutschland sogar ein Dienstleistungsviereck. TeilnehmerInnen dieses Vierecks sind das Jugendamt, die Freien Träger, die Leistungsberechtigten und die AdressatInnen der Dienstleistung: Das Jugendamt ist dabei für die Leistungsgewährung und -prüfung zuständig und delegiert die Dienstleistung an einen Freien Träger, der wiederum für die Organisation und Erbringung der Dienstleistung verantwortlich ist. Leistungsberechtigt sind die Erziehungsberechtigten, also in den meisten Fällen die Eltern. Diese stellen jedoch im ‚Normalfall‘ keine autonomen KundInnen oder AuftraggeberInnen dar, die sich das ihnen zusagende Angebot aussuchen, sondern in erster Linie sind es die MitarbeiterInnen des Jugendamtes, die über Art und Umfang der Leistungen entscheiden. AdressatInnen der Leistung sind dann aber oft nicht nur die Leistungsberechtigten selbst, sondern deren minderjährige Kinder. Es gibt also mitunter mehrere KundInnen und es erscheint dabei auch nicht unwahrscheinlich, dass Regelungen getroffen werden (müssen), die die Selbstbestimmung einzelner KundInnen außer Kraft setzen wie zum Beispiel im Falle einer Fremdunterbringung, bei der begleitenden Strafvollzugsarbeit oder Ähnlichem (Bakic 2007, 101; Schwabe 1996, 16).

Eine weitere Besonderheit personenbezogener sozialer Dienstleistungen besteht laut Schwabe (1996, 14) darin, dass sie in den meisten Fällen nicht von den NutzerInnen selbst bezahlt, sondern aus Steuermitteln finanziert werden. Dies weist darauf hin, dass als KundInnen weniger, wie in der Dienstleistungsdebatte oft nahe gelegt wird, die NutzerInnen Sozialer Arbeit anzusehen sind, als vielmehr diejenigen, die sie bezahlen, und das ist die öffentliche Hand. Das bedeutet in weiterer Konsequenz aber, dass sich die DienstleistungserbringerInnen, also die Freien Träger, eher an den Wünschen der öffentlichen Hand als an denen ihrer KlientInnen orientieren (müssen), um ihre weitere Finanzierung sicher zu stellen. Damit wäre dann auch die Annahme ad absurdum geführt, die davon ausgeht, dass eine Dienstleistungsorientierung sozialpädagogischer Tätigkeiten dazu führe, dass ihre Zielgruppen dadurch zu KundInnen mit mehr Einfluss auf die Erbringung Sozialer Arbeit mutieren würden. (Schwabe 1996, 14f)

Schaarschuch (1996, 90) unterscheidet zwischen zwei idealtypischen Erbringungskontexten Sozialer Arbeit als Dienstleistung: Dem Erbringungskontext des Marktes und jenem des Staates. Im Kontext des Marktes agierende Unternehmen beziehen nach Schaarschuch (1996, 90) ihre Legitimation vor allem durch die Erzielung von Mehrwert und abschöpfba-

ren Überschüssen. Für diese ist es laut Gross (1993, 15) „ein unerhebliches Problem, was der Kunde braucht (vielleicht sogar ob er überhaupt etwas braucht), wichtig ist, daß er etwas will“. Für KundInnen im Rahmen des freien Marktes herrscht das Privatrecht, ist er/sie mit einer Leistung unzufrieden, besteht die Möglichkeit der ‚Abwanderung‘, zentrales Steuerungsmedium ist die Kaufkraft. Außerdem geht auf dem Markt der ‚Ausgleich des Bedarfs des Konsumenten vom Angebot aus, dessen Basis das Produkt oder die vorgehaltene Leistung ist“ (Gross 1995, 15). Die Dienstleistung ist hier also eine Ware, bei der der Tauschwert dominiert. Im Kontext des Staates hingegen ist Soziale Arbeit als Gebrauchswert einzustufen, der nach Maßgabe politisch-administrativer Entscheidungen verteilt wird. Zentraler Steuerungsmodus von Seiten der NutzerInnen ist dabei ihre Stellung als BürgerInnen mit politischen Rechten und politischen Artikulationsmöglichkeiten. (Schaarschuch 1996, 91; Schaarschuch 2003, 159ff, Berger 1980, 56)

May (1997, 375; Galiläer 2005, 139) ist der Ansicht, dass das Dienstleistungskonzept in jenen Bereichen der Sozialen Arbeit nicht angebracht ist, die von hoheitlichen Eingriffen und von fürsorglicher Hilfestellung geprägt sind. Für sozialpädagogisches Handeln müssen laut ihm zumindest teilweise asymmetrische Beziehungen zwischen ProfessionistInnen und AdressatInnen angenommen werden, wodurch das Prinzip Sozialer Arbeit als Dienstleistung und AdressatInnen als KundInnen ad absurdum geführt werden würde.

Außerdem stellt Soziale Arbeit laut Thiersch (1995, 322; Galiläer 2005, 140) die Umsetzung einer gesellschaftlichen Verpflichtung zur Gewährung von Versorgung und Hilfen dar, die nicht von einer marktförmig gedachten Dienstleistungs- und KundInnenorientierung getragen werden könne. Als problematisch bei der Transformation pädagogischen Handelns in vermarktete Dienstleistungen sieht Bakic (2007, 108), dass pädagogische Dienstleister nunmehr „’geile‘ Edutainmentangebote“ bräuchten, pädagogische Konsumangebote, die die „Kundinnenschaft sammeln kann wie Urlaubsprospekte“. Der traditionelle pädagogische Habitus des ‚Grenzen-Setzens‘ und ‚Besser-Wissens‘ drohe dadurch allerdings verloren zu gehen, denn „zentral wird, was die Kunden haben wollen, ihre Kaufkraft und ihr Konsumwunsch wird zur obersten Leitlinie – zumindest in der Perspektive der Wettbewerbsmacher“ (Bakic 2007, 110).

Trotz dieses ausgewiesenen Leitspruchs, dass der Kunde König zu sein habe, stünde jedoch laut Bakic (2007, 112) „nach wie vor die Disziplinierungsabsicht, den Einzelnen in das Gesamte einzupassen“ im Vordergrund; dabei ginge es „um den Erhalt der Konsumfähigkeit, aber allem voran um die Absicherung des wirtschaftlichen Standortes“. Um sich auf dem Dienstleistungsmarkt behaupten zu können, müsse „die bessere, günstigere und schneller wirkende Produktpalette“ (Bakic 2007, 114) vorderstes Ziel pädagogischer Bemühungen darstellen, die Ausrichtung am „mündigen Menschen, der in die Lage kommen soll, die Gestaltung seiner Welt mit all ihren Widersprüchlichkeiten zu erschließen“ (Bakic, 2007, 114), bleibe dabei jedoch auf der Strecke. (Bakic 2007, 108ff)

2.3.1. Zwischenzusammenfassung

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass mit einer Dienstleistungsorientierung Sozialer Arbeit und dem damit verbundenen KundInnenstatus der KlientInnen die Hoffnung auf eine Emanzipation der NutzerInnen sozialpädagogischer Leistungen verbunden wird (Schaarschuch 1996, 89; Schaarschuch 1999, 554). Als Voraussetzung hierfür wird der Umstand angeführt, dass sich NutzerInnen und AnbieterInnen Sozialer Arbeit als gleichwertige GeschäftspartnerInnen begegnen sollen. Die Realisierung dieses Anspruches wird unter anderem in der Etablierung einer Subjektförderung¹⁹ sozialpädagogischer Dienstleistungen gesehen. (Galuske 2002, 248)

Kritisch gesehen an einer derartigen Herangehensweise wird, dass sozialpädagogische Tätigkeiten sich nicht ausschließlich den Wünschen von NutzerInnen unterordnen können, da dadurch ihre ursprüngliche Aufgabe der pädagogischen Vermittlung aufgegeben werden würde und pädagogische Ansprüche wie Bildung und Aufklärung durch die Kaufkraft und Konsumwünsche der KlientInnen ersetzt werden würden (Bakic 2007, 110). Außerdem wird an der Realisierbarkeit eines tatsächlichen KundInnenstatus von KlientInnen Sozialer Arbeit gezweifelt. Als Grund hierfür wird der Umstand genannt, dass sich die Angebote sozialpädagogischer Dienstleister nicht nur an den Bedürfnissen ihrer NutzerInnen orientieren müssen, sondern auch an den eigentlichen Finanziers ihrer Tätigkeiten, der öffentli-

¹⁹ Unter Subjektförderung wird im Gegensatz zur Objektförderung die Tatsache verstanden, dass sozialpädagogische Leistungen für jede Adressatin/jeden Adressaten individuell gefördert werden und nicht die anbietenden Organisationen direkt.

chen Hand und deren Normalisierungsinteressen. Dadurch müssen für sozialpädagogisches Handeln zumindest teilweise asymmetrische Beziehungen angenommen werden, die das Prinzip Sozialer Arbeit als Dienstleistung grundlegend in Frage stellen. (Galuske 2002, 248; Müller 2001, 179; Schwabe 1996, 14f, Thiersch 1995, 322; Galiläer 2005, 140)

2.4. Zusammenfassung

Als Begründung für eine angestrebte Ökonomisierung Sozialer Arbeit wird vor allem der Umstand angeführt, dass der bestehende Sozialstaat zu kostspielig, zu ineffektiv in der Verwendung der zur Verfügung gestellten Gelder und zu bürokratisch im Vollzug sei. Als Lösung dieser Problemlage werden die Etablierung von marktanalogen Strukturen und Wettbewerbsbedingungen favorisiert. Diese soll dazu führen, dass Kosten-Nutzen-Überlegungen zu wesentlichen Elementen bei der Vergabe der Gelder und bei der Entscheidungsfindung in sozialpädagogischen Settings werden. (Auer 2004, 11f)

Ziel dieser Herangehensweise ist es die Bedürfnisse der KlientInnen mit den verfügbaren finanziellen Mitteln in Einklang zu bringen und die anfallenden Kosten zu minimieren. Um dies umsetzen zu können, sollen pädagogische Tätigkeiten als Produkte definiert werden, denen genaue Kosten zugeordnet werden können. Als Folge einer derartigen Herangehensweise werden ein Anstieg des Kostenbewusstseins, eine größere Klarheit bezüglich der Ziele, aber auch eine bessere Legitimierbarkeit sozialpädagogischer Leistungen in der Öffentlichkeit erwartet. (White 2000, 18; Merchel 2004, 27; Bakic 2007, 67ff; Alford 2004, 71; Peters 2004, 162f; Pelizarri 2001, 61)

Um die Stellung der KlientInnen im Hilfeprozess und eine verstärkte NutzerInnenorientierung sozialpädagogischer Angebote zu fördern, wird im Rahmen der Ökonomisierungsbestrebungen eine Dienstleistungsorientierung Sozialer Arbeit und die damit verbundene Etablierung einer Subjektförderung angestrebt. Kritisch angemerkt hierbei wird jedoch, dass sozialpädagogische Tätigkeiten sich trotzdem immer noch auch an den Anliegen der eigentlichen Finanziere ihrer Arbeit, der öffentlichen Hand, orientieren müssen. Weiters wird darauf hingewiesen, dass eine ausschließliche Unterordnung pädagogischer Interventionen unter die Wünsche der NutzerInnen aus pädagogischer Perspektive problematisch erscheint, da dadurch genuin pädagogische Anliegen wie Bildung und Aufklärung durch

die Kaufkraft und Konsumwünsche der KlientInnen ersetzt werden könnten. (Galuske 2002, 248; Bakic 2007, 110; Müller 2001, 179; Schwabe 1996, 14f; Thiersch 1995, 322; Galiläer 2005, 140) Als Folge der ökonomistisch inspirierten Umstrukturierungen wird auch beobachtet, dass Kosten-Nutzen-Überlegungen zu sehr in den Mittelpunkt sozialpädagogischer Entscheidungsfindung rücken, während pädagogische Ziele bzw. die fachliche Qualität sozialpädagogischer Leistungen, eine Reflexion über die definierten Ziele sowie die gesellschaftlichen Ursachen sozialer Problemlagen zu wenig Berücksichtigung finden (Beck/Richter 2005, 137; Köpp/Neumann 2003, 42,45; White 2000, 18; Schöppl 2006, 103ff; Dohnhauser 2005, 22ff; Schnurr 2005, 240; Böllert 2004, 125; Peters 2004, 162f; Bakic 2006, 1; Galiläer 2005, 117; Howe 1996, 88ff).

Außerdem wird ausgeführt, dass eine derartige Schwerpunktsetzung auf Kosten-Nutzen-Überlegungen negative Auswirkungen auf die Qualität sozialpädagogischer Arbeit haben dürfte: Hierbei wird einerseits darauf hingewiesen, dass durch die Definition sozialpädagogischer Tätigkeiten als vorab festgelegte Produkte, im Rahmen derer Kriterien für die Entscheidungsfindung vorgeschrieben werden, zu einer Verringerung des professionellen Spielraums und einer mechanistischen Herangehensweise führe. Andererseits wird auch zu bedenken gegeben, dass es durch den bewusst herbeigeführten Konkurrenzdruck unter den verschiedenen Trägervereinen zu einer Einschränkung von fachlicher Kommunikation und Kooperation unter den unterschiedlichen Träger komme. Dieser Umstand wird vielfach als Hemmnis für die Qualitätsentwicklung sozialpädagogischer Angebote aufgefasst. (Jones/Jordan 1996, 257; Bakic 2007, 69f; Peters 2004, 162f)

3. Sozialpädagogisches Handeln

Da sich die vorliegende Diplomarbeit mit den Auswirkungen der Ökonomisierung des Sozialen auf sozialpädagogisches Handeln beschäftigt, soll in diesem Kapitel versucht werden ein differenziertes Verständnis von sozialpädagogischem Handeln zu entwickeln. Dafür wird der Begriff des sozialpädagogischen Handelns nach einer allgemeinen Einführung in die drei Bereiche sozialpädagogische Arbeitsfelder, sozialpädagogische Konzepte und sozialpädagogische Handlungsmethoden unterteilt.

Pädagogisches Handeln ist laut einer Definition von Marotzki, Nohl und Ortlepp (2005, 15) auf Zusammenhänge gerichtet, die „Lernen, Lehren, Bilden, Erziehen, Beraten, Helfen“ betreffen. Auch Prange und Strobel-Eisele (2006, 13) tendieren bei ihrem Definitionsvorschlag in eine ähnliche Richtung, wenn sie ausführen: *„Handeln wird oder ist dadurch pädagogisch resp. erzieherisch, dass es sich auf lernen bezieht und es zu bestimmen sucht.“* (Prange/Strobel-Eisele 2006, 13; Hervorhebung im Original). Mit diesen rein formalen Fassungen von Erziehung ist nicht angesprochen, ob ein bestimmtes erzieherisches Verhalten als sinnvoll oder erfolgversprechend eingestuft wird. Der Vorteil dieser weder normativ noch ethisch aufgeladenen Definition ist, dass sie einen Blick auf die Vielfalt von Erziehungsverhältnissen ermöglicht, denn „auch schlechte oder nachlässige Erziehung ist Erziehung“ (Prange/Strobel-Eisele 2006, 13f).

Eine etwas andere Definition für das Begriffspaar ‚pädagogisches Handeln‘ liefert Hörster (2007, 36). Er bezieht sich in seiner Begriffsbestimmung von pädagogischem Handeln auf Siegfried Bernfeld (1915/1967, 51) und bezeichnet Erziehung als „Summe der Reaktionen einer Gesellschaft auf die Entwicklungstatsache“ und führt weiter aus, dass pädagogisches Handeln „jeweils der Vollzug solcher gesellschaftlicher Reaktion“ sei. Er schränkt diese Bestimmung allerdings insofern ein, als dass er weiter ausführt, dass pädagogisches Handeln theoretisch reflektiert und nach bestimmten „Verfahrensregeln“ organisiert sein muss (Bernfeld 1925/1967, 15; Hörster 2007, 36).

Eine weniger am Bildungs- bzw. Entwicklungsgedanken orientierte Definition pädagogischer Interaktion liefern Combe und Helsper (2002, 39), indem sie es an der „Schnittstelle von psychischen, interaktionellen und kulturellen Bedingungen“ ansiedeln und als Ziel die „Sicherung der Autonomie eines [...] in seiner sozialen und psychisch-individuellen Exis-

tenz versehrbaren (und zerstörbaren) ‚Selbst‘ anführen (Combe/Helsper 2002, 39). Dabei, so legen sie weiter dar, gründet sich pädagogisches Handeln „auf einer bewusst gemachten Beziehung zwischen dem Besonderen des jeweiligen ‚Ich‘ und dem Allgemeinen, das die anderen Menschen, die Gesellschaft, die Geschichte, das Fremde ausmachen. Vermittlung bezeichnet hier den Prozess Brücken des Verstehens herzustellen“ (Combe/Helsper 2002, 40; Helsper 2007, 30). In diesem Zusammenhang verweist Helsper (2007, 30) an anderer Stelle darauf, dass „der pädagogische Erfolg nicht vorhergesagt werden“ könne und pädagogisches Handeln „sich in der Spannung von abstraktem Regelwissen und nur konkret herzustellendem spezifischen Fallbezug“ bewege.

Laut Müller (2002, 80) ist die „Kern‘-Aufgabe“ des Pädagogischen die „Bewältigung der ‚autonomen‘ Grundstruktur“. Oben genannter Autor (Müller 2002, 80) verweist damit auf die Tatsache, dass „durch Erziehung eine Intention“ verfolgt wird, die aber eigentlich nicht von Seiten der Erziehenden zu bewältigen ist, „weil das, was gewollt wird, nur vom Anderen selbst hervorgebracht werden kann“ (Müller 2002, 80).

In Bezug auf die Intentionen, Ziele und Normen pädagogischen Handelns erläutert Hamann (1994, 95), dass oftmals „allgemeine Lebensziele, Lebensformen und Wertüberzeugungen einer Gesellschaft und eines Kulturraumes“ richtungsweisend für erzieherisches Handeln seien. Wenn ihre „Verwirklichung bewusst und geplant angestrebt wird“, könnten solche normativen Vorstellungen „über wertvolles Verhalten, erstrebenswerte Gestaltungen des Lebens oder lebensweltlicher Teilbereiche“ auch als Erziehungsziele fungieren (Hamann 1994, 95). Dabei versteht Hamann (1994, 95) unter „pädagogischen Normen“ all jene „Forderungen, die dem erzieherischen Handeln einerseits ideenhaft (als Leitvorstellung) ‚vor‘ gegeben sind, sowie jene, die andererseits in der Erziehung tatsächlich vorgefunden bzw. eingehalten werden“ (Hamann 1994, 95). Pädagogische Zielvorstellungen wiederum sind handlungsleitend für bestimmte erzieherische Verhaltensweisen sowie für die Auswahl von Inhalten und Methoden (Hamann 1994, 96). Thiersch (2002a, 213) weist darauf hin, dass „in der Zielbestimmung die gesellschaftlich allgemeinen Ziele und die individuellen Optionen vermittelt sein müssen, und dass der Entwurf von Handlungsstrategien zwischen Sozialarbeiter und Adressat ausgehandelt werden muss“. Bezug nehmend auf diesen Aushandlungsprozess ist auch zu bedenken, dass Soziale Arbeit nicht über eine fachliche Autonomie verfügt, sondern in staatliche Gewährungs- und Kontrollkontexte

eingebunden ist und im Spannungsfeld des doppelten Mandats agiert. Sie erfüllt somit auch Kontrollaufgaben, „indem sie im Rahmen ihrer Interventionen normale Entwicklungsverläufe, Lebensumstände im Blick hat und damit zur Stabilität gesellschaftlicher Ordnung beiträgt“ (Galuske/Müller 2005, 490). Soziale Arbeit hat sich also nicht nur mit individuellen Problemlagen und ihren gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auseinanderzusetzen, sondern muss auch im Sinne eines gesellschaftspolitischen Mandats agieren. Für sozialpädagogische Interaktionen stellt sich damit die Aufgabe ihren AdressatInnen auf ihre Problemlagen individuell abgestimmte Handlungsoptionen zu eröffnen, aber auch der gesellschaftliche Anspruch problematisch empfundene Handlungskompetenzen und Problemlösungsstrategien zu normalisieren.

3.1. Sozialpädagogische Arbeitsfelder

Die Problemlagen und Orte, an denen sich sozialpädagogisches Handeln vollzieht, sind einem steten Wandel unterworfen. Im Folgenden soll trotzdem versucht werden auf unterschiedliche Charakteristika sozialpädagogischer Arbeitsfelder einzugehen.

Müller (1984, 1045) fasst unter dem Begriff des ‚sozialpädagogischen Feldes‘ all jene Tätigkeitsbereiche zusammen, „in denen Personen, die Sozialpädagogen bzw. Sozialarbeiter genannt werden, beruflich tätig sind“ (Müller 1984, 1045). Diese Definition scheint jedoch wenig hilfreich zu sein, wenn wir bedenken, dass laut Krüger und Rauschenbach (2006, 10ff) „eine unübersichtliche Anzahl verschiedenster Berufsgruppen“ (Krüger/Rauschenbach 2006, 10) in der Freizeit- und Kulturarbeit tätig sind beziehungsweise eine „breite, kaum überschaubare Grauzone von auf Honorarnotenbasis tätigen Dozenten in der Weiterbildung, bis zur Vielzahl von ehrenamtlich, oft kaum ausgebildeten Personen in den Jugendverbänden, den sozialen Diensten“ existiert (Krüger/Rauschenbach 2006, 12).

Eine Definition eines sozialpädagogischen Handlungsfeldes, die sich weniger am Ausbildungsstand der dort Tätigen, sondern vielmehr an ihrem Aufgabengebiet orientiert, begründen Marotzki, Nohl und Ortlepp (2005, 47), indem sie davon ausgehen, dass sozialpädagogische Arbeit dort ansetzt, wo „Antworten bzw. Lösungen für existentielle Problemlagen“ entwickelt werden müssen, „in die Menschen in dieser Gesellschaft gelangen kön-

nen“. Außerdem führen sie weiter aus, dass „angesichts krisenhafter Entwicklungen der Gesellschaft“ sich immer häufiger einzelne Menschen nicht mehr in der Lage fühlen ihre Probleme mit eigenen Ressourcen zu bewältigen. (Marotzki/Nohl/Ortlepp 2005, 47)

Dabei kann diese Unterstützung in Problemlagen in ganz unterschiedlich strukturierten Settings stattfinden. Die Bandbreite reicht von sehr starker Institutionalisierung wie in der SchuldnerInnenberatung oder beim Jugendamt bis zu einer sehr freien Herangehensweise wie etwa beim Streetwork, bei Kulturzentren oder Fußballfanprojekten (Marotzki/Nohl/Ortlepp 2005, 15; Krüger/Rauschenbach 2006, 12). Wobei laut Marotzki, Nohl und Ortlepp (2005, 15f) jene sozialpädagogischen Tätigkeitsbereiche in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen haben, deren „Grenzen und [...] Kern [...] noch völlig unscharf“ sind. Diese eher unstrukturierten Handlungsfelder werden auch als „soziale Arenen“ (Anselm Strauss 1993) bezeichnet und werden dadurch charakterisiert, dass sie keine räumlichen Grenzen aufweisen und sich auch nicht durch eine offizielle Mitgliedschaft auszeichnen, sondern durch ihren „fluiden und schnelllebigen Charakter“ (Marotzki/Nohl/Ortlepp 2005, 16).

Soziale Arenen können sich zu sozialpädagogischen Organisationen weiterentwickeln, indem „ihre Debatten voraussetzungsreicher werden“ (Marotzki/Nohl/Ortlepp 2005, 16), das heißt einer bestimmten (Vor-)Bildung in Form eines Studiums, einer Fachhochschule, eines Kollegs oder Ähnlichem bedürfen und indem Teilnahmevoraussetzungen eingeführt werden wie zum Beispiel die Überprüfung der Bedürftigkeit der Klientel oder eine finanzielle Abgeltung der sozialpädagogischen Tätigkeit. Die dadurch entstehenden Regelwerke führen dazu, dass soziale Arenen ihre Flexibilität verlieren und der „langsame Prozess der Institutionalisierung beginnt“ (Marotzki/Nohl/Ortlepp 2005, 16f).

Neben den „klassischen Institutionen wie Familienhilfe und Heimerziehung, in denen sozialpädagogische Arbeit geleistet wird“ (Marotzki/Nohl/Ortlepp 2005, 46), werden auch Kindertagesbetreuung, Altenarbeit, Erziehungsberatung, Suchtberatung, Freizeit- und Kulturarbeit, Schulsozialarbeit, Erwachsenenbildung, Mädchen- und Frauenarbeit, Beschäftigungsprogramme, Arbeit mit MigrantInnen und sozialen Randgruppen und Mithilfe bei stadtplanerischen Tätigkeiten als Arbeitsfelder von SozialpädagogInnen angeführt (Thiersch 2002, 209; Krüger/Rauschenbach 2006, 9ff).

Die Art, wie sozialpädagogische Interventionen aussehen, ist laut Galuske (2002a, 29) auch vom jeweiligen Arbeitsfeld abhängig, da „z. B. sein thematischer, institutioneller, rechtlicher, finanzieller Zuschnitt eine notwendig zu berücksichtigende Rahmenbedingung darstellt“. Dass diese Rahmenbedingungen sehr unterschiedlich sein können, wurde im Rahmen dieses Unterkapitels bereits diskutiert. Trotzdem lässt sich laut Hörster und Müller (1999, 616) eine einigende Klammer für sozialpädagogische Arbeitsfelder finden. Die zwei Autoren gehen davon aus, dass „Sozialpädagogik tatsächlich auf ein Handlungsfeld verwiesen ist, in dem zunächst alle maßgeblichen Handlungsaufforderungen und institutionellen Äußerungsmodalitäten durch die Topoi von Hilfe und Kontrolle vorstrukturiert sind“ (Hörster/Müller 1999, 616). In eine ähnliche Richtung tendieren Geißler und Hege (2001, 16), indem sie die Arbeitsfelder sozialpädagogischen Handelns dort verorten, „wo gesellschaftspolitischer Anspruch und soziale Realität miteinander in Konflikt geraten.“ Wenn wir nun in weiterer Folge mit Galuske und Müller (2005, 489) davon ausgehen, dass „alles was das Alltagsleben an Problemen hergibt“, mit Hilfe sozialpädagogischer Unterstützungsleistungen bearbeitet werden kann, könnte dies radikal gesagt bedeuten, dass die Gesellschaft sich durch eine allumfassende psycho-soziale Überforderung einerseits auszeichne und durch permanent präsente staatliche Normierungsabsichten auf der anderen Seite.

3.1.1. Zwischenzusammenfassung

Zusammenfassend können als Charakteristika sozialpädagogischer Arbeitsfelder genannt werden, dass sie als Tätigkeitsbereiche definiert werden, in denen die Entwicklung von Antworten und Lösungsansätzen für existentielle menschliche Problemlagen, die von den Betroffenen nicht mehr eigenständig bewältigt werden können, im Vordergrund stehen (Marotzki/Nohl/Ortlepp 2005, 47). Als weiteres Kennzeichen pädagogischer Arbeitsfelder kann genannt werden, dass sie dort ansetzen, wo gesellschaftliche Normvorstellungen und individuelles Verhalten in Konflikt geraten und deswegen durch das Zusammenspiel von Hilfe und Kontrolle geprägt sind (Geißler/Hege 2001, 16; Hörster/Müller 1999, 616).

3.2. Sozialpädagogische Konzepte

Geißler und Hege (2001, 23) legen folgende Definition für den Begriff Konzept dar: „*Unter Konzept verstehen wir ein Handlungsmodell, in welchem die Ziele, die Inhalte, die Methoden und die Verfahren in einen sinnhaften Zusammenhang gebracht sind. Dieser Sinn stellt sich im Ausweis der Begründung und der Rechtfertigung dar*“ (Geißler/Hege 2001, 23; Hervorhebung im Original). Auch Galuske (2002a, 23) ist der Ansicht, dass sich ein Konzept dadurch auszeichnet, dass es Auskunft gibt über die damit verbundenen Zielvorstellungen und auch darüber, wie sie erreicht werden sollen. Außerdem solle der Zusammenhang zwischen diesen Zielvorstellungen und den Wegen, wie sie erreicht werden, begründet werden (Galuske 2002a, 23).

Buchka (2003, 271f) schließt sich der Definition von Geißler und Hege (2001, 23) an und unterscheidet anschließend verschiedene Formen von Konzepten. Buchka (2001, 271f) schlägt zwei unterschiedliche Einteilungen vor: Bei Ersterer wird differenziert in Arbeitsfeldkonzepte, die auf ein bestimmtes Arbeitsfeld oder eine bestimmte Institution ausgerichtet sind, und Handlungskonzepte, die problemorientiert bzw. interventionsbezogen sind. Der zweite Vorschlag wird von Buchka (2003, 271f) weiter unterteilt in ein Organisationskonzept, das sich an der Tätigkeit der Trägerorganisation orientiert; ein Zielgruppenkonzept, mit Hilfe dessen Interventionen für bestimmte AdressatInnen geplant werden und ein Situationskonzept, das in konkreten Settings sozialpädagogischer Praxis handlungsleitend wirken soll. (Buchka 2003, 271f)

Geißler und Hege (2001, 24) weisen darauf hin, dass „sich die im sozialpädagogischen Handeln gebräuchlichen Konzepte nicht immer als stringent in ihren strukturellen Merkmalen (Ziele, Inhalte, Methoden, Verfahren)“ darstellen, das heißt, dass zum Beispiel die wechselseitige Bezogenheit der einzelnen Elemente zu wenig oder gar nicht berücksichtigt wird (Geißler/Hege 2001, 24). Außerdem sei vieles, das in der Praxis zur Anwendung kommt, „nur ein Versuch, ein Entwurf, und bedarf der theoretischen Weiterentwicklung [...]“. Und manches in der Praxis ist nur deshalb nicht konzeptwidrig, weil es auf überhaupt kein Konzept verweist“ (Geißler/Hege 2001, 24).

Nieke (2002, 22) fordert eine moderne „Konzeptualisierung pädagogischer Handlungen“ ein, die sich durch eine intersubjektiv überprüfbare Fundierung und methodische Kontrolle auszeichnen. Dafür ist es seiner Ansicht nach notwendig, den Hilfeprozess in fünf Phasen zu gliedern:

- „1. Bestimmung des Ziels
2. Diagnose der Handlungssituation
3. Festlegung eines Handlungsplanes
4. Durchführung der Handlung
5. Überprüfung des Handlungserfolges“ (Nieke 2002, 23)

Für die Durchführung des Handlungsplanes nennt Nieke drei Elemente, die je nach Arbeitsfeld genauer ausgeführt werden sollten. Im Rahmen der direkten Interaktion mit KlientInnen bedarf es der Fähigkeit jemandem Hilfe und Orientierung zu geben, eine Stütze zu sein sowie Situationen zu lenken und zu intervenieren. Für die Vermittlung von Inhalten sind einerseits didaktische Fähigkeiten vonnöten, aber auch eine gewisse Sachkompetenz für die zu vermittelnden Inhalte. Um der Anforderung gerecht zu werden, sich im Rahmen von Organisationen zurechtzufinden, ist eine gewisse Routine im Umgang mit organisatorisch-institutionellen und politischen Rahmenbedingungen förderlich, um Spielräume nutzen und Handlungsregulative verändern zu können. (Nieke 2002, 24)

Umrahmt werden sollten die oben dargestellten fünf Phasen der Durchführung von den Bereichen der Gesellschaftsanalyse, der Selbstreflexion und der Situationsdiagnose (Nieke 2002, 23). Wobei der Gesellschaftsanalyse die Aufgabe zufällt den Hintergrund für die Zielbestimmung zu liefern, die Selbstreflexion dazu dienen soll die entwickelte Zielbestimmung in die eigene Person zu integrieren und das eigene Handeln in Bezug darauf zu reflektieren und die Situationsdiagnose als Monitoring für die Handlungsdurchführung fungieren sollte (Nieke 2002, 17ff).

Wenn in der Praxis sozialpädagogischer Arbeit mit Konzepten gearbeitet wird, dann haben sie laut Buchka (2003, 273) zwei Funktionen: Sie sollen einerseits innerhalb der Organisation, des Teams oder Ähnlichem als „Handlungs- und Erklärungshintergrund für die Bewältigung des beruflichen Alltags“ dienen, andererseits sollen Konzepte gegenüber Außenstehenden, wie zum Beispiel BesucherInnen, Behörden, übergeordneten Trägern oder

potenziellen KlientInnen veranschaulichen, „mit welcher Grundhaltung Soziale Arbeit in der betreffenden Einrichtung geleistet wird“ (Buchka 2003, 273).

In der Auseinandersetzung mit Konzepten sozialpädagogischer Praxis sollte jedoch immer auch bedacht werden, dass „Konzepte immer in ihrem gesellschaftlich-historischen Entstehungs- und Anwendungszusammenhang zu sehen“ (Geißler/Hege 2001, 23) sind, dass „sie Resultat der jeweiligen soziohistorischen Bedingungen“ (Geißler/Hege 2001, 23f) sind, aber auch „Handlungsmodelle, die gesellschaftliche Erscheinungen beeinflussen“ (Geißler/Hege 2001, 24). Außerdem können Konzepte im Rahmen unterschiedlicher gesellschaftlicher Bedingungen auch „in anderer Form wirken“ als ihre ursprüngliche Intention vorhatte (Geißler/Hege 2001, 24).

3.2.1. Zwischenzusammenfassung

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass pädagogische Konzepte Ziele, Inhalte, Methoden und Verfahren in einen sinnvollen Zusammenhang bringen sollen und als Handlungs- und Erklärungshintergrund für sozialpädagogische Settings dienen (Geißler/Hege 2001, 23; Galuske 2002a, 23; Buchka 2003, 271ff; Nieke 2002, 22). Dabei werden unterschiedliche Formen von Konzepten angewendet wie z.B. Arbeitsfeldkonzepte, Handlungskonzepte, die sich in ihrer Ausrichtung unterscheiden (Buchka 2003, 271f). Außerdem wird darauf hingewiesen, dass Konzepte immer in ihrem gesellschaftspolitischen und historischen Entstehungszusammenhang betrachtet werden sollten, gleichzeitig aber auch gesellschaftliche Ereignisse beeinflussen (Geißler/Hege 2001, 24).

3.3. *Sozialpädagogische Handlungsmethoden*

Laut Geißler (2001, 1045) gibt es in der Erziehungswissenschaft keinen allgemeinen Konsens darüber, was eine pädagogische Methode auszeichnet, wie viele pädagogische Methoden es gibt, wie sie sinnvoll gegliedert werden könnten und wie weit oder eng der Begriff überhaupt zu fassen ist. Galuske und Müller (2005, 486) verstehen in einer ersten Verallgemeinerung des Methodenbegriffes unter sozialpädagogischen Handlungsmethoden „eine begründete, wissensbasierte Anleitung zum planvollen, strukturierten Vorgehen zur Erreichung eines anvisierten Ziels“, wobei der „Akzent auf den Weg der Hilfeleistung, auf

die geplante Verwendung von Mitteln und Verfahrensweisen“ gesetzt wird (Galuske 2002a, 30). Als Ausgangspunkt für die Bestrebungen der pädagogischen Methodenentwicklung nennt Geißler (2001, 1050) „das Zerschneiden traditioneller Erziehungspraktiken“, das „durch die Konstruktion künstlicher Methoden“ kompensiert werden sollte.

Müller (2001, 1197) hingegen geht in Bezugnahme auf die Geschichte sozialpädagogischer Methodenentwicklung davon aus, dass sozialpädagogisches Handeln nicht aus methodischen Regeln abgeleitet werden kann, sondern vielmehr davon, dass die pädagogische Praxis der Methodenentwicklung zugrunde liegt. Dabei nennt er (Müller 2001, 1194) drei Bedingungen sozialpädagogischer Praxis, welche es nahelegen sich über methodisch fundiertes Handeln in der Sozialpädagogik Gedanken zu machen. Gleichzeitig sollten diese Bedingungen – in Bedachtnahme auf ihre wechselseitige Wirkung zueinander – als Grundlage für die Entwicklung sozialpädagogischer Handlungsmethoden dienen. Als ersten Grund führt er (Müller 2001, 1194) den Umstand an, dass sich sozialpädagogisches Handeln mit den oftmals prekären, komplexen Lebenszusammenhängen seiner AdressatInnen auseinandersetzt, was ein Einlassen auf Ungewissheiten, ein Aushalten von nicht/schwer veränderbaren Notlagen, ein Erdulden widersprüchlicher Handlungsanforderungen, Abgrenzung eigener Wünsche und Interessen von den Erwartungen anderer und ein Ertragen von Langeweile bzw. Lähmung der Initiative erfordere. Handlungsmethoden sollten dabei unterstützen Nähe zu schaffen, Zugänge zu ermöglichen und gleichzeitig Distanz zu wahren. Außerdem ist es ihre Aufgabe die Verstrickung der ProfessionistInnen in die Lebenszusammenhänge der KlientInnen in Grenzen zu halten, indem sie eine gewisse Außensicht ermöglichen. (Müller 2001, 1194)

Als weitere Bedingung, die ein Nachdenken über sozialpädagogische Handlungsmethoden nahelegt, führt Müller (2001, 1195) an, dass pädagogisches Handeln als „bisubjektives Handeln“ vom Handeln anderer abhängig ist. „Es ist nicht einfach handeln an anderen, sondern ein Verhandeln und Aushandeln, selbst dort, wo es behandeln und beeinflussen will. Es ist auf Partnerschaft angewiesen“, auch dann noch, wenn Machtmittel gebraucht werden, da auch hier sein Erfolg oder Misserfolg von der Reaktion des Gegenübers, der KlientInnen, abhängig ist. Sozialpädagogische Methoden sollten zu einer gelingenden Praxis in diesem Spannungsfeld befähigen (Müller 2001, 1194f).

Weiters sei laut Müller (2001, 1194f) zu bedenken, dass sozialpädagogisches Handeln nicht nur „bisubjektives Handeln“ (Müller 2001, 1194f) ist, sondern darüber hinaus vom Handeln anderer Instanzen wie beispielsweise dem Jugendgericht, Schulen, ArbeitgeberInnen oder Behörden, also von „Mächten, die soziale Kontrolle ausüben und Lebenschancen verteilen“, abhängig ist (Müller 2001, 1195). „Der primär indirekte, auf die Änderung von ‚Situationen‘ statt von ‚Personen‘ gerichtete Charakter sozialpädagogischen Handelns, der in den meisten Methodenansätzen betont wird, hat mit dieser Verwiesenheit zu tun“ (Müller 2001, 1195).

Geißler (2001, 1045f) versucht verschiedene Herangehensweisen an den Methodenbegriff darzustellen und arbeitet sowohl ein weites Begriffsverständnis von Methode heraus als auch ein eng gehaltenes. Im Rahmen des weiten Begriffsverständnisses von Methode definiert Geißler (2001, 1046) pädagogische Methoden als „kulturell-regelhafte Verfahren und Arrangements zum Zwecke der Anleitung von Bildungsprozessen.“ In Bezug auf diese Definition werden wiederum drei methodische Verfahrensebenen unterschieden, die sich mit den biografischen Zusammenhängen der KlientInnen, mit der Gruppendynamik innerhalb des Handlungsfeldes und mit dem Prozess der Vermittlung und Verarbeitung von Fähigkeiten, Informationen, Einstellungen etc. auseinandersetzen (Geißler 2001, 1046). Laut Galuske (2002a, 23) zielt ein weites Methodenverständnis darauf ab „Methoden immer in Abhängigkeit von Problemlagen, Zielsetzungen und Rahmenbedingungen zu diskutieren“, da Methoden weder „zielneutral“ noch unabhängig von den ausführenden Institutionen und Personen seien (Galuske 2002a, 23). Seine Definition von sozialpädagogischen Handlungsmethoden lautet daher folgendermaßen: „Methoden der Sozialen Arbeit thematisieren jene Aspekte im Rahmen sozialpädagogischer/sozialarbeiterischer Konzepte, die auf eine planvolle, nachvollziehbare und damit kontrollierbare Gestaltung von Hilfeprozessen abzielen und die dahingehend zu reflektieren und zu überprüfen sind, inwieweit sie dem Gegenstand, den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, den Interventionszielen, den Erfordernissen des Arbeitsfeldes, der Institutionen, der Situation sowie den beteiligten Personen gerecht werden“ (Galuske 2002a, 28). Es geht also sowohl bei Geißlers (2001, 1046) weitem Begriffsverständnis als auch bei Galuske (2002a, 28) darum, neben den konkreten pädagogischen Handlungen auch die involvierten Personen(gruppen) und die institutionellen wie gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu bedenken.

Ein enges Begriffsverständnis von Methode hingegen bezieht sich lediglich auf den Vermittlungsprozess, auf eine bewusst gewählte, erprobte und übertragbare Verhaltensweise zur Erreichung eines Zieles, es steht also die Frage nach dem ‚Wie‘ im Vordergrund (Geißler 2001, 1046; Galuske 2002a, 22). Wenn Methoden nur mehr die Vermittlung von Inhalten auf der Ebene konkreter Interaktionen thematisieren, wären sie – so der Einwand Galuskes (2002a, 22f) gegen ein enges Begriffsverständnis sozialpädagogischer Handlungsmethoden – allerdings bloße Instrumente der Veränderung beziehungsweise Anpassung von Verhaltensweisen und würden sich damit dem Vorwurf der Technologisierung und Instrumentalisierung aussetzen, da der Zweck der Verhaltensveränderung nicht (mehr) unter dem Aspekt der Methodenfrage diskutiert werden würde (Galuske 2002a, 23).

Auch Kirchhöfer (2004, 89) weist auf die Gefahr einer Sozialtechnologisierung hin, die er hauptsächlich auf die „Vernachlässigung der Interessensreflexion“ zurückführt. Dabei kritisiert er vor allem, dass die „Interessenszusammenhänge, welche die Handlungsanweisungen begründen [...] von vornherein“ als gültig gelten, ohne jedoch offengelegt und argumentiert zu werden (Kirchhöfer 2004, 90). Außerdem wird in weiterer Folge die Gefahr einer Instrumentalisierung der Pädagogik von wirtschaftlichen und politischen Interessenslagen diskutiert. Dabei führt Kirchhöfer (2004, 84ff) in Bezugnahme auf die Reproduktionsaufgaben sozialpädagogischer Tätigkeiten aus: „Die ökonomische Verwertbarkeit der Ware Arbeitskraft erweist sich als außerpädagogische Intervention, die das Theorie-Praxisverhältnis in eine Richtung drängt, die sich als ‚lifewide‘, ‚lifenear‘, ‚lifelong‘ versteht. ‚Praxisnähe‘, die ‚Überwindung des Praxischocks‘, ‚Kompetenzorientierung‘, ‚learning by doing‘ favorisieren die Praxis- und Handlungsorientierung pädagogischer Theorieangebote. Leicht verständliche Praxisanweisungen bilden ein passendes marktfähiges Produkt“ (Kirchhöfer 2004, 84). In diesem Zitat wird auf zwei unterschiedliche Ebenen verwiesen, die in Zusammenhang mit sozialpädagogischen Handlungsmethoden zu sehen sind.

Einerseits wird ausgeführt, dass der Sozialpädagogik von Seiten des Staates und der Wirtschaft die Aufgabe übertragen wurde ihre KlientInnen (wieder) arbeitstauglich zu machen und damit ihre (Re-)Integration in die Gesellschaft als produktive Arbeitskräfte zu sichern. Andererseits wird aber auch angedeutet, dass für die Aus- und Weiterbildung im sozialpädagogischen Bereich mittlerweile ein Markt, der reich an Angeboten ist, entstanden ist, der

jedoch das Manko aufweise, dass das dort vermittelte Wissen zu wenig in die Tiefe sozialpädagogischer Theorien eintauche und sich auf eine Handlungsorientierung für die Praxis beschränke.

Einen weiteren Strukturierungsvorschlag für die verschiedenen Ebenen sozialpädagogischen Handelns, der versucht, den Widerspruch zwischen einem engen und einem weiten Begriffsverständnis von sozialpädagogischen Handlungsmethoden zu entschärfen, liefern Geißler und Hege (2001, 25ff), indem sie zwischen „Konzept, Methode und Technik/Verfahren“ (Galuske 2002a, 23) unterscheiden. In Zusammenarbeit mit Hege liefert Geißler (Geißler/Hege 2001, 25) neben den beiden bereits referierten Begriffsverständnissen sozialpädagogischer Handlungsmethoden eine weitere Definition des Begriffs Methode: „Der begriffliche Umfang dessen, was wir Methode nennen, ist enger als der des Konzeptes: Methoden sind – formal betrachtet – (konstitutive) Teilaspekte von Konzepten. Die Methode ist ein vorausgedachter Plan der Vorgehensweise“ (Geißler/Hege 2001, 25).

Nach diesem Verständnis von Geißler und Hege (2001, 24) wäre die Methode also einem Konzept unterzuordnen, sie wäre ein Teilaspekt eines Konzepts. Die Methode wird als „vorausgedachter Plan“ der Vorgehensweise beschrieben, die weniger auf Erklärung, als vielmehr auf Handlung abzielt. Die Planung des Vorgehens modifiziert sozialpädagogisches Handeln von einem primär intuitiven Handeln hin zu einem kalkulierbaren Prozess der Hilfe (Galuske 2002a, 24). Verfahren und Techniken wären wiederum Teilaspekte von Methoden, d.h. Methoden können ein unterschiedliches Set an Verfahren und Techniken bereitstellen. Einzelne Techniken werden dabei als Antworten auf Detailprobleme im Prozess von der Erkennung des Problems zur Lösung aufgefasst. (Galuske 2002a, 24; Geißler/Hege 2001, 29)

Dabei ist es sowohl Geißler und Hege (2001, 25) als auch Galuske (2002a, 26) wichtig zu betonen, dass die Trennung zwischen Konzept, Methode und Verfahren eine analytische sei, jedoch methodische Handlungsanweisungen nicht getrennt von umfassenden konzeptionellen Überlegungen diskutiert werden können. Ansonsten bestehe die Gefahr, dass die Entscheidung für oder gegen eine Methode nicht mehr „mit den jeweiligen subjektiven und gesellschaftlichen Problemen des Einsatzfeldes in einen überzeugenden Zusammenhang gebracht werden“ könne und sich damit die Gefahr eines „Methodeneinsatzes am verkehr-

ten Problemfeld, am falschen Subjekt und nicht zuletzt mit unbeabsichtigter (eventuell negativer) Wirkung erhöht“ (Geißler/Hege 2001, 25; Galuske 2002a, 26).

Korczak (1992, 14) hat auf die Gefahren eines verkürzten Methodenverständnisses hingewiesen, das dazu führe, dass ProfessionistInnen Sozialer Arbeit dazu angehalten sind, nicht allzu viel zu reflektieren, sondern einfach zu handeln. Weiters erläutert Galuske (2002a, 27), bestehe die Gefahr, dass durch eine routinierte, verkürzte Methodenanwendung der ‚sozialpädagogische Blick‘ verloren gehen könne. Unter dem „sozialpädagogischen Blick“ wird jene spezifische Suchhaltung verstanden, die offen ist gegenüber biografischen Besonderheiten, gegenüber individuellen Merkmalen der KlientInnen, ihrer Situationen und Lebenszusammenhänge. Galuske (2002a, 27) ist der Ansicht, dass eine derartige „Reduktion beruflicher Kompetenz auf technisches Können [...] primär einer vermeintlichen Handlungssicherheit der HelferInnen, weniger der angemessenen Hilfe für Klienten“ diene (Galuske 2002a, 27).

Als Gründe für die „Verselbständigung von Verfahren“ führen Geißler und Hege (2001, 30) an, dass sie relativ unkompliziert und unaufwendig erlernt werden könnten und durch ihre kurzfristige Wirkung faszinieren würden. Sie weisen allerdings auch darauf hin, dass solch vermeintlich schnelle Erfolge entweder Zufälle sein könnten oder auch auf andere Ursachen als die Anwendung dieser speziellen Methode zurückzuführen sein könnten (Geißler/Hege 2001, 30). Aus der Sicht von Geißler und Hege (2001, 32) sind sozialpädagogische Handlungsmethoden in ihrer Anwendung situativ begrenzt und damit in Bezug auf jeden individuellen Fall in der Praxis mitunter „*revisions-* und *konkretisierungsbedürftig*“, da jedwede Situation sozialpädagogischer Praxis potenziell komplexer sei als ein vorausgedachter Plan jemals sein könnte (Geißler/Hege 2001, 32). Außerdem wird davor gewarnt, dass „berufliche Kompetenz, die allein auf Verfahrenskompetenz aufbaut“, sich „modischem Druck und rascher Veränderung“ ausliefere, da sie weder eine kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Problemfeldern enthielten noch reflektierte Zielbestimmungen (Geißler/Hege 2001, 30).

Gegen die Verwendung von Methoden und Techniken sozialpädagogischer Interaktionen als zielgenaue Technologien wenden sich auch Galuske und Müller (2005, 491), indem sie darauf hinweisen, dass „pädagogische Interventionen in hohem Maße nicht berechenbar

sind“, da sie von komplexen und widersprüchlichen Rahmenbedingungen geprägt seien. Sie schlagen vielmehr vor, dass eine Methode „Verfahren, Prozesse und sozialpädagogische Interventionen leiten“, „dabei aber die Individualität der NutzerInnen nicht vernachlässigen“ sollte (Galuske/Müller 2005, 491).

Idealerweise sollten Methoden Hilfestellungen bei der Informationsgewinnung, der Analyse und der Reflexion von KlientInnen(biografien), institutionellen Settings, sozialräumlichen Strukturen und Netzwerken sowie bei der Gestaltung von Kommunikation und Interaktion mit KlientInnen(gruppen) und AkteurInnen in sozialen Netzwerken bieten. Außerdem sollten sie bei der einzelfallspezifischen Gestaltung institutioneller Settings und bei der Phasierung des Hilfeprozesses unterstützen. Durch sie sollten weiters die Partizipation von KlientInnen(gruppen) und AkteurInnen sozialer Netzwerke gestützt werden beziehungsweise die Folgen der Intervention kontrolliert werden. (Galuske/Müller 2005, 491)

Hörster (2007, 39) gibt jedoch zu bedenken, dass pädagogisches Handeln immer auch ein Wagnis und durch keine pädagogische Strategie zu hintergehen sei. Vielmehr fordert er, dass die Nichtmethodisierbarkeit pädagogischen Handelns selbst zu den methodischen Einsichten der Sozialpädagogik zählen müsse. Es sei „die Bewältigung dieses differenten Ineinanders von methodischem und nichtmethodischem Handeln, das sukzessive die methodische Leistung in der Pädagogik ausmacht“ (Hörster 2007, 39f). Auch Combe und Helsper (2002, 40) weisen auf dieses Technologiedefizit pädagogischen Handelns hin und führen aus, „dass pädagogisches Handeln ein Handeln in offenen, labilen und zudem höchst widersprüchlichen Situationen ist, die nur begrenzt zu durchschauen, nur begrenzt planbar und deren Entwicklung und soziale Ereignisdichte nur begrenzt prognostizierbar ist“ (Combe/Helsper 2002, 40). Helsper (2007, 21) beleuchtet in diesem Zusammenhang den Umstand, dass „formale Organisationsprinzipien der Standardisierbarkeit und programmierbaren Erwartbarkeit“ auch eine Entlastung gegenüber dem „anstrengenden, kommunikativen Aushandlungsbedarf“ darstellen können, da sich PädagogInnen dahinter verstecken könnten und „konkrete Handlungsanleitungen für die Bewältigung von komplexen Alltagssituationen, Handwerkszeug/Handwerkspläne, die helfen die Anforderungen sozialpädagogischen Handelns begründet zu routinisieren“, erhalten, die außerdem das eigene Handeln „nach Innen und Außen kommunizierbar“ machen (Galuske/Müller 2005, 487). Die Spannung zwischen einem individuellen fallbezogenen Handeln und der An-

wendung standardisierter Methoden bleibe jedoch bestehen. Sie scheint sich durch die „Ausweitung und zunehmende Dominanz zweck-rational-bürokratischer Organisationsprinzipien“ sogar noch zu verschärfen und „bildet eine ständig auszubalancierende Herausforderung für professionelles pädagogisches Handeln in formal-organisatorischen Rahmungen (Helsper 2007, 22). Auch Hörster und Müller (1999, 616ff) arbeiten heraus, dass „das Pädagogische“ Gefahr läuft nur noch einen instrumentellen Stellenwert zu erfüllen, also zur Normierung der Lebensführung der AdressatInnen beiträgt, ohne Bildungsprozesse zu eröffnen. Es wäre aber gerade die Fähigkeit neue Anfänge und Möglichkeiten für Bildungsprozesse zu erschließen, die die pädagogische Dimension sozialpädagogischer Praxis darstellen würde. Wobei sich gerade diese Eröffnungsphase pädagogischer Interaktion „durch ein hohes Maß an Ungewissheitsbelastung“ auszeichne und „kaum technisierbar“ sei, gleichzeitig aber die „Voraussetzung für die weitere reflektierte Handhabung des Prozesses“ ist (Hörster/Müller 1999, 628). Sie beschreiben diese Eröffnungsphase pädagogischer Interventionen in Anlehnung an Walter Benjamins (1980, 206) Begriff des „mimetischen Vermögens“ als „eine zugleich emphatische, kommunikative, expressive, ästhetisch gestaltende und spielerische Tätigkeit [...], die nicht den Charakter zweckrationalen Handelns hat, obwohl sie durchaus zielgerichtet und kunstfertig geübt werden kann; und die auch nicht als ethische Haltung (der Liebe, Wertschätzung etc.) erfassbar ist, obwohl sie durchaus auch ethische Komponenten hat“ (Hörster/Müller 1999, 623).

Kirchhöfer (2004, 93) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass eine pädagogische Methode dabei unterstützen sollte, „die Unbestimmtheit des pädagogischen Geschehens zu bewältigen und Sicherheit in der Unsicherheit zu gewinnen“, außerdem solle sie dabei helfen „den möglichen Prozessverlauf antizipatorisch vorwegzunehmen und Überraschungseffekte abzubauen“, weiters „zu einem Denken in alternativen Varianten“ zu befähigen und „situationsangemessene Handlungen (zu) ermöglichen“. Sie sollte also zusammengefasst einen Rahmen für „selbstorganisatorisches Handeln“ bieten, ohne ein bestimmtes Handeln vorzuschreiben bzw. ein Abarbeiten von Handlungsvorschriften einzufordern (Kirchhöfer 2004, 93).

Müller (2001, 1198) unterscheidet zwischen einem implementativen/normativen Gebrauch von Methoden, der der strategischen Absicherung von Handlungsabsichten diene und einem rekonstruktiven/interpretativen Umgang mit Methoden, der eine nachträgliche Refle-

xion der Praxis ermöglichen sollte. Methodische Reflexion in der Sozialpädagogik soll die Praxis pädagogischen Handelns zu einer „bewussteren“ machen und Bedingungen für die Weiterentwicklung sozialpädagogischer Praxis schaffen, indem sie gelingende Handlungsformen und bestimmte „methodische Sitten“ von PraktikerInnen zu „habitualisieren“ versucht. Eine in diesem Sinne verstandene Methode ist lediglich Interpretation und Korrektur der Praxis, jedoch keine Handlungsanweisung (Müller 2001, 1196). Wobei Müller (2001, 1199) darauf hinweist, dass aus seiner Sicht „auch Methoden, die den Charakter implementativer, sozialtechnischer oder auch normbezogener Strategien und Routinisierungen haben, [...] zur Stabilisierung eines professionellen Habitus sozialpädagogischen Handelns unentbehrlich“ sind (Müller 2001, 1199).

Galuske und Müller (2005, 498) weisen allerdings auch darauf hin, dass es allein aufgrund der Vielfalt von Lebenslagen, Arbeitsfeldern und Problembereichen nicht eine einzige Methode geben kann, die für alle Bereiche passend erscheint. Sie stellen jedoch fest, dass es sehr wohl eine übergreifende Phase von Hilfeprozessen gäbe, „die basierend auf einer individuellen Bestandsaufnahme und gemeinsam mit dem Klienten, Handlungspläne entwickelt, durchführt und deren Wirksamkeit überprüft“ (Galuske/Müller 2005, 489). Innerhalb dieser Schritte gibt es allerdings eine Vielzahl von Methoden, die den unterschiedlichen Personen, Problemen, Organisationen und Situationen gerecht werden sollten. Wenn Methoden als zielgenaue Technologie verstanden werden, so stoße dies einerseits an die Grenzen des Machbaren, da pädagogische Interventionen in hohem Maße nicht berechenbar sind und andererseits würden dadurch komplexe, widersprüchliche gesellschaftliche Rahmenbedingungen ausgeblendet werden. Eine Methode sollte daher laut Müller und Galuske (2005, 491) sinnvollerweise Verfahren, Prozesse und sozialpädagogische Interventionen leiten, dabei aber die Individualität der NutzerInnen nicht vernachlässigen. (Galuske/Müller 2005, 491)

3.3.1. Zwischenzusammenfassung

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sozialpädagogische Handlungsmethoden eine wissensbasierte Anleitung zur Erreichung eines anvisierten Ziels durch kalkulierbare Hilfeprozesse statt individueller Intuition darstellen. Dadurch sollen sie zu einer gelingenden sozialpädagogischen Praxis beitragen. Im Idealfall sollten pädagogische Handlungsmetho-

den einen Rahmen für pädagogisches Handeln schaffen und Hilfestellungen bei der Informationsgewinnung, bei der Gestaltung von Kommunikations- und Interaktionsprozessen, bei Bemühungen der Partizipation von KlientInnen und bei der Kontrolle der Intervention bieten. Es wird allerdings auch darauf hingewiesen, dass Situationen der sozialpädagogischen Praxis immer komplexer sind als ein im Voraus erdachter Plan es sein könnte, deswegen sollte als Grundlage der Methodenentwicklung reflektierte sozialpädagogische Praxis dienen. (Geißler/Hege 2001, 30; Galuske/Müller 2005, 486, 491; Hörster 2007, 39; Müller 2001, 1194f, 1197f; Galuske 2002a, 24; Kirchhöfer 2004, 93)

Im Zuge der Diskussion um sozialpädagogische Handlungsmethoden werden zwei Begriffsverständnisse thematisiert: ein weites und ein enge Verständnis. Das enge Begriffsverständnis ist hierbei lediglich auf sozialpädagogische Vermittlungsprozesse bezogen, während das weite Begriffsverständnis pädagogische Methoden als kulturell geprägte Verfahren zur Anleitung von Bildungsprozessen begreift und ihre Ausformung in Abhängigkeit von Problemlagen, Zielsetzungen und Rahmenbedingungen ansiedelt. An einem engen Begriffsverständnis von sozialpädagogischen Handlungsmethoden wird vor allem kritisiert, dass der Zweck einer Verhaltensveränderung nicht mehr diskutiert werde, wodurch es zu einer Technologisierung und Instrumentalisierung der Pädagogik komme, die dazu führe, dass der spezifische sozialpädagogische Blick verloren gehe. Um dies zu verhindern, sollten pädagogische Handlungsmethoden immer in pädagogische Konzepte eingebettet sein. (Galuske 2002a, 23ff, 26ff; Geißler 2001, 1045f; Geißler/Hege 2001, 25; Kirchhöfer 2004, 89)

Als Vorteil pädagogischer Handlungsmethoden wird gesehen, dass durch ihre Standardisierbarkeit und programmierbare Erwartbarkeit eine Entlastung des pädagogischen Alltags erfolgt, der ansonsten durch kommunikativen Aushandlungsbedarf gekennzeichnet ist. Es wird jedoch auch darauf hingewiesen, dass eine derartige Reduktion sozialpädagogischer Kompetenzen auf technisches Können eher den HelferInnen als ihren KlientInnen dienlich ist. (Galuske 2002a, 27; Helsper 2007, 21)

Es scheint also ein Spannungsverhältnis zwischen individuellem, fallbezogenen Handeln und der Anwendung standardisierter Methoden zu existieren, das durch die Ausweitung von zweckrationalen, kostenbasierten Organisationsprinzipien weiter verschärft wird. Als

besonders kritisch daran wird gesehen, dass pädagogisches Handeln dadurch Gefahr läuft lediglich zur Normierung von Lebensläufen beizutragen, aber keine Bildungsprozesse eröffnen kann und außerdem gesellschaftliche Rahmenbedingungen ausgeblendet werden. (Helsper 2007, 22; Hörster/Müller 1999, 616ff; Galuske/Müller 2005, 491)

3.4. Zusammenfassung

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass pädagogisches Handeln auf Zusammenhänge gerichtet ist, die die Bereiche Lernen, Lehren, Erziehen, Beraten und Helfen betreffen und eine theoretisch reflektierte gesellschaftliche Reaktion auf die menschliche Persönlichkeitsentwicklung darstellen. Anliegen pädagogischer Handlungen ist eine Unterstützung einzelner Individuen bei einer glückenden Persönlichkeitsentwicklung und die Entwicklung von Lösungsansätzen für menschliche Problemlagen, die von den Betroffenen nicht selbstständig bearbeitet werden können. Dabei setzen pädagogische Interventionen vor allem dort an, wo gesellschaftliche Normvorstellungen und individuelles Verhalten in Konflikt geraten. Im Rahmen pädagogischer Settings muss daher zwischen gesellschaftlichen Zielen und individuellen Möglichkeiten vermittelt werden. (Thiersch 2002a, 213; Galuske/Müller 2005, 490; Geißler/Hege 2001, 16; Hörster/Müller 1999, 616; Marotzk/Nohl/Ortlepp 2005, 15, 47; Prange/Strobel Eisele 2006, 13f; Bernfeld 1925/1967, 15; Hörster 2007, 36; Combe/Helsper 2002, 39).

Als Grundlage dafür, was unter einer glückenden Lebensführung verstanden wird, werden kulturelle Überzeugungen einer Gesellschaft verstanden. Im Rahmen pädagogischer Konzepte soll eine Analyse und Reflexion dieser gesellschaftlichen Überzeugungen nicht zuletzt unter dem Blickwinkel ihres gesellschaftspolitischen und historischen Entstehungszusammenhangs erfolgen, um sie dann in weiterer Folge als Handlungs- und Erklärungshintergrund für pädagogische Interventionen heranziehen zu können. (Hamann 1994, 95; Geißler/Hege 2001, 23f; Galuske 2002a, 23; Buchka 2003, 271ff; Nieke 2002, 22)

Pädagogische Handlungsmethoden sollen den Rahmen für pädagogisches Handeln stützen, durch ihre Standardisierbarkeit und programmierbare Erwartbarkeit den pädagogischen Alltag entlasten und Fallbearbeitungen effizienter machen. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass pädagogisches Handeln nicht vollkommen vorherbestimmbar ist, da die sozialpäda-

gogische Praxis immer komplexer als ein vorausgedachter Plan sei. Um die Ursachen sozialer Problemlagen, eine Begründung der Zielsetzung und eine Reflexion der Rahmenbedingungen pädagogischer Interventionen nicht aus dem Blick zu verlieren, sollten pädagogische Handlungsmethoden immer in pädagogische Konzepte eingebunden sein. Es wird darauf hingewiesen, dass, wenn dies nicht der Fall sei, pädagogisches Handeln lediglich zur Normierung von Lebensläufen beitragen würde, keine Bildungsprozesse mehr eröffnen könne und eine Reflexion gesellschaftlicher Rahmenbedingungen nicht stattfinden würde. (Geißler/Hege 2001, 25ff, 30; Galuske/Müller 2005, 491; Hörster 2007, 39; Müller 2001, 1194f; Galuske 2002a, 23ff, 26ff; Kirchhöfer 2004, 89, 93; Geißler 2001, 1045f; Helsper 2007, 21f; Hörster/Müller 1999, 616ff)

4. Empirische Forschungsergebnisse aus Österreich zum Einfluss von Ökonomisierungstendenzen auf sozialpädagogisches Handeln

Nachdem in den vorangegangenen Kapiteln sehr ausführlich auf Ökonomisierungstendenzen des Sozialen und im Rahmen der Sozialen Arbeit eingegangen worden ist (Kapitel 2.) und außerdem auf den Begriff des sozialpädagogischen Handelns eingegangen wurde (Kapitel 3.), soll nun noch eine Verknüpfung dieser beiden Untersuchungspole versucht werden. Dies wird anhand der Darstellung der empirischen Forschungslage in Österreich in Bezug auf den Einfluss der Ökonomisierung des Sozialen auf sozialpädagogisches Handeln erarbeitet.

4.1. KundInnenorientierung

Als ein wichtiges Element der Ökonomisierung Sozialer Arbeit wird vor allem in der Studie von Christina Schöppl (2006) die KundInnenorientierung angeführt. Auch Keller (2006) stellt in seiner Diskursanalyse fest, dass insbesondere die Begriffe KundInnen bzw. KundInnenorientierung vermehrt in den sozialpädagogischen Sprachgebrauch einfließen und zwar meist ohne sie kritisch zu reflektieren.

Schöppl (2006) setzte sich im Rahmen einer qualitativ empirischen Studie mit der Einführung von New Public Management in Einrichtungen der materiellen Daseinsvorsorge auseinander und fragt nach den Folgen für die Soziale Arbeit und ihre KlientInnen. Als ein Ergebnis kann festgehalten werden, dass die Einführung von KundInnenorientierung insofern als positiver Schritt gewertet werden kann, als dass sie eine verstärkte Orientierung an den Bedürfnissen der KlientInnen und eine vermehrte Transparenz den NutzerInnen gegenüber erwarten lasse (Schöppl 2004, 78, 104). Außerdem verändere sich die Haltung gegenüber den KlientInnen, da sie nun ganz bewusst als „Nutznießer der sozialen Dienstleistung“, als zahlende KundInnen, die einen Anspruch auf die erbrachte Leistung haben, gesehen werden würden (Schöppl 2004, 78).

An anderer Stelle wird allerdings auch ausgeführt, dass die KundInnenorientierung zu einer Einschränkung der potenziellen KlientInnen führe, da „die Ärmsten der Armen und die, die am wenigsten Rechte haben, die sind dann auf einmal keine KundInnen mehr“

(Schöppl 2004, 74, 82). Außerdem sei der KundInnenbegriff für die Soziale Arbeit auch deswegen ungeeignet, da sich ihre NutzerInnen die Anlaufstelle nicht bewusst aussuchen würden, sondern als letzte Möglichkeit sehen, um für die Lösung ihrer Problemlagen Unterstützung zu bekommen (Schöppl 2004, 74).

Es wird außerdem herausgearbeitet, dass im Rahmen der Bedürfnisorientierung unterschieden werden müsse, was die KundInnen wünschen und was sie tatsächlich brauchen. Dies sollte optimalerweise im Rahmen von Beratungsgesprächen erarbeitet werden. Eine derartige Herangehensweise würde auch zu einer Differenzierung sozialpädagogischer Angebote führen, anstatt eine gleichförmige Leistung für alle anzubieten (Schöppl 2004, 79). Dieser Anspruch müsse jedoch insofern relativiert werden, als dass es für diese tatsächlich kundInnenorientierte Arbeit an Ressourcen und Kapazitäten fehle (Schöppl 2004, 75f). Im Rahmen der geführten Interviews von Dohnhauser et al. (2005, 22) wurde eine verstärkte KundInnenorientierung als Folge der Neuen Steuerung wiederum generell in Frage gestellt.

4.2. Exklusion

Ein weiterer Aspekt der Auswirkungen der Ökonomisierung Sozialer Arbeit, der vor allem aufgrund der Zusammenschau unterschiedlicher Studien herausgearbeitet werden kann, ist, dass es im Rahmen der Liberalisierung sozialpädagogischer Angebote zu Ausschlusstendenzen von Hilfsbedürftigen kommen kann. So weist zum Beispiel Schöppl (2006, 87, 97, 103ff) darauf hin, dass die Nichteinhaltung von Zielvereinbarungen in weiterer Folge zu einem Ausschluss aus dem Betreuungsangebot führen kann. Weiters wird dargelegt, dass KlientInnen, bei denen abzusehen ist, dass Zielvereinbarungen nicht eingehalten werden können, von vornherein ausgegrenzt werden. Diese Tendenzen werden im Rahmen der Interviews durch den Hinweis relativiert, dass das Erstellen von Regeln und das Setzen von Sanktionen schon immer Teil sozialpädagogischer Interaktionen gewesen sei. (Schöppl 2006, 96f)

Auch im Rahmen einer Fallstudie, die sich der Flüchtlingsberatungsstelle der Caritas Wien widmet, konnte erhoben werden, dass aufgrund des Ressourcenmangels nicht alle Hilfesuchenden, die zu einem Erstgespräch kommen, betreut werden könnten. Es muss also aus-

gewählt werden, welchen Personen eine intensive Beratung zuteil werden soll. Dabei würden vor allem jene ausgewählt werden, die gute Chancen auf eine glückende Intervention hätten. Es existieren zwar Richtlinien, die Anweisungen darüber enthalten, auf welcher Grundlage die Entscheidung darüber, wer in den Genuss einer Beratung kommen darf, getroffen werden sollte. Diese Direktiven seien aufgrund der knappen zeitlichen Ressourcen allerdings nicht umsetzbar (Ranftler et al. 2006, 28).

Außerdem ist zu beobachten, dass bestimmte sozialpädagogische Angebote gar nicht mehr angeboten werden, da sie sich nicht rentieren. Damit kommt jedoch potenziellen KlientInnen eine Ressource zur Bewältigung ihrer Probleme abhanden (Schöppl 2006, 77). So wird zum Beispiel berichtet, dass es im Rahmen der Frauenberatung zusehends schwieriger werde, die Hilfe suchenden Frauen an weiterführende Einrichtungen zu vermitteln, da viele Einrichtungen aufgrund der Einsparungen nur mehr Clearinggespräche anbieten und eingehende Betreuungsangebote aufgrund von Kostenerwägungen eingestellt wurden (Wolfgruber et al. 2006, 25f). Auch für den Flüchtlingsbereich wird festgestellt, dass die Anspruchsvoraussetzungen für den Erhalt von Leistungen zugenommen haben und damit ein Teil der davor unterstützten KlientInnen nun ausgeschlossen werden musste (Ranftler et al. 2006, 15).

Für das Feld der Jugendwohlfahrt wird ebenfalls von Engpässen bei Betreuungsressourcen berichtet. Aufgrund des Ressourcenmangels bei der Fremdunterbringung (betreute WGs, Heime) könne es zu Kompromissen kommen, die zu einer Rückführung in die Herkunftsfamilie führen würden, obwohl zu beobachten ist, dass dies oftmals eine wiederholte Aufnahme ins Krisenzentrum zur Folge hätte (Strahner et al. 2006, 24, 30). Daraus kann gefolgert werden, dass Familien, die eigentlich Bedarf an einer Fremdunterbringung ihrer Kinder hätten, von dieser Möglichkeit de facto ausgeschlossen werden könnten.

4.3. Zielvereinbarungen mit KlientInnen

Im Rahmen der Managerialisierung Sozialer Arbeit kann laut Schöppl (2006, 87ff) auch beobachtet werden, dass sich eine neue Kultur im Umgang mit KlientInnen durchsetzt, und zwar die Verwendung von Zielvereinbarungen, also Kontrakten, um die Beziehung zwischen NutzerInnen und ProfessionistInnen sozialpädagogischer Angebote klar zu definie-

ren. Dabei wird dieser Trend von den von Schöppl (2006) interviewten SozialarbeiterInnen durchaus unterschiedlich interpretiert. So wird auf der Seite der BefürworterInnen dargelegt, dass Zielvereinbarungen zu klaren Verhältnissen führen, die nicht zuletzt den KlientInnen zugute kommen würden. Kritisiert wird an dieser Sichtweise allerdings, dass eine sinnvolle Umsetzung von Zielvereinbarungen an den mangelnden Ressourcen scheitern würde (Schöppl 2006, 91f).

Aus einem kritischen Blickwinkel wird jedoch angemerkt, dass Zielvereinbarungen zwischen SozialpädagogInnen und NutzerInnen weniger den KlientInnen dienen würden als der Rechtfertigung sozialpädagogischer Tätigkeiten, indem sie zu einer Messbarmachung der Erfolge beitragen (Schöppl 2006, 92). Für die Interaktionen mit den KlientInnen werden sie von den SkeptikerInnen eher als hinderlich bezeichnet, weil sie als Zwang und Bevormundung interpretiert werden und überdies zu einer Einschränkung von situationsangemessenen, personalisierten Betreuungsverhältnissen und zu einer Zunahme mechanischer Herangehensweisen in sozialpädagogischen Kontexten führen würden (Schöppl 2006, 87, 92ff, 97, 103ff). Außerdem wird noch angeführt, dass die Vereinbarung von Zielen am Beginn eines Betreuungsverhältnisses die AdressatInnen oftmals überfordere, da sie sich zu diesem Zeitpunkt meist noch in einer Orientierungsphase befinden würden (Schöppl 2006, 91).

4.4. Finanzierung

In Bezug auf die Auswirkungen der Neuen Steuerung auf die Finanzierung Sozialer Arbeit ist als dominanteste Sichtweise jene anzusehen, die über eine verstärkte finanzielle Unsicherheit der freien Träger aufgrund des Kontrakt-Managements berichtet (Dohnhauser et al. 2005, 27; Ranftler et al. 2006, 16, 25ff; Schöppl 2006, 80, 88f, 103ff). Es ist aber auch die Ansicht vertreten, dass die Ausarbeitung von Kontrakten mehr Planungssicherheit biete und die mit den AuftraggeberInnen getroffenen Vereinbarungen über Ziele und Ergebnisse bei der Realisierung von sozialpädagogischen Konzepten eine Unterstützung darstellen würden (Schöppl 2006, 69, 90).

Außerdem wird als positiv bezeichnet, dass die Neue Steuerung zur Optimierung und Transparenz der Kosten beitrage und dadurch auch sichtbar gemacht werde, was eigentlich

alles geleistet wird (Schöppl 2006, 73). Von den kritischen Geistern wiederum wird diese Transparenz insofern bemängelt, als sie zu einer Steigerung der Kontrolle der Ausgaben führe (Dohnhauser et al. 2005, 32). In Zusammenhang mit der Verteilung von Geldern wird außerdem die Gefahr skizziert, dass bei der Vergabe der Leistungsverträge Kostenüberlegungen mehr Gewicht haben könnten als die Fachlichkeit und Angemessenheit der zu erbringenden sozialpädagogischen Leistung (Schöppl 2006, 80).

4.5. Entbürokratisierung

Mit der Einführung Neuer Steuerungsmodelle ist von Seiten der SozialpädagogInnen vor allem die Hoffnung auf eine Entbürokratisierung verbunden. Es sollten Hierarchien abgebaut und Teamarbeit gefördert werden, administrative Tätigkeiten sollten auf ein Minimum beschränkt werden. Dieses Anliegen scheint sich aber, wenn wir der österreichischen Forschungslage Glauben schenken wollen, nicht zu erfüllen. Der administrative Aufwand in Form von Dokumentationen abseits einer professionellen Falldokumentation scheint sich sogar vergrößert zu haben, da nun oft mehrere Berichte für unterschiedliche Auftraggeber über die gleiche Handlungssequenz verfasst werden müssen. (Dohnhauser et al. 2005, 27; Ranftler et al. 2006, 16, 25ff ; Schöppl 2006, 80, 85, 89, 103ff; Wolfgruber et al. 2006, 28)

Der Anspruch, dass durch die Etablierung der Neuen Steuerung sozialpädagogische Arbeit effizienter und unbürokratischer werde, wurde also nicht erfüllt. Aber auch der erhoffte Abbau von hierarchischen Strukturen konnte nicht geleistet werden, es wird im Gegenteil von einer Verschärfung der Hierarchien berichtet (Dohnhauser et al. 2005, 33, 35). So wird für den Bereich der Asylberatung geschildert, dass der Geldgeber als äußerst autoritär empfunden wird, die Akten regelmäßig kontrolliert werden und Anweisungen an die Dienststellenleitung gerichtet werden (Ranftler et al. 2006, 27).

Auch für den „Verein Wiener Frauenhäuser“ wird als Folge einer Umstrukturierung hin zu einer managerialistischen Betriebsführung eine zu geringe Verknüpfung zwischen Vereinsleitung und Mitarbeiterinnen sowie ein fehlendes Mitspracherecht kritisiert (Wolfgruber et al. 2006, 28). Den Mitarbeiterinnen werde seit der Organisationsreform weit weniger Vertrauen entgegengebracht: So müssen sie nun detaillierte Stundenlisten führen und Tätigkeitsberichte für die Geschäftsführung verfassen. Aber auch die Geschäftsführung sei zu

einer monatlichen Kostenstellenauswertung gegenüber dem Kontrollamt der Stadt Wien verpflichtet (Wolfgruber et al. 2006, 31). Als weiteres undemokratisches Detail wird hervorgehoben, dass öffentliche Stellungnahmen mittlerweile nur mehr von der Geschäftsleitung gemacht werden dürfen und auch für diese, durch die direkte Abhängigkeit vom Geldgeber, in ihrer Freiheit begrenzt sei (Wolfgruber et al. 2006, 34f).

4.6. Qualitätssicherung

Die im Rahmen des New Public Managements geforderte Qualitätssicherung wird ebenfalls sehr unterschiedlich eingeschätzt. So wird zwar einerseits ausgeführt, dass die Einführung eines Qualitätshandbuches für klare Kompetenzen und Abläufe Sorge und somit eine Bereicherung für die soziale Einrichtung darstelle, im gleichen Atemzug wird allerdings ebenfalls festgehalten, dass die sozialpädagogische Basisarbeit dadurch nicht beeinflusst werden würde (Dohnhauser et al. 2005, 32).

Aus einer kritischen Sichtweise wird im Rahmen der Interviews von Dohnhauser et al. (2005, 35) außerdem angeführt, dass die inhaltliche Gestaltung von Qualitätszirkeln ausschließlich von MitarbeiterInnen geleistet werden würde, die in der Zentrale arbeiten und keinen KlientInnenkontakt haben, während jene an der Basis, die in direktem Kontakt mit den AdressantInnen stehen, von diesem Prozess ausgeschlossen bleiben (Dohnhauser et al. 2005, 35). Weiters wird kritisiert, dass im Rahmen des Controllings Menschen als Produkte charakterisiert werden, die Kosten-Nutzen-Effizienz überwiegend nach quantitativen Kriterien beurteilt werden würde und eine zu geringe inhaltliche Ausrichtung der Qualitätsevaluation zu finden sei (Strahner et al. 2006, 25; Wolfgruber et al. 2006, 27). Aufgrund dieser Ausrichtung des Qualitätsmanagements wird die Vermutung geäußert, dass unter Qualitätssicherung eigentlich die Einsparung von Stunden verstanden wird, wobei weiter ausgeführt wird, dass für eine tatsächliche Steigerung der Qualität zusätzliche Ressourcen benötigt werden würden (Strahner et al. 2006, 25).

Diese Ressourcen scheinen im Bereich der Sozialen Arbeit allerdings immer mehr zu fehlen. So wird zum Beispiel berichtet, dass inhaltliche Reflexionen im Team von der Geschäftsleitung als Kaffeetratsch abqualifiziert werden und aufgrund der niedrigen Betreuungsdichte und der hohen KlientInnenzahl verunmöglicht werden (Dohnhauser et al. 2005,

25). Auch für die als wichtig erachtete Auseinandersetzung mit neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen für den jeweiligen Arbeitsbereich bleibe nicht genügend Zeit. Dafür gäbe es jedoch, nicht zuletzt um Burn-out-Syndromen vorzubeugen, regelmäßige Einzel- und Gruppensupervisionen. (Wolfgruber et al. 2006, 27)

Auch für den Bereich der Heimunterbringung bei privaten Anbietern dürften sich eine hohe Arbeitsbelastung (Realarbeitszeit 320-330 Stunden/Monat), ein niedriger Ausbildungsgrad der MitarbeiterInnen und eine wohl damit in Zusammenhang stehende große Fluktuation der PädagogInnen auf die Qualität der sozialpädagogischen Betreuung negativ auswirken. Dafür seien die nach außen besser sichtbaren Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel die Räumlichkeiten, eine große Spielwiese oder ein Bus für Ausfahrten als vorbildlich einzustufen. (Hofer 2003, 204f)

4.7. Betreuungsintensität

Im Zuge der Managerialisierung scheint sich auch die Intensität der Betreuung verschoben zu haben. So wird zum Beispiel berichtet, dass in der Arbeit mit wohnungslosen Menschen das Hauptaugenmerk nunmehr lediglich auf der Existenzsicherung und der Versorgung mit Schlafplätzen liegt. Andere zentrale sozialpädagogische Aspekte, wie die dialogische Entwicklung von Zukunftsperspektiven, werden als zweitrangig erachtet. Andererseits muss auch hervorgehoben werden, dass der AdressatInnenkreis der Wohnungslosenhilfe massiv ausgeweitet wurde, da nun auch früher ausgeschlossene Gruppen wie zum Beispiel Suchtkranke aufgenommen werden könnten. (Schöppl 2006, 86f)

Auch im Rahmen der Flüchtlingsberatung scheint es zu einer Verringerung der Betreuungstiefe gekommen zu sein. Dahingehend ist zumindest jene Darstellung zu interpretieren die ausführt, dass aufgrund des großen Andrangs und der niedrigen Betreuungsdichte Beratungsgespräche bei der Asylberatungsstelle der Caritas Wien im Halbstundentakt vergeben werden müssen. Dies führe allerdings dazu, dass nach einer circa fünfzehnminütigen Abwicklung von finanziellen Angelegenheiten lediglich weitere 15 Minuten für eine allgemeine Sozialberatung zur Verfügung stünden. Dieser Umstand – so wird weiter ausgeführt – ermögliche allerdings nur eine bloße Informationsweitergabe, eine eingehende psy-

chosoziale Beratung könne in diesem Setting nicht geleistet werden. (Ranftler et al. 2006, 14, 21)

Auch für die Wiener Sozialzentren wird von einer sehr niedrigen Betreuungsdichte berichtet, die zu einer Schwerpunktverlagerung des Angebotes geführt habe. Es würden nun keine langfristigen Betreuungsverhältnisse mehr angeboten werden, sondern bloß Clearinggespräche, da unter den aktuellen Rahmenbedingungen für eine eingehende Beratung keine Zeit bleibe (Dohnhauser et al. 2005, 22, 25, 27). Weiters seien durch das praktizierte System der sehr dichten Terminvergabe ProfessionistInnen in ihrer Zeiteinteilung sehr unflexibel und könnten deswegen nicht auf spezielle Bedürfnisse und Problemlagen von Hilfesuchenden eingehen (Dohnhauser 2005, 24; Emprechtinger et al. 2007, 25ff).

Auch für den Bereich der Heimunterbringung von Kindern und Jugendlichen wird von einer zu geringen Betreuungsdichte vor allem bei privaten Anbietern berichtet. So ist zum Beispiel ein Sozialpädagoge/eine Sozialpädagogin für sechzehn Kinder verantwortlich. Dies führt dazu, dass eine individuelle Betreuung der Kinder oder eine angemessene Freizeitgestaltung kaum möglich ist, da die gesamten Betreuungsressourcen durch die Unterstützung bei den Hausübungen und anderen Aufgaben des Alltags aufgebraucht werden (Hofer 2003, 205).

4.8. Doppeltes Mandat

Eine weitere Frage, die sich im Zusammenhang mit der Umstrukturierung des Sozialbereichs ergibt, ist ihre Auswirkung auf das Doppelte Mandat Sozialer Arbeit. In diesem Zusammenhang wurde im Rahmen von Interviews mit SozialberaterInnen der Asylberatungsstelle der Caritas Wien die Meinung vertreten, dass es für den Bereich der Flüchtlingsberatung als wertvoll angesehen wird, dass sie von einem privaten Verein angeboten wird. Denn dieser könne als Sprachrohr für die Flüchtlinge fungieren und eine Vermittlerposition zwischen Auftraggeber und KlientInnen einnehmen (Ranftler et al. 2006, 15).

Es wird jedoch ausgeführt, dass im Rahmen des Kontrakt-Managements die Verteidigung der Interessen und Bedürfnisse der KlientInnen gegenüber den Anliegen und Forderungen der Auftraggeber zusehends schwieriger wird, und es wird die Vermutung geäußert, dass

bei der Erarbeitung eines Leistungsvertrages die Interessen der Subventionsgeber stärker berücksichtigt werden würden als die Problemlagen der KlientInnen (Schöppl 2006, 84).

Außerdem wird durch die Zusammenführung von finanziellen Anspruchsprüfungen und psychosozialen Beratungsangeboten, wie dies bei den Wiener Sozialzentren oder der Asylberatungsstelle der Caritas Wien der Fall ist, die Gefahr gesehen, dass Soziale Arbeit in der Wahrnehmung ihrer KlientInnen einen vermehrt überprüfenden und kontrollierenden Charakter bekommt. Dies wiederum könnte zu der Problematik führen, dass NutzerInnen nicht das nötige Vertrauensverhältnis zu ihren BetreuerInnen entwickeln, um sich mit ihnen offen über ihre Problemlagen auszutauschen. (Dohnhauser et al. 2005, 28; Emprechtinger et al. 2007, 24)

4.9. Output-Orientierung

Da in den Leistungsvereinbarungen, die im Rahmen des Kontrakt-Managements zwischen Financiers und freien Trägern abgeschlossen werden, ein großes Augenmerk auf die Effizienz der angebotenen sozialpädagogischen Dienstleistung gelegt wird, scheint es interessant nachzuverfolgen, wie sich diese Herangehensweise in der Praxis der Erbringung sozialpädagogischer Angebote auswirkt.

In Bezug darauf wird für die Wiener Sozialzentren berichtet, dass zwar die Ressourcen seitens der öffentlichen Hand verknappt werden würden, während aber gleichzeitig die Forderung aufgestellt werden würde, dass der Output erhöht werden sollte (Dohnhauser et al. 2005, 35). Und auch im Bereich der Jugendwohlfahrt wird über knapper werdende finanzielle Ressourcen auf der einen Seite und verstärkten Lösungsdruck auf der anderen Seite berichtet (Strahner et al. 2006, 22). So wird auch im Rahmen einer Studie über die Frauenberatungsstelle des Vereins Wiener Frauenhäuser berichtet, dass es dem Geldgeber hauptsächlich um eine möglichst hohe Quote an Beratungen gehe, nicht so sehr jedoch um deren professionelle Qualität (Wolfgruber et al. 2006, 28ff). Die gleiche Feststellung scheint für das Arbeitsfeld der Drogenberatung zuzutreffen, auch hier wird berichtet, dass die quantitativen Outputanforderungen seitens der Geldgeber, welche die Anzahl der KlientInnengespräche bemessen, dazu führe, dass kontinuierliche Beziehungsarbeit aus dem Blick gerate (Krieger et al. 2007, 43f).

4.10. Zusammenfassung

Als Auswirkungen der Ökonomisierung Sozialer Arbeit auf sozialpädagogisches Handeln können zusammenfassend festgehalten werden, dass die mit der Dienstleistungsorientierung einhergehende KundInnenorientierung zu einer veränderten Haltung gegenüber den KlientInnen sozialpädagogischer Leistungen führt. Diese werden nun als zahlende KundInnen gesehen, die einen Anspruch auf die erbrachte Leistung haben. Es wird jedoch auch kritisiert, dass für eine tatsächlich kundInnenorientierte Arbeit die Ressourcen und Kapazitäten fehlen (Schöppl 2004, 75f, 78; Strahner 2006, 24, 30).

Das im Rahmen des New Public Management favorisierte Steuerungsinstrument im Umgang mit KlientInnen stellt vertraglich festgehaltene Zielvereinbarungen dar. Diese werden unterschiedlich beurteilt. Positiv an den Zielvereinbarungen mit KlientInnen wird beurteilt, dass sie zu einer Messbarkeit sozialpädagogischer Tätigkeiten und damit zu ihrer gesellschaftlichen Rechtfertigung beitragen. Weiters wird hervorgehoben, dass diese zu klaren Verhältnissen in der Interaktion mit KlientInnen führen; jedoch wird auch hier angemerkt, dass eine sinnvolle Umsetzung dieser methodischen Herangehensweise in der sozialpädagogischen Praxis an den mangelnden Ressourcen scheitert. Als negative Folge der Zielvereinbarungen wird beobachtet, dass sie zu Ausschlusstendenzen führen, da die Nichteinhaltung einer Zielvereinbarung von Seiten der KlientInnen dazu führt, dass NutzerInnen vom Betreuungsangebot gänzlich ausgeschlossen werden. Weiters wird auf den Umstand hingewiesen, dass KlientInnen, bei denen abzusehen ist, dass sie die Zielvereinbarungen nicht einhalten werden können, von vornherein ausgeschlossen werden. Außerdem wird kritisiert, dass sie zu einer Einschränkung von situationsangemessenen, personlaisierten Betreuungsverhältnissen führen und zu einer Zunahme mechanischer Herangehensweisen. (Schöppl 2006, 87ff, 91ff, 96f, 103ff; Ranftler 2006, 28)

In Bezug auf die Finanzierung sozialpädagogischer Leistungen wird positiv herausgestrichen, dass durch das Kontrakt-Management und der damit einhergehenden Zielvereinbarungen zwischen öffentlicher Hand und dem sozialpädagogischen Leistungserbringer eine Sichtbarmachung sozialpädagogischer Leistungen begünstigt werde. Zentraler Kritikpunkt gegenüber dem Kontrakt-Management ist der Umstand, dass bei der Vergabe der Leistungsverträge Kostenüberlegungen mehr Gewicht haben als die Qualität der erbrachten

Leistung. Diese Gewichtung führt dazu, dass die finanziellen Ressourcen sozialpädagogischer Einrichtungen knapper werden, während gleichzeitig von Seiten der öffentlichen Hand eine Erhöhung des Outputs sozialpädagogischer Angebote angestrebt wird. Zentrales Augenmerk wird auf eine möglichst hohe Quote an Beratungen gelegt. Fachliche Aspekte wie die professionelle Qualität der erbrachten Leistungen hingegen treten in den Hintergrund. Diese Outputanforderungen an Fallzahlen führen mitunter dazu, dass eine kontinuierliche Beziehungsarbeit mit KlientInnen aus dem Blick gerät. So wird z. B. darauf hingewiesen, dass langfristige sozialpädagogische Betreuungsangebote aufgrund von Kostenerwägungen in vielen Institutionen nicht mehr angeboten werden können. Auch inhaltliche Reflexionen im Team und die Auseinandersetzung mit neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen finden aufgrund der niedrigen Betreuungsdichte keinen Raum mehr. Aufgrund der niedrigen Betreuungsdichte komme es auch zur Verringerung der Betreuungstiefe, eingehende psychosoziale Beratung könne in vielen Settings nicht mehr geleistet werden. (Wolfgruber 2006, 25ff; Ranftler 2006, 14f, 21; Schöppl 2006, 73, 80, 88f; Dohnhauser 2005, 22, 25, 27, 35; Krieger 2007, 43f; Emprechtlinger 2007, 25ff; Hofer 2003, 205)

Von der Managerialisierung wurde vor allem eine Entbürokratisierung und ein Abbau von Hierarchien sozialpädagogischer Arbeit erwartet, tatsächlich dürfte in vielen Fällen der Aufwand in Form von Dokumentationen abseits von professionellen Falldokumentationen gestiegen sein, da nun mehrere Berichte für unterschiedliche Finanziers geschrieben werden müssen. Gleichzeitig sind öffentliche Stellungnahmen im Interesse der KlientInnen sozialpädagogischer Arbeitsfelder aufgrund der direkten Abhängigkeit von Förderstellen nicht mehr möglich und die Verteidigung der Interessen der NutzerInnen zunehmend schwieriger. (Dohnhauser 2005, 27; Ranftler 2006, 16, 25ff; Schöppl 2006, 80, 85, 89, 103ff; Wolfgruber 2006, 28, 31, 34f)

Für den Bereich des Qualitätsmanagements wird die Einführung eines Qualitätshandbuchs als positive Bereicherung geschätzt, da dieses für klare Kompetenzen und Abläufe sorgt. Es wird jedoch kritisiert, dass die inhaltliche Gestaltung dieser Qualitätszirkel von MitarbeiterInnen, die keinen KlientInnenkontakt haben, geleistet werden würde, was zu einer gewissen Praxisferne der Handbücher führt. Außerdem lässt sich festhalten, dass Qualitätsevaluationen zu sehr an quantitativen Kosten-Nutzen-Überlegungen ausgerichtet sein dürften und zu wenig an inhaltlichen, pädagogischen Kriterien. Weiters lässt sich fest-

halten, dass für eine tatsächliche Steigerung der Qualität zusätzliche Ressourcen benötigt werden würden. (Strahner 2006, 25; Dohnhauser 2005, 32, 35; Strahner 2006, 25; Wolfgruber 2006, 27)

5. Erkundungsperspektiven

Im Zuge dieses Kapitels sollen jene Aspekte der in den letzten Kapiteln vorgestellten Diskussionen zur Ökonomisierung des Sozialen, zu sozialpädagogischem Handeln und zum Einfluss der Ökonomisierung auf sozialpädagogisches Handeln herausgearbeitet werden, die für die Auswertung und Interpretation der Zeitschriftenartikel im Rahmen der Forschungsfrage interessant sind, da sie als theoretische Vorannahmen für die Erstellung des Kategoriensystems²⁰ dienen.

Dabei soll der zuletzt in Anlehnung an Bakic (2007, 114) und Schaarschuch (1996, 15) ausgeführte Gedankengang wieder aufgegriffen werden, der aktuelle pädagogische Tendenzen in einem Spannungsfeld von pädagogischer Produktentwicklung und pädagogischem Pathos ansiedelt. Überspitzt formuliert stellt sich die Lage folgendermaßen dar: Auf der einen Seite scheint der Primat der Ökonomie in Form von Tauschwert und Kaufkraft zu regieren. Am gegenüberliegenden Pol befindet sich der ehrenwerte Anspruch, durch die Erziehung von freien BürgerInnen mit politischen Artikulationsfähigkeiten zu einer besseren Gesellschaft beizutragen. Bleibt die Frage, welcher Diskurs sich durchsetzen kann und für die sozialpädagogische Praxis handlungsleitend wird beziehungsweise ob überhaupt im Rahmen dieses Schwarz-Weiß-Schemas gedacht werden kann. Diese Frage soll in einem ihrer Teilaspekte untersucht werden, wenn der Sache nachgegangen wird, inwieweit sich die Ökonomisierung des Sozialen auf den Diskurs über sozialpädagogisches Handeln auswirkt.

Um dies untersuchen zu können, wird im Folgenden der Versuch unternommen Erkundungslinien für die einzelnen Teilbereiche zu entwickeln. Im Konkreten ergeben sich für den Bereich der Privatisierung und Liberalisierung folgende Fragen:

1. Welche Formen der Liberalisierung und Privatisierung werden in den untersuchten Artikeln diskutiert?
2. Welche Motive für Privatisierungs- und Liberalisierungstendenzen werden diskutiert? Inwiefern stimmen die AutorInnen der Artikel diesen Motiven zu? Welche Motive werden warum kritisch beleuchtet?

²⁰ Die Vorstellung des Kategoriensystems findet sich in Kapitel 6.2. Kategorienfestlegung und Kategorienexplikation.

3. Welche Folgen werden durch die Liberalisierung und Privatisierung Sozialer Arbeit erwartet? Über welche im Untersuchungszeitraum bereits beobachtbaren Folgen wird berichtet?

Der Fokus dieser formulierten Erkundungsperspektiven zum Themenfeld der Privatisierung richtet sich also auf die Untersuchung der Fragen, welche Motive für und Formen von Privatisierung und Liberalisierung diskutiert werden und auch welche Meinungen zu diesen Entwicklungen vertreten werden, aber auch auf den Umstand, welche Folgen erwartet beziehungsweise bereits beobachtet werden.

Auch für den Bereich des New Public Managements lassen sich Fragen für die Zeitschriftenanalyse formulieren. Sie lauten folgendermaßen:

1. Inwiefern wird in den Zeitschriftenartikeln auf das Themenfeld New Public Management eingegangen? Welche Meinungen werden dazu von den AutorInnen vertreten?
2. Wird in den Zeitschriftenartikeln berichtet, welchen Einfluss Kosten-Nutzen-Kalküle auf sozialpädagogische Interventionen haben?
3. Wird über eine Steigerung der Kosteneffizienz und der Qualität der Leistungserbringung berichtet?

Dieser Erkundungszweig zum Bereich New Public Management widmet sich recht allgemein gehalten der Frage, wie in den analysierten Zeitschriftenartikeln die Umstrukturierungen im Rahmen des New Public Managements reflektiert werden. Es soll jedoch einen weiteren Erkundungszweig geben, der jene Bedenken, die im Rahmen einer theoretischen Auseinandersetzung zum Themenfeld der Neuen Steuerung geäußert werden, aufgreift.²¹ Ziel dieses Erkundungszweiges ist es herauszufinden, wie dies im Rahmen der analysierten Zeitschriftenartikel gesehen wird. Dazu wurden folgende Fragen entwickelt:

1. Wird über Folgen in Bezug auf die Dauer und Intensität im KlientInnenkontakt berichtet?

²¹ Die Debatten, die zu diesem Themenkomplex geführt werden, sind im Kapitel 2.2.1. New Public Management nachgezeichnet.

2. Wird in den analysierten Artikeln über die Problemfelder und Lebenslagen von NutzerInnen Sozialer Arbeit reflektiert?
3. Wird in den analysierten Artikeln darauf eingegangen, ob und inwiefern eine Auseinandersetzung mit den Ursachen der problematischen Lebenszusammenhänge der KlientInnen im Rahmen der Praxis Sozialer Arbeit möglich bzw. üblich ist?
4. Wird über Exklusionstendenzen, die als Folge der Neuen Steuerung interpretiert werden könnten, berichtet? Welche Ursachen werden diskutiert?

Auch für den Bereich der Finanzierung Sozialer Arbeit wurden Fragen entwickelt. Sie lauten folgendermaßen:

1. Über welche Veränderungen im Bereich der Finanzierung sozialpädagogischer Tätigkeiten wird reflektiert? Wie werden diese eingeschätzt?
2. Ändert sich rund um das Jahr 2002, in dem das Bundesvergabegesetz eingeführt wurde, etwas an den Diskussionen bezüglich der Finanzierung?
3. Wird über die Aushandlung von Verträgen im Zuge des Kontrakt-Managements berichtet? Wenn ja, was wird darüber berichtet?

Diese eben dargestellten Fragen setzen sich direkt mit dem Thema der Finanzierung auseinander. Im Zuge einer theoretisch geführten Fachdiskussion werden aber zahlreiche Folgeveränderungen in Erwägung gezogen, die mit den unten stehenden Erkundungsperspektiven erfasst werden sollten:²²

1. Über welche Auswirkungen auf innerorganisatorischer Ebene aufgrund neuer Finanzierungsmodelle sozialpädagogischer Arbeit wird berichtet?
2. Was wird über den Einfluss neuer Finanzierungsmodelle auf die Entwicklung der Trägervielfalt berichtet?
3. Inwiefern wird über den Einfluss des Kontrakt-Managements auf die Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Trägerorganisationen reflektiert?
4. Wird ein Einfluss neuer Finanzierungsmodelle auf die lokale Erreichbarkeit sozialpädagogischer Angebote diskutiert?

²² Die Diskussion dieses Thema betreffend wurde unter dem Kapitel 2.2.2. Kontrakt-Management dargestellt.

5. Inwiefern wird über eine mögliche Veränderung der anwaltlichen Funktion Sozialer Arbeit für ihre KlientInnen aufgrund der Umstrukturierungen im Sozialbereich berichtet?

Für das Themenfeld der Qualität und des Qualitätsmanagements im Rahmen sozialpädagogischer Tätigkeiten ergeben sich, aufgrund der unter Kapitel 2.2.3. Qualitätsmanagement vorgenommenen Einführung ins Themenfeld, folgende Fragen:

1. Inwiefern wird die Qualität Sozialer Arbeit in den analysierten Artikel als Themenfeld angesprochen?
2. Welche Qualitätsbegriffe werden von den ArtikelautorInnen vertreten?

Im Rahmen dieser Erkundungsperspektive liegt der Fokus also allgemein auf dem Thema Qualität, ein weiterer Zweig widmet sich speziell dem Bereich des Qualitätsmanagements:

1. Welche Stellung beziehen die AutorInnen zu Qualitätsmanagement?
2. Was wird über Leistungsbeschreibungen und Qualitätszertifikate berichtet?
3. Welcher Einfluss des Qualitätsmanagements auf die Entwicklung sozialpädagogischer Handlungsmethoden und Konzepte kann aus den analysierten Artikeln abgelesen werden?

Zuletzt sollen nun auch noch einige mögliche Erkundungslinien zusammengefasst werden, die sich aufgrund des Kapitels zum Thema der Dienstleistungsdebatte ergeben. Im Rahmen der Dienstleistungsdebatte wird angenommen, dass durch die Tatsache, dass KlientInnen Sozialer Arbeit nunmehr als KundInnen betrachtet werden sollen, es zu einer verstärkten Orientierung an ihren Bedürfnisse komme und sie von Objekten pädagogischer Erzeugungshandlungen zu Subjekten im Rahmen sozialer Hilfsinteraktionen werden. In diesem Kontext wird allerdings auch auf die Gefahr hingewiesen, dass dies dazu führen könnte, dass die Kaufkraft und die Konsumwünsche der KundInnen mehr zählen als genuin pädagogische Bildungs- und Aufklärungsbestrebungen. Hier ergibt sich folgende Frage:

1. Welche Folgen für die Rolle und Wahrnehmung der KlientInnen Sozialer Arbeit werden in den analysierten Artikeln aufgrund einer KundInnenorientierung sozialpädagogischer Tätigkeiten angenommen bzw. berichtet?

Außerdem wurde im Rahmen des Kapitels 2.3. ‚Dienstleistungsdebatte in der Sozialen Arbeit‘ deutlich darauf hingewiesen, dass neben den KlientInnen auch noch die tatsächlichen GeldgeberInnen²³ als KundInnen einzustufen sind und davon ausgegangen werden kann, dass im Rahmen des Doppelten Mandats ihre Anliegen aufgrund ihrer finanziellen Abhängigkeit stärker berücksichtigt werden. Dabei scheint die Subjektförderung eine Möglichkeit darzustellen dieses Problem zu umgehen, da durch sie ein „Wettbewerb im Markt“ erzeugt werde, der die Einrichtungen dazu bewege, ihre Leistungen mit erhöhter Qualität und kostengünstiger zu erbringen.

2. Wer wird in den analysierten Zeitschriften als Kunde/Kundin betrachtet?
3. Inwiefern wird über einen Einfluss der KundInnen sozialpädagogischer Arbeit auf die Leistungserbringung berichtet?
4. Welche Positionen werden von den AutorInnen der Zeitschriftenartikel zur KundInnendebatte im Rahmen der Sozialen Arbeit eingenommen?

Außerdem ergeben sich ausgehend von Kapitel 3. Sozialpädagogisches Handeln folgende Fragen:

1. Welche sozialpädagogischen Handlungsmethoden und Konzepte werden in den analysierten Zeitschriftenartikeln diskutiert? Welchen Entwicklungsverlauf nimmt diese Diskussion?
2. Inwiefern wird eine sozialpädagogische Vermittlung zwischen gesellschaftlichen Normen und individuellen Möglichkeiten thematisiert?
3. Inwiefern werden gesellschaftliche Rahmenbedingungen als Ursache sozialer Problemlagen in den untersuchten Zeitschriftenartikeln diskutiert? Auf welche Rahmenbedingungen wird hier besonders eingegangen?
4. Inwiefern wird das Spannungsfeld zwischen einer Normierung von Lebensverläufen und dem Eröffnen von Bildungsprozessen thematisiert?

Die im Laufe dieses Kapitels vorgestellten Erkundungslinien sollen in weiterer Folge bei der Entwicklung des Kategoriensystems²⁴ berücksichtigt werden.

²³ Damit sind vor allem die verschiedenen Finanzierungsstellen Sozialer Arbeit seitens des Staates angesprochen.

²⁴ Vgl. hierzu Kapitel 5. Forschungsmethodische Herangehensweise und Kapitel 6. Erhebung und Aufbereitung des Forschungsmaterials, insbesondere Kapitel 6.2. Kategorienfestlegung und Kategorienexplikation.

6. Forschungsmethodische Herangehensweise

„... immer übertrifft der Sinn eines Textes seinen Autor“ (Gadamer 1972, 380, nach Radtke 1985, 333).

Laut Kleining (1995, 53) ist es Aufgabe einer Methode, zu formulieren, wie die methodische Bearbeitung von Informationen zu erfolgen hat. Welche Methode verwendet wird, hängt dabei vom Forschungsvorhaben und dessen Zielen ab. Da im Rahmen der vorliegenden Studie die Auswirkungen struktureller Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit in Österreich auf sozialpädagogisches Handeln untersucht werden sollen, schien es sinnvoll eine qualitative Herangehensweise zu bevorzugen. Diese eignet sich nämlich laut Ying (1994, 13 zit. n. Schnurr 2003, 336) am besten zur Untersuchung vermuteter Zusammenhänge, die noch nicht bewiesen werden konnten, denen aber aus wissenschaftlicher Sicht Relevanz beigemessen wird. Auch Steinert und Thiele (2000, 42) raten qualitativ zu forschen, wenn soziale Phänomene untersucht werden sollen.

Im Rahmen des Forschungsvorhabens soll untersucht werden, wie sich Ökonomisierungstendenzen in der Sozialen Arbeit in der beruflichen Praxis und im entsprechenden Fachdiskurs widerspiegeln beziehungsweise auch Realität konstituieren. Die Untersuchung umfasst dabei folgende Bereiche: Einerseits soll der Frage nachgegangen werden, ob beziehungsweise wie strukturelle Rahmenbedingungen im Kontext der Ökonomisierung des Sozialen im Rahmen der Zeitschriftenartikel von den jeweiligen AutorInnen dargestellt und reflektiert werden. Andererseits werden die diskutierten Modelle sozialpädagogischer Praxis unter dem Gesichtspunkt der Ökonomisierung analysiert, indem sie mit den strukturellen Rahmenbedingungen in Verbindung gesetzt werden. Dabei soll der Fokus jedoch nicht auf dem Verstehen des einzelnen Subjektes liegen, sondern es soll erkundet werden welche Diskussionsstränge als besonders relevant angesehen werden können und welchen Argumentationslinien die AutorInnen in den Texten folgten.

Im Rahmen der Interpretation sollen die unterschiedlichen Ebenen der Studie analytisch verknüpft werden, indem jeweils „das Besondere und das Allgemeine, das Spezielle und das Übergreifende, das Detail und der Gesamtzusammenhang gegeneinander bewegt werden und auseinander erklärt werden“ (Baacke 1979, 39f). Dieser Anspruch soll mit Hilfe einer Kombination aus strukturierender und zusammenfassender Inhaltsanalyse eingelöst werden.

Die Aussagen, die aufgrund dieser qualitativen Analyse getroffen werden, können jedoch lediglich vorläufigen, hypothetischen Charakter haben und Hinweise bieten auf möglicherweise notwendig erscheinende Erweiterungen und Revisionen bisheriger Wissensbestände. Für eine zulässige Verallgemeinerung müssten sie in weiteren Studien bestätigt werden (Bude 1993, 10; Fatke 1997, 226).

6.1. Inhaltsanalyse

Inhaltsanalytisches Vorgehen hat zum Ziel „*die Intersubjektivität des Verstehens einer Text-, Botschaft*“ zu gewährleisten, „*indem einzelne Textteile systematisch daraufhin geprüft werden, ob und wie sie sich zu bestimmten herausgearbeiteten Bedeutungsaspekten bzw. -kategorien zuordnen lassen*“. Die zentralen methodologischen Zielkriterien der Inhaltsanalyse sind also Systematik und Intersubjektivität“ (Rustemeyer 1992, 12f; Hervorhebung im Original). Im Rahmen einer Inhaltsanalyse soll jeder einzelne Textteil daraufhin geprüft werden, welche Bedeutungsaspekte er beinhaltet, gleichzeitig – so Rustemeyer (1992, 13) – darf aber nicht vergessen werden, in welchem Kontext die analysierten Einheiten sich bewegen (Lisch&Kriz 1978, 35ff, zit. n. Rustemeyer 1992, 13).

In Anlehnung an Rustemeyer (1992, 21ff) gliedert sich das systematisch-methodische Vorgehen der Inhaltsanalyse im Rahmen der Diplomarbeit in folgende Teilschritte: Zuerst erfolgt eine deduktive Festlegung des Kategoriensystems, die sich an der zu bearbeitenden Fragestellung und am theoretischen Vorwissen orientiert. Im Anschluss daran werden die Kategorien expliziert. Dabei sollen Textbedeutungen vorgestellt werden, die unter die jeweilige Kategorie fallen beziehungsweise. Wenn nötig, sollen auch Kategoriegrenzen angegeben werden (Rustemeyer 1992, 93). Eine Analyseeinheit soll bei der Zuordnung zu den Kategorien mindestens ein Wort beinhalten und höchstens einem Gedankengang zu einem bestimmten Thema entsprechen (Rustemeyer 1992, 69).

Nach der Strukturierung des Materials durch Kategorienbildung und Zuordnung in Anlehnung an Rustemeyer (1992) sollen die zugeordneten Textstellen mit Hilfe der zusammenfassenden Inhaltsanalyse nach Mayring (1997, 59ff) verdichtet werden. Als nächster Schritt in der Auswertung war ursprünglich geplant die Daten mit Hilfe der Kontextanalyse nach Mayring (1997, 79) zu interpretieren. Es hat sich im Zuge des Forschungsprozesses

ses allerdings herausgestellt, dass eine weitere induktive Kategorienbildung im Rahmen der deduktiv gebildeten Subcodes notwendig ist, um das Material für die weitere Interpretation eingehender zu strukturieren.

Die Interpretation der herausgearbeiteten Diskussionsstränge erfolgt in Anlehnung an die Kontextanalyse nach Mayring (1997, 79). Dabei wurde in einem ersten Schritt eruiert, wie sich die Verwendungshäufigkeit der untersuchten Kategorie im gesamten Untersuchungszeitraum von 1990-2004 darstellt (Keller 2006, 8). Es wurde zum Beispiel darauf geachtet, ob es Jahrgänge gibt, in denen ein bestimmter Code auffällig häufig genannt wurde. Weiters wurde besonderes Augenmerk auf den Ideologiegehalt der analysierten Textstellen gerichtet, um den Standpunkt der AutorInnen erfassen zu können (Gerbner 1969, 130, zit. n. Volkmer 1989, 56).

Zur Explikation der Analyseeinheit wurde in den jeweiligen Unterkategorien nach Stellen gesucht, die für den zu analysierenden Part definierend, erklärend, beschreibend, beispielgebend, korrigierend, modifizierend oder das Gegenteil beschreibend sind (Mayring 1997, 77ff). In weiterer Folge wurde mit Hilfe des theoriegeleiteten Vorverständnisses vertiefendes und erklärendes Material an die jeweiligen Unterkategorien herangetragen. Außerdem wurde eine Zusammenschau der Subcodes im Rahmen der Oberkategorien diskutiert, um darauf aufbauend die Beantwortung der Fragestellung herausarbeiten zu können.

7. Erhebung und Aufbereitung des Forschungsmaterials

Im Rahmen dieses Kapitels soll der detaillierte Ablauf der Untersuchung dargelegt werden. Dabei wird zuerst auf die Auswahl des Untersuchungsmaterials und den Untersuchungszeitraum eingegangen. Danach werden die verwendeten Kategorien, die in Anlehnung an die oben dargestellte Vorgehensweise von Rustemeyer (1992) entwickelt wurden, vorgestellt und expliziert. Den letzten Teil des Kapitels bildet ein Analyseleitfaden, der die Reihenfolge der durchgeführten Teilschritte wiedergibt.

7.1. Vorstellung des Untersuchungsmaterials

Im Folgenden wird darauf eingegangen, welche Beweggründe es für die Auswahl des Untersuchungsmaterials und des Untersuchungszeitraumes gegeben hat.

7.1.1. Zeitschrift „Erziehung Heute“

Als Untersuchungsmaterial wurde die Zeitschrift „Erziehung Heute“ herangezogen. Es wurde deswegen eine Zeitschrift als Forschungsmaterial ausgewählt, da sich laut Baacke (1979, 11) die „Komplexität und Facettenhaltigkeit“ am ehesten in – aus der Distanz betrachteten – Texten ordnen und interpretieren lässt. Als weiterer Vorteil von bereits vorhandenem, unabhängig vom Forschungsinteresse entstandenen Untersuchungsmaterial gilt außerdem, dass das Erhebungsmaterial nicht durch subjektive Elemente der Forscherin beeinflusst werden konnte, wie dies bei Interviews oder Beobachtungsprotokollen der Fall sein könnte (Mayring 2002, 46ff).

Die Zeitschrift „Erziehung Heute“ wurde für eine eingehende Analyse ausgewählt, da sie sich explizit an eine sozialpädagogisch interessierte LeserInnenschaft wendet, insbesondere an PraktikerInnen dieses pädagogischen Feldes und sich außerdem auch ein Teil der AutorInnen aus in der Praxis stehenden SozialpädagogInnen zusammensetzt. Als Blattlinie wird im Impressum der Ausgabe 1 aus dem Jahr 1990 festgehalten:

„Erziehung Heute soll ein Forum sein, in dem stattgefundene und zukünftige Veränderungen im Bildungs-, Erziehungs- und Sozialbereich diskutiert werden.“

Diese Selbstdarstellung änderte sich im Jahr 1992:

„Erziehung Heute ist eine Zeitschrift für Erziehung, Bildung und Gesellschaft. Erziehung Heute will informieren und zu Diskussionen anregen, sich in Diskussionen einmischen und zur Reflexion von Strukturen anregen. Eine wesentliche Aufgabe sieht Erziehung Heute darin gesellschaftliche Formen und Reformen zu analysieren.“

Im Anschluss an dieses Selbstkonzept wurde davon ausgegangen, dass in der Zeitschrift „Erziehung Heute“ über aktuelle Entwicklungen im Bereich des sozialpädagogischen Handlungsfeldes berichtet und diskutiert wird. Weiters konnte in einer ersten Annäherung an das Untersuchungsmaterial auch festgestellt werden, dass es eine von der Artikelhäufigkeit relevante Diskussion zur Ökonomisierung des Sozialen gibt, aber auch eine eingehende Auseinandersetzung mit Fragen sozialpädagogischer Praxis. Aufgrund dessen konnte vermutet werden, dass die Zeitschrift „Erziehung Heute“ eine lohnende Quelle für die Untersuchung der Zusammenhänge von Ökonomisierungstendenzen und sozialpädagogischen Handlungsmodellen darstellen würde.

Im Rahmen der Erstdurchsicht wurden alle Zeitschriften der Jahrgänge 1990-2004 durchgesehen, da die Zeitschrift viermal pro Jahr erscheint, wurden also inklusive etwaiger Sondernummern circa 60 Zeitschriften mit durchschnittlich je 45 Seiten begutachtet. Dies entspricht einer Seitenzahl von 2700. Im Rahmen der Erstdurchsicht wurden in etwa 1000 Seiten für die eingehende Analyse ausgewählt.²⁵

7.1.2. Begründung für die Wahl des Untersuchungszeitraumes

Neben der Auswahl der zu untersuchenden Zeitschrift und der Bestimmung der genau zu analysierenden Artikel im Rahmen der Erstdurchsicht muss auch eine Entscheidung über den Untersuchungszeitraum getroffen werden. Im Rahmen dieser Festlegung sollten theoretische Überlegungen genauso Platz finden wie eine Einschätzung der zur Verfügung stehenden Ressourcen und des gewünschten Umfangs der Forschungsarbeit.

Mit diesen Anforderungen im Hinterkopf wurde der Untersuchungszeitraum auf die Jahre 1990-2004 begrenzt. Dies hängt einerseits mit einer pragmatischen Einschätzung darüber

²⁵ Die Kriterien für die Erstausswahl der Artikel werden in Kapitel 6.1.3. offengelegt.

zusammen, welcher Quellenfundus für eine Diplomarbeit als sinnvoll anzusehen ist,²⁶ andererseits wurde aber auch Bedacht darauf genommen die Auswahl des Untersuchungszeitraumes aufgrund inhaltlicher, für die Fragestellung relevanter Entwicklungen zu treffen.

In Zusammenhang damit kann auf Talos (2003, 92) verwiesen werden, der beschreibt, dass die Entwicklungen des Sozialstaates in Österreich vor allem seit Beginn der 1990er-Jahre durch deutliche Veränderungen gekennzeichnet sind. So sei im Unterschied zur Politik der Nachkriegsjahre, die vor allem auf einen Ausbau sozialer Absicherung zielte, seit den 1990er-Jahren eine zunehmende Kürzung der Leistungserbringung und eine Unterordnung sozialpolitischer Ziele gegenüber den Anliegen der Budgets und Wirtschaftspolitik zu beobachten (Talos, 2003, 92f). Auch Dimmel (2005, 20) weist darauf hin, dass seit Beginn der 1990er-Jahre ein Wandel des österreichischen Wohlfahrtsstaates zu beobachten sei. Als Charakteristikum dieser Umstrukturierung nennt er vor allem die Einführung der Neuen Steuerung in Bezug auf die Vergabe von Geldern an Einrichtungen der Sozialen Arbeit (Dimmel 2005, 20f).

Wenn wir diesen Einschätzungen aus einem politikwissenschaftlichen Blickwinkel seitens Talos (2003) und einem volkswirtschaftlichen Zugang von Dimmel (2005) folgen, scheint ein Beginn der Untersuchung im Jahr 1990 als durchaus legitimierbar. Das Ende des Untersuchungszeitraumes mit dem Jahr 2004 ist darauf zurückzuführen, dass die untersuchte Zeitschrift „Erziehung Heute“ danach ihr Erscheinen eingestellt hat.

7.1.3. Kriterien für die Erstauswahl der Artikel

Im Rahmen der Erstauswahl der Artikel wurden alle Zeitschriftenausgaben der Jahrgänge 1990 bis 2004 durchgesehen. Im Verlauf der Durchsicht wurden jene Artikel ausgewählt, die einen Bezug zum Thema der Ökonomisierung aufwiesen oder sich mit Aspekten des Themenkomplexes sozialpädagogischen Handelns auseinandersetzen. Die Auffassung darüber, was unter diesen beiden Begriffen zu verstehen ist, richtet sich nach dem im Theorie-rahmen in Kapitel 2. Ökonomisierung und Kapitel 3. Sozialpädagogisches Handeln entwickelten Verständnis.

²⁶ Bezüglich des Umfangs der Quellen siehe auch Kapitel 6.1.1.

7.2. Kategorienfestlegung und Kategoriexplikation

Ausgehend von der Fragestellung, die dem Einfluss gesellschaftlicher Ökonomisierungstendenzen auf Soziale Arbeit im Allgemeinen und auf sozialpädagogisches Handeln im Besonderen nachgeht, wurden folgende zwei Oberkategorien gebildet:

Oberkategorie 1: Ökonomisierung

Oberkategorie 2: Sozialpädagogisches Handeln

Um die Fülle des Materials angemessen ordnen und bearbeiten zu können, erscheint es aufgrund der thematischen Breite dieser Oberkategorien sinnvoll sie in weitere Unterkategorien zu differenzieren. Die Auswahl der Unterkategorien orientiert sich an dem in den Kapiteln 2. Ökonomisierung, dem Kapitel 3. Sozialpädagogisches Handeln und dem Kapitel 4. Einfluss der Ökonomisierung auf sozialpädagogisches Handeln entwickelten theoretischen Rahmen.

7.2.1. Oberkategorie 1: Ökonomisierung

Unter der Oberkategorie 1 „Ökonomisierung“ sollen alle Aspekte in den ausgewählten Artikeln gesammelt werden, die sich in irgendeiner Weise dem Thema der Ökonomisierung des Sozialen widmen. Als Grundlage für die Zuordnung der Textpassagen wird jenes Verständnis von Ökonomisierung des Sozialen bzw. der Sozialen Arbeit herangezogen, das im Rahmen des zweiten Kapitels der vorliegenden Arbeit dargestellt und diskutiert wurde. In der Hauptkategorie „Ökonomisierung“ wurden somit alle Aussagen gesammelt, die mit der Privatisierung, Liberalisierung, Managerialisierung und Dienstleistungsorientierung Sozialer Arbeit in Beziehung gesetzt werden können.

Für die Oberkategorie „Ökonomisierung“ wurden folgende Subkategorien entwickelt:

Unterkategorie 1.1: Privatisierungs- und Liberalisierungstendenzen im Sozialbereich

Im Rahmen dieser Unterkategorie sollen jene Textpassagen zusammengefasst werden, die sich mit der Privatisierung/Liberalisierung Sozialer Arbeit auseinandersetzen. Darunter fallen nicht nur neutrale Darstellungen, sondern auch kritische Anmerkungen und Lob,

ebenso geäußerte Vermutungen, Befürchtungen und Hoffnungen, die mit diesen Entwicklungen verbunden sind. Tendenzen der Managerialisierung bzw. der Dienstleistungsorientierung Sozialer Arbeit, die durchaus auch als Aspekte der Privatisierung und Liberalisierung im Sozialbereich gedacht werden können, fallen nicht unter diese Kategorie, da für sie eigene Einheiten gebildet wurden.

Ankerbeispiel: „Der vorgebliche Vorteil der „Entstaatlichung“ und damit einer Reduzierung der Bevormundung des Bürgers bzw. der Bürgerin durch diese Entwicklung muss zumindest bezweifelt werden.“

Unterkategorie 1.2: Soziale Arbeit als Dienstleistung/KundInnenorientierung

Jene inhaltlichen Ausführungen, die sich mit der Dienstleistungsorientierung Sozialer Arbeit auseinandersetzen, werden in dieser Unterkategorie zusammengefasst. Darunter fällt auch die Diskussion über die KundInnenorientierung sozialpädagogischer Praxisfelder.

Ankerbeispiel: „In meiner persönlich-professionellen Glaskugel sehe ich ein allmähliches Ende patriarchaler Vorstellungen von Fürsorge. Nach Überwindung der offen autoritären Fürsorge und der Aura des aufgeklärten Absolutismus könnte nun eine Zeit der selbstverständlichen Partizipation der Klientinnen und Klienten – möglicherweise umbenannt in Kundinnen und Kunden oder Nutzerinnen und Nutzer, aber das muss nicht unbedingt sein – heraufdämmern.“

Unterkategorie 1.3: Managerialisierung

Diese Unterkategorie sammelt jene Aspekte, die sich mit Umstrukturierungen im Sozialbereich auseinandersetzen, die dem Modell des New Public Management bzw. der Neuen Steuerung folgen. Es werden auch in dieser Kategorie neutrale Darstellungen genauso wie Lob, Kritik, Vermutungen, beispielhafte Beschreibungen, Ängste und Erwartungen aufgenommen. Textstellen, die sich mit den Konzepten des Kontrakt-Managements bzw. des Qualitätsmanagements befassen, werden nicht dieser Unterkategorie zugeteilt, da sie spezielle eigene Unterkategorien bilden.

Ankerbeispiel: „Die Leistungsfähigkeit eines Sozialökonomischen Betriebes wird vom Hauptfinanzier, dem Arbeitsmarktservice, nach 2 Kennzahlen beurteilt: die Vermittlungsquote und die Eigenerwirtschaftungsquote.“

Unterkategorie 1.4: Finanzierung

Im Rahmen dieser Unterkategorie sollen alle Aussagen zur Finanzierung Sozialer Arbeit im Allgemeinen und zum Konzept des Kontrakt-Managements im Besonderen gesammelt werden. Auch jene Aspekte, die sich mit der Ressourcenknappheit einzelner Einrichtungen oder des Wohlfahrtsstaates im Gesamten und dem Umgang damit beschäftigen, fallen unter diese Unterkategorie, sofern sie nicht der Subkategorie „Qualitätsmanagement“ zugeordnet werden können.

Ankerbeispiel: „Das Zentrum 'Jonathan' war von Anfang an als Modellversuch einer extramuralen ambulanten Einrichtung konzipiert und finanziell wie organisatorisch vom anliegenden Grundversorgungsspital unabhängig. Dieses Organisationsmodell brachte den Vorteil großer Kreativität und Beweglichkeit im therapeutischen Bereich, aber auch den Nachteil einer ständigen finanziellen Unsicherheit; jährlich mußte und muß das Budget neu verhandelt werden.“

Unterkategorie 1.5: Qualität(smanagement)

In dieser Kategorie werden jene Aussagen gesammelt, die sich mit der Qualität sozialpädagogischen Handelns auseinandersetzen. Darunter fallen auch Beschreibungen sowie positive und negative Stellungnahmen zu Qualitätssicherungsmaßnahmen, zum Prozess ihrer Etablierung und ihrer Anwendung im sozialpädagogischen Alltag. Weiters umfassen sie beschriebene Ermessensspielräume und Handlungszwänge, die sich aufgrund von Qualitätssicherungsmaßnahmen ergeben beziehungsweise erwartet werden.

Ankerbeispiel: „Die Mitarbeiter eines privaten Heims für verhaltensgestörte Kinder sitzen in ihrer Dienstzeit am Computer anstatt sich um ihre Zöglinge zu kümmern. Was tun sie da? Sie stellen im Rahmen eines „Controlling-Systems“ Daten über die Strukturen des Heims, über ihre eigene Tätigkeit und über die Entwicklung der Klientel zusammen. Das ist notwendig geworden, denn das Heim erwartet eine „Zertifizierung“, die durch eine von

außen kommende Firma nach DIN ISO 9000 ff. vorgenommen werden soll. Von dem Zertifikat verspricht sich das Heim eine größere Anerkennung in der Öffentlichkeit und vor allem eine kontinuierliche Belegung durch die geldgebenden Ämter, die sparen wollen und solche Kontrollen in Aussicht stellen.“

Unterkategorie 1.6: Restkategorie

Alle Textpassagen, die zwar mit der Ökonomisierung Sozialer Arbeit zu tun haben, aber keiner der definierten Unterkategorien zugeordnet werden können, fallen in diese Restkategorie. Artikelteile, die keinerlei Bezug zum Thema der Ökonomisierung aufweisen, werden im Rahmen der Oberkategorie „Ökonomisierung“ nicht erfasst.

7.2.2. Oberkategorie 2: Sozialpädagogisches Handeln

In der Hauptkategorie „Sozialpädagogisches Handeln“ sollen all jene Aussagen aus den zu analysierenden Artikeln gesammelt werden, die sich mit sozialpädagogischen Konzepten, Handlungsmethoden und Arbeitsfeldern beschäftigen. Dabei wird davon ausgegangen, dass der Blickwinkel auf die Zielgruppen sozialpädagogischer Tätigkeiten und auch die Einbettung in organisationsinterne Abläufe und Regulationsinstanzen den Alltag sozialpädagogischen Handelns entscheidend mitbeeinflusst. Aus diesem Grund wurden die Unterkategorien „NutzerInnen/Zielgruppenbeschreibung“ und „Organisationsbeschreibungen“ gebildet.

Die Oberkategorie „Sozialpädagogisches Handeln“ wurde in Anlehnung an den entwickelten Theorierahmen und unter Berücksichtigung der Vorschläge von Keller (2006, 36) und Kessl/Otto (2006, 122ff) in untenstehende Subkategorien differenziert:

Unterkategorie 2.1: Konzepte und Methoden

Hier sollen diskutierte Ziele und Wege sozialpädagogischen Handelns in Theorie und Praxis zusammengefasst werden. Darunter fallen Tätigkeitsbeschreibungen und Praxisberichte, aber auch die Vorstellung und Diskussion bestimmter Modelle wie Case-Management, aktivierende soziale Arbeit oder Ähnliches. Beschreibungen über organisationsinterne Ab-

läufe bzw. die Verteilung von Entscheidungskompetenzen fallen nicht in diese Unterkategorie, da für sie eine eigene Subkategorie geschaffen wurde.

Ankerbeispiel: „Über die Art und Weise des pädagogischen Umgangs mit einzelnen rechts-extremen Jugendlichen und Cliques ist in Deutschland eine heftige Diskussion um den Begriff „akzeptierende Jugendarbeit“ entbrannt: Für die einen ist Akzeptanz der Schlüsselbegriff für Konzeptionen pädagogischer Arbeit mit dieser Zielgruppe, für die anderen leistet er der Verharmlosung und Gewalt Vorschub. Ausgangsüberlegung der „akzeptierenden Jugendarbeit ist, dass von den Jugendlichen nicht verlangt werden kann, sich erst einmal zu ändern, sich von rechtsextremen Auffassungen zu verabschieden, bevor die pädagogische Arbeit mit ihnen erst beginnen kann. Es geht also nicht um ein – z.B. mit dem polemischen Vorwurf der „Nationalsozialarbeit“ belegtes – Akzeptieren der Ausbreitung von Rechtsextremismus in der Gesellschaft. Hier ist nicht die gesellschaftspolitische, sondern die pädagogische Ebene gemeint, auf der die einzelnen Jugendlichen in den Blick kommen, für die rechtsextreme Orientierungen subjektive Funktion erfüllen, und die dort abgeholt werden müssen, wo sie im Moment stehen.“

Unterkategorie 2.2: Arbeitsfelder

Im Rahmen dieser Subkategorie soll gesammelt werden, welche Arbeitsfelder sozialpädagogischen Handelns diskutiert bzw. angesprochen werden, um eine Entwicklung der Nennungen verfolgen zu können. Es geht unter diesem Punkt jedoch nicht darum inhaltliche Beschreibungen oder Diskussionen über Arbeitsfelder wiederzugeben.

Ankerbeispiel: „Wiener Männerberatungsstelle“

Unterkategorie 2.3: Zielgruppe

In diesem Kapitel sollen Aussagen über AdressatInnen Sozialer Arbeit gesammelt werden. Es sollen Ansichten und Reflexionen zur Lebenswelt und zu den Problemlagen von NutzerInnen sozialpädagogischen Handelns erfasst werden.

Ankerbeispiel: „Ein weiterer möglicher Anknüpfungspunkt für Ausländerfeindlichkeit kann die Umformung von Vereinzelungserfahrungen in die Suche nach leistungsunabhängigen Zugehörigkeitsmöglichkeiten bedeuten. Die selbstverständliche, unhinterfragte Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen (wie z.B. Vereinen) nimmt ebenso ab wie sich homogene soziale Milieus auflösen. Die im Alltag nicht mehr so selbstverständlich herstellbaren Erfahrungen von Zugehörigkeit und Gemeinschaft – deren Kehrseite allerdings soziale Kontrolle und Enge waren – werden über Symbole wie Nation symbolisch wiederherzustellen versucht.“

Unterkategorie 2.4: Organisationsbeschreibungen

Hier werden Aussagen zu organisationsinternen Strukturen und Abläufen, zu Regulationsinstanzen pädagogischer Fallarbeit und zur Verteilung von Entscheidungskompetenzen eingeordnet. Beschreibungen von bestimmten Methoden sozialpädagogischen Handelns fallen nicht unter diese Kategorie. Weiters sollen hier Aussagen über einrichtungsspezifische Rahmenbedingungen wie räumliche Gegebenheiten, personelle Ausstattung, Ausbildungsformen der MitarbeiterInnen und Fortbildungsangebote für diese, die Bereitstellung psychosozialer Ressourcen wie Supervision oder regelmäßige Teambesprechungen für die MitarbeiterInnen erfasst werden.

Ankerbeispiel: „Fast alle Einrichtungen in Tirol haben Richtlinien, nach denen zumindest Teamsupervision im vierzehntägigen bis dreiwöchigen Rhythmus – in der Dienstzeit und durch den Träger finanziert – selbstverständlich ist.“

Unterkategorie 2.5: Restkategorie

Aussagen, die der Oberkategorie „Sozialpädagogisches Handeln“ zugeordnet werden können, jedoch keiner spezifischen Unterkategorie entsprechen, sollen in dieser Restkategorie gesammelt werden. Artikelpassagen, die keinerlei Beziehung zu den gewählten Oberkategorien aufweisen, werden nicht erfasst.

8. Darstellung der Untersuchungsergebnisse

Im folgenden Kapitel sollen die zentralen Ergebnisse der strukturierenden und verdichtenden Inhaltsanalyse vorgestellt werden. Dabei wird zuerst auf die Ergebnisse der Oberkategorie „Ökonomisierung“ eingegangen, um danach auf die Resultate des Hauptcodes Sozialpädagogisches Handeln einzugehen. Die Darstellung erfolgt dabei für jede entwickelte Unterkategorie getrennt. Die Zusammenführung der Unterkategorien erfolgt im Rahmen der Interpretation der Ergebnisse.

8.1. Oberkategorie: Ökonomisierung

Für den Code Ökonomisierung wurden während der Ausarbeitung des Forschungsdesigns fünf deduktiv gebildete Unterkategorien festgelegt, deren Auswertungsergebnisse im Folgenden in verdichteter Form wiedergegeben werden sollen.

8.1.1. Unterkategorie: Privatisierung/Liberalisierung

Die im Rahmen der Unterkategorie kodierten Textstellen wurden in weiterer Folge zusammengefasst und verdichtet, um dann einen nochmaligen strukturierenden Blick auf sie zu werfen. Auf diese Weise wurden drei relevante Diskussionsstränge im Rahmen der Kategorie Privatisierung und Liberalisierung eruiert:

1. Gründe für Privatisierung und Liberalisierung
2. Folgen von Privatisierung und Liberalisierung
3. Berichte über Maßnahmen der Privatisierung und Liberalisierung

Insgesamt konnten zwölf Artikel von 68 analysierten Beiträgen im gesamten Untersuchungszeitraum im Rahmen dieser Kategorie berücksichtigt werden. Am heftigsten diskutiert werden die Folgen der Privatisierungs- und Liberalisierungstendenzen, wobei sich die Auseinandersetzung dazu im Wesentlichen auf den Zeitraum 1998-2000 konzentriert. Auch über Gründe und Maßnahmen der Privatisierung und Liberalisierung wird eine le-

bendige Debatte geführt, die einerseits ebenfalls im Zeitraum 1998-2000 einen ersten Höhepunkt erreicht und andererseits auch im Jahr 2004 ein weiteres Mal aufflammt.²⁷

Im Rahmen der Diskussion über die Gründe für eine Politik der Privatisierung und Liberalisierung wird bereits im Jahr 1990 festgehalten, dass das wirtschaftliche Scheitern von staatlichen Großbetrieben den Anstoß bot, um die Idee des Staates als Solidargemeinschaft in Frage zu stellen (EH 1990/3, 40ff).

Es wird aber auch eine psychoanalytisch gefärbte Interpretation über die Beweggründe gewagt, in der die Forderung nach Privatisierung und Liberalisierung des Staates als ein Aufbegehren gegen ein omnipräsentes Imago der Eltern gedeutet wird. Dabei wird davon ausgegangen, dass das Sozialwesen dabei symbolisch für das „Erbe der Gründergeneration“ stehe (EH 1990/3, 40ff).

Die Debatte verebbt dann bis zum Jahr 1999, in dem sie dann wiederum den Diskurs im Rahmen der Zeitschrift zu dominieren scheint. Im Rahmen der Erörterungen werden unterschiedliche Gründe für Privatisierungs- und Liberalisierungstendenzen im Sozialbereich angeführt. So wird zum Beispiel die Meinung vertreten, dass private Anbieter dieselben Leistungen kostengünstiger erbringen könnten als Einrichtungen der öffentlichen Hand (EH 1999/1, 9f; EH 1999/1, 16ff; EH 1999/1, 24ff), was nicht zuletzt damit zusammenhänge, dass Einsparungen gegenüber privaten Organisationen leichter durchzusetzen seien, da ihnen – vor die Wahl gestellt, entweder weniger oder gar nichts zu bekommen – wenig Handlungsspielraum bleibe (EH 1999/1, 24ff).

Aber auch ein vorhandener Reformbedarf im Bereich sozialpädagogischer Leistungserbringung wird als Grund für die „Karriere der Privatisierungsdiskussion“ genannt (EH 1999/1, 5f). In diesem Zusammenhang ist auch die Aussage zu sehen, die mit den Privatisierungs- und Liberalisierungstendenzen den Wunsch verbindet, dass „Amtscharakter“ und sozialpädagogische Interaktion entkoppelt werden sollten. In diesem Zusammenhang wird zum Beispiel auf die Anzeigepflicht von im öffentlichen Dienst tätigen SozialpädagogInnen hingewiesen. Diese würde einerseits das Vertrauensverhältnis zwischen KlientInnen und ProfessionistInnen beeinträchtigen und hätte, wenn sie korrekt ausgeführt werden

²⁷ Auf mögliche Gründe für diesen Höhepunkt der Diskussion wird im Rahmen der Interpretation der Ergebnisse eingegangen.

würde, eine Flut von Anzeigen gegen KlientInnen zur Folge. Als ein möglicher Ausweg aus dieser Schieflage wird die Auslagerung sozialpädagogischer Tätigkeiten an private Träger genannt, da ihre MitarbeiterInnen keiner Anzeigepflicht unterliegen würden. (EH 1999/1, 11ff)

Ebenfalls am Reformbedarf sozialer Leistungserbringung ansetzend ist die Vorstellung, dass freie Träger ihre Soziale Arbeit flexibler gestalten könnten als die öffentliche Hand und dadurch in der Lage seien rasch auf veränderte Problemlagen zu reagieren (EH 1999/1, 11ff). So wird an anderer Stelle zum Beispiel darauf eingegangen, dass durch – aufgrund der Initiative von Einzelnen entstandenen – Sozialprojekte eine marktähnliche Struktur im Sozialbereich bereits geschaffen wurde, noch bevor die „Reform von oben“, also Privatisierung und Liberalisierung Sozialer Arbeit, begonnen hatte. Darauf aufbauend wird argumentiert, dass die Privatisierung und Liberalisierung Sozialer Arbeit durchaus auch als Schutzmaßnahme gegen eine drohende Mitsprache von BürgerInnen gedeutet werden könnte. (EH 1999/1, 5ff)

Die Liberalisierungs- und Privatisierungstendenzen Sozialer Arbeit werden allerdings auch als Versuch der öffentlichen Hand gedeutet sich ihrer Verpflichtungen zu entledigen, indem sie landeseigene, aber halbprivate Trägervereine ins Leben rufen würde, denen dann die Aufgaben der kommunalen Einrichtungen übergeben werden sollen (EH 1999/1, 16ff). In eine ganz andere Richtung tendiert jene Sichtweise, die Privatisierungs- und Liberalisierungstendenzen als Konsequenzen der kapitalistischen Krise begreift. Unternehmen seien auf der Suche nach profitablen Anlagemöglichkeiten und hätten deswegen ein Interesse daran sich bisher nicht zugängliche Bereiche zu erschließen. Dieser Umstand wird als Grund dafür gesehen, dass nun Interaktionen, die bisher „unter ganz anderen Gesichtspunkten“ verstanden wurden, in Waren oder Märkte umgewandelt werden sollen. Die Frage, welches Modell geeigneter sei für die Erbringung sozialpädagogischer Hilfe, sei in Wirklichkeit jedoch nebensächlich (EH 2004/1, 18ff). Dabei verdanke der Neoliberalismus seine ideologische Hegemonie weniger der Überzeugungskraft seiner Theorie, als vielmehr seiner geschickten Vernetzung und Lobbyarbeit (EH 2004/3, 23ff).

Auch über die Folgen der Liberalisierungstendenzen wird heftig debattiert und es werden vor allem mögliche Szenarien ausgemalt. Hier wird zum Beispiel dargelegt, dass durch

eine forcierte Privatisierung und Deregulierung des Sozialen die Doppel- und Dreifachbelastungen von Frauen wieder steigen werden, da sie verstärkt unbezahlte Reproduktionstätigkeiten leisten werden müssen aufgrund der Tatsache, dass viele privatisierte Einrichtungen aus finanziellen Gründen nicht mehr in Anspruch genommen werden könnten. (EH 1996/2, 18ff; EH 2004/1, 18ff)

Des Weiteren werden zwei Sichtweisen auf die Folgen der Privatisierung identifiziert: Eine kritische, die befürchtet, dass dadurch alles, auch das Soziale dem Profitgedanken unterworfen werden würde, und eine befürwortende, welche die Hoffnung hegt, dass der Staat sich dann nicht mehr in alle Lebensbereiche der Menschen einmischen würde. Als bereits zu beobachtende Folge wird erwähnt, dass die Art und Weise, wie Privatisierung und Liberalisierung betrieben werden, hinderlich für innovative sozialpädagogische Projekte von unten sei. Es hätten im Gegenteil nur jene (großen) Träger Chancen am entstehenden Sozialmarkt, die aufgrund von partei- und ständepolitischen Einflüssen mit den staatsmännlichen Machtzentren verbunden seien. Trotzdem werden die Liberalisierungstendenzen auch als Chance gesehen die Vielfalt und Qualität im sozialpädagogischen Bereich zu fördern. Dafür sei allerdings eine selbstbewusste Teilnahme kleiner Anbieter am entstehenden Markt notwendig. Für den Fall, dass das nicht gelänge, werden zwei mögliche Folgen für die Soziale Arbeit vorgezeichnet: eine patriarchale Pseudoprivatisierung oder eine kostenminimierende Entprofessionalisierung. (EH 1999/1, 5ff)

Als mögliche positive Folge der Liberalisierungs- und Privatisierungstendenzen wird angeführt, dass freie Träger auf veränderte oder neu entstehende Bedarfe schneller reagieren könnten, da öffentliche Einrichtungen ihren Wertekatalogen und Zielsetzungen stärker verpflichtet seien und für eine Veränderung mitunter sogar Gesetzesnovellen notwendig seien (EH 1999/1, 11ff; EH 1999/1, 19ff). Es wird aber auch darauf hingewiesen, dass der Verhinderung einer zu raschen Änderung der Angebote ein gewisser Schutzcharakter innewohne, da er die Kontinuität der Leistungserbringung sichere. Dieser Schutzcharakter ginge mit der Privatisierung des Angebots verloren, da Verträge mit privaten Trägern auslaufen und nicht mehr verlängert werden können. Für die KlientInnen bedeute dies, dass sie nicht mit Sicherheit davon ausgehen können, ob es die Einrichtung im darauffolgenden Jahr noch geben wird. (EH 1999/1, 11ff)

Aus KlientInnensicht wird in Bezug auf die Folgen angemerkt, dass es für sie eigentlich egal sein könnte wer die Hilfeleistung erbringt, solange die Qualität stimmt und ihre Rechte gewahrt werden. Genau dies werde aber von PrivatisierungskritikerInnen angezweifelt (EH 1999/1, 5ff). So wird auch in einem weiteren Beitrag darauf hingewiesen, dass im Rahmen der Auslagerung von Leistungen die Verbindlichkeit der Erbringung als großes Problem betrachtet wird. Hier wird so argumentiert, dass öffentliche Anbieter unter Kontrahierungszwang stünden, also handlungspflichtig seien, wenn ihnen eine Problemlage mitgeteilt wird. Dies bedeute in weiterer Folge, dass der Kontakt zu den AdressatInnen hergestellt werden müsse. Auch wenn es Widerstände dagegen gäbe, müsse zumindest der Versuch einer Kontaktaufnahme unternommen werden. Eine private Einrichtung, auch wenn sie von der öffentlichen Hand erhalten werde, hätte diese Verpflichtung nicht. Sie wende sich hauptsächlich an ein freiwillig zu ihr kommendes Klientel. (EH 1999/1, 11f)

Aber auch in der Leistungserbringung für eine bereits motivierte Klientel wird eine problematische Folge der Privatisierung und Liberalisierung gesehen. Es wird nämlich darauf verwiesen, dass bei der Übertragung der Aufgaben an private Anbieter die Gefahr bestehe, dass die Durchsetzbarkeit von Rechtsansprüchen seitens der KlientInnen nicht sichergestellt sei. Als besonders heikel sei dies vor allem dann zu sehen, wenn die Einrichtung nicht über genügend Ressourcen verfüge, um für alle Anspruchsberechtigten Leistungen anbieten zu können, sondern eine Auswahl unter den Hilfesuchenden treffen müsse. (EH 1999/1, 19ff; EH 1999/1, 16ff) In einem anderen Artikel wird weiters formuliert, dass sich der Staat mit der Auslagerung des Sozialen de facto seiner politischen Aufgabe entledige (EH 1999/1, 24ff).

Für die freien Träger wird als Folge der Liberalisierung angeführt, dass ein Spannungsverhältnis zwischen Kostendruck und Versorgungspflicht entstünde. Grund für diesen Umstand sei die Herangehensweise der öffentlichen Hand die Finanzierung der Leistungen möglichst gering zu halten (EH 1999/1, 16ff). Dadurch gehe, so an anderer Stelle, der „mütterliche“ Charakter des Sozialstaates zusehends verloren, während seine repressive, „väterliche“ Seite gestärkt werden würde (EH 2004/1, 18ff). So würde durch die Privatisierung und Liberalisierung ein gesellschaftliches Klima der Ab- und Ausgrenzung von Randgruppen befördert werden und der Glaube junger Menschen an die Gestaltbarkeit der Gesellschaft zerstört werden (EH 2004/3, 23ff).

Als weitere Auswirkung der Umstrukturierungen wird dargelegt, dass in Zukunft Sozialmärkte für die Erbringung der Leistung und Spendenmärkte für deren Finanzierung zuständig sein werden. Außerdem wird angemerkt, dass durch die Kommerzialisierung des Non-Profit-Sektors, das „Non“ in Bezug auf manche Einrichtungen verschwindend gering werde. (EH 1999/1, 11ff) In diesem Zusammenhang wird an anderer Stelle ausgeführt, dass im Rahmen dieses marktähnlichen Wettbewerbs freie Träger die Rolle des Anbieters hätten, der Staat die des Kunden beziehungsweise Auftraggebers und die KlientInnen jene des Produkts (EH 1999/1, 24ff). Weiters wird auf die Dimension der durch die Liberalisierung und Privatisierung entstehenden Märkte hingewiesen. So würde der Markt für den Gesundheitsbereich weltweit drei Billionen Dollar umfassen, jener für den Bildungsmarkt zwei Billionen Dollar und im Bereich der Wasserversorgung eine Billion Dollar (EH 2004/1, 18ff).

Zu den Berichten über die Maßnahmen der Privatisierung und Liberalisierung ist festzuhalten, dass neben eher allgemeinen Aussagen vor allem auf die Straffälligenhilfe näher eingegangen wird, in deren Rahmen es eine über 40-jährige Tradition der Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Aufgabendefinition und privater Durchführung gibt (EH 1995/4, 18ff; EH 1999/1, 19ff). Hierzu wird berichtet, dass durch den Abschluss des „Generalvertrags zur Durchführung der Straffälligenhilfe“ eine weitgehend selbstständige Tätigkeit des Anbieters realisiert werden konnte. Dabei wird es im Sinne von KlientInneninteressen als notwendig erachtet, dass klare gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, welche die genaue Ausgestaltung des jeweiligen Angebots regeln. Dies wird damit begründet, dass die Konzeptionierung der Leistung nicht den finanziellen, ideologischen oder anderweitig motivierten Einstellungen des Trägers überlassen werde dürfe. (EH 1999/1, 19ff)

Im Allgemeinen wird an der Form des Outsourcings von bisher von öffentlichen Stellen erbrachten Angeboten an private Träger kritisiert, dass dies keine echte Privatisierung darstelle, da die Tätigkeiten meist an extra geschaffene gemeindenahere Vereine vergeben werden. Besonders kritisiert wird an dieser Vorgehensweise, dass dadurch immer PolitikerInnen und Verwaltungsbeamte das Sagen hätten (EH 1999/1, 9f). Als Beispiel dafür wird in einem anderen Artikel die Gemeinde Wien genannt, die ihre gesamte Jugendarbeit in einem einzigen gemeindenaheren Verein bündelt (EH 1999/1, 5ff).

8.1.1.1. Zwischenzusammenfassung

Zusammenfassend kann resümiert werden, dass als Gründe für Privatisierungs- und Liberalisierungstendenzen in den untersuchten Artikeln die Meinung vertreten wird, dass private AnbieterInnen sozialpädagogische Leistungen kostengünstiger erbringen und dass eine Privatisierung bzw. Liberalisierung des Sozialen Sektors zu einem Abbau von Bürokratien und Hierarchien führe. Außerdem wird davon ausgegangen, dass private AnbieterInnen sozialpädagogischer Leistungen rascher auf veränderte Problemlagen reagieren könnten. Wobei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen wird, dass der Verhinderung einer zu raschen Veränderung sozialpädagogischer Hilfsangebote auch ein gewisser Schutzcharakter innewohne, da dies eine kontinuierliche Leistungserbringung sichere. Es wird aber auch die Meinung vertreten, dass die öffentliche Hand versuche sich durch Privatisierungen sich ihrer sozialen Verpflichtungen zu entledigen bzw. als Konsequenz der kapitalistischen Krise zu betrachten sei, die dazu führe, dass private Unternehmen auf der Suche nach neuen Absatzmärkten sind.

Als Folge von Privatisierungs- und Liberalisierungstendenzen wird in den untersuchten Artikel z.B. angeführt, dass dadurch die Vielfalt und Qualität pädagogischer Tätigkeiten gefördert werde. Es wird aber auch diskutiert, dass durch Privatisierung und Liberalisierung der Charakter der Verbindlichkeit für sozialpädagogische Leistungen verloren gehe, da nur öffentliche Anbieter handlungspflichtig sind. Private Einrichtungen hingegen haben diese Verpflichtung nicht und wenden sich hauptsächlich an freiwillig kommende KlientInnen. Durch diesen Umstand, so das Argument, gerate eine bestimmte AdressatInnengruppe aus dem Blick. Als weitere Folge wird berichtet, dass es zu einem Spannungsfeld zwischen Kostendruck und Versorgungspflicht komme. Besonders problematisch sei dieser Umstand dann, wenn private Einrichtungen aufgrund einer gering gehaltenen Finanzierung nicht über genügend Ressourcen verfügen, um für alle Anspruchsberechtigten Leistungen bieten zu können. Dies führe dazu, dass unter allen Hilfesuchenden eine Auswahl getroffen werden muss wer, sozialpädagogische Unterstützung erhält und wer nicht. Dadurch gehe der helfende Charakter Sozialer Arbeit ein Stück weit verloren, während ihr kontrollierender Aspekt in den Vordergrund rückt und dadurch zu einem gesellschaftlichen Klima der Ausgrenzung beiträgt.

In Bezug auf die Maßnahmen im Rahmen der Durchführung von Privatisierungs- und Liberalisierungsbestrebungen wird dargelegt, dass die Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und privaten Trägern durch eine klare Auftragsdefinition und gesetzliche Grundlagen geregelt ist, welche die Ausgestaltung und Konzeption der sozialpädagogischen Leistung durch die öffentliche Hand gewährleisten soll.

8.1.2. Unterkategorie: Dienstleistung

Im Rahmen der Unterkategorie zur Dienstleistungsorientierung Sozialer Arbeit konnten hauptsächlich Aussagen gesammelt werden, die sich mit dem Themenfeld KundInnen-debatte auseinandersetzen. Im Rahmen dieses Themenstrangs wurden vier Bereiche herausgefiltert:

1. Bezeichnung der KlientInnen als KundInnen
2. Forderung nach KundInnenorientierung
3. Wahlfreiheit der KundInnen
4. Rechte von KundInnen

Insgesamt konnten sechs Beiträge von 68 analysierten Artikeln dieser Kategorie zugeordnet werden. Zur zeitlichen Verteilung der Diskussion zu diesem Thema ist zu sagen, dass sie vor allem in den Jahren 1996-1999 besondere Relevanz entfaltete. Vereinzelt existieren auch Nennungen zum Bereich der Bezeichnung der KlientInnen als KundInnen in den Jahren 1992-1995. Sowohl vor 1992 als auch nach 1999 existiert in der Zeitschrift „Erziehung Heute“ keine Debatte zu diesem Aspekt.

Da es beim Code „Bezeichnung der KlientInnen als KundInnen“ lediglich um eine Auszählung der Nennungen ging, ist hier keine detaillierte Beschreibung des Themas notwendig. Im Rahmen der Diskussion um die verstärkte KundInnenorientierung werden vor allem eine verstärkte KundInnenfreundlichkeit (EH 1996/2, 13f, EH 1999/1, 9f), eine breitere Mitbestimmung der NutzerInnen bei der Gestaltung der Leistung (EH 1999/1, 9f) und eine Umwerbung der KlientInnen gefordert (EH 1999/1, 11f; EH 1999/4, 32f).

Im Rahmen der Diskussion über die Wahlfreiheit der KundInnen wird ein vielfältiges Angebot sozialpädagogischer Dienstleistungen gefordert (EH 1996/2, 18ff; EH 1999/1, 5ff).

Wobei einerseits darauf hingewiesen wird, dass dies Probleme bei der mündigen Auswahl seitens der KlientInnen mit sich bringen könnte, da es unterschiedliche Gesichtspunkte zu berücksichtigen gelte, wie Preis, Qualität und Erreichbarkeit (EH 1996/2, 18ff). Andererseits wird argumentiert, dass die Rechte von NutzerInnen sozialpädagogischer Angebote nicht unter den Rechten von KäuferInnen anderer Produkte angesiedelt sein sollten und dass auch Menschen in Problemlagen ein Selbstbestimmungsrecht zugestanden werden sollte (EH 1999/1, 5ff).

In Bezug auf die Rechte von KundInnen sozialpädagogischer Dienstleistungen wird zum Beispiel dargestellt, dass im Rahmen von Leistungsverträgen mit den KlientInnen ihre Rechte klar geregelt werden. Auf dieser Grundlage eingebrachte Beschwerden würden laut diesem Artikel sehr ernst genommen werden (EH 1999/1, 9f). In einem anderen Artikel wiederum wird darauf hingewiesen, dass bei der privaten Dienstleistungserbringung die Gefahr bestünde, dass Rechten und Interessen der NutzerInnen nicht genügend Beachtung geschenkt werde (EH 1999/1, 5ff).

8.1.2.1. Zwischenzusammenfassung

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass jene Diskussionsbeiträge, die sich mit einer Dienstleistungsorientierung Sozialer Arbeit beschäftigen, dieser durchaus zustimmend gegenüberstehen. Anzumerken in diesem Zusammenhang ist jedoch, dass weniger über konkrete Erfahrungen berichtet wird, sondern Forderungen aufgestellt werden, welche eine verstärkte KundInnenorientierung, KundInnenfreundlichkeit sowie eine breitere Mitbestimmung der NutzerInnen bei der Leistungsgestaltung und eine größere Vielfalt sozialpädagogischer Angebote als Grundlage für eine anzustrebende Wahlfreiheit der KlientInnen anmahnen. Lediglich in Bezug auf die Rechte von KundInnen sozialpädagogischer Dienstleistungsangebote wird berichtet, dass im Rahmen von Leistungsverträgen, die zwischen KundInnen und Leistungserbringer abgeschlossen werden, Rechte von KlientInnen eindeutig geregelt sind. Auf dieser Grundlage können bei Nichteinhaltung der Verträge Beschwerden seitens der NutzerInnen sozialpädagogischer Angebote eingebracht werden, welche in weiterer Folge auch ernst genommen werden würden.

8.1.3. Unterkategorie: Managerialisierung

Auch der Diskurs über die Managerialisierung Sozialer Arbeit konzentriert sich in der Zeitschrift „Erziehung Heute“ hauptsächlich auf die Jahre 1999-2004. Davor gab es lediglich in den Jahren 1990 und 1992 kurze Verweise auf diese Thematik. Die Debatte dreht sich im Allgemeinen vor allem um die Aspekte der

1. Gründe für Managerialisierung
2. Folgen der Managerialisierung
3. Maßnahmen der Managerialisierung
4. Grenzen der Managerialisierung

Die Auseinandersetzung mit letztgenanntem Punkt fällt im Vergleich zu den anderen jedoch eher mager aus. Insgesamt konnten elf Beiträge von 68 analysierten Artikeln der Kategorie Managerialisierung zugeordnet werden.

Die Diskussion über die Gründe der Managerialisierung beginnt im Jahr 1999. Es wird in ihrem Verlauf kritisiert, dass es im Zuge der Auftragsvergabe keine gerechten Wettbewerbsbedingungen zwischen öffentlichen und privaten Trägern gebe. Dem solle, im Sinne einer Objektivierung der Finanzmittelvergabe, durch eine verstärkte Orientierung an Elementen des New Public Management bei der Vergabe der Gelder begegnet werden. (EH 1999/1, 9f) Als eine weitere Wurzel der Managerialisierungsdiskussion kann die größer werdende Kluft zwischen steigendem Bedarf nach sozialpädagogischer Arbeit und stagnierendem Angebot gesehen werden, da dieser aufklaffenden Schere mit der Forderung nach größerer Effektivität und Effizienz begegnet wurde, für deren Umsetzung die Neue Steuerung Sorge tragen sollte (EH 1999/1, 11ff; EH 1999/1, 16ff).

Als weitere Grundlage für die Managerialisierung wird der Globalismus genannt. In diesem Zusammenhang wird weiter ausgeführt, dass der Globalismus davon ausgehe, dass der Staat aufgrund seiner Komplexität wie ein Wirtschaftsunternehmen zu führen sei. Dabei, so wird in diesem Zusammenhang weiter kritisch angemerkt, gehe es bei dieser Forderung lediglich darum gesellschaftliche Zusammenhänge in eine markt-, leistungs- und konkurrenzorientierte Richtung zu lenken. Dabei würde diese Forderung vor allem von jenen vertreten werden, die von einer neoliberalen Modernisierung profitieren würden und die Aus-

grenzung von weniger leistungsstarken Gesellschaftsmitgliedern zum Ziel hätten. (EH 2004/3, 23ff)

In Bezug auf die Folgen der Managerialisierung Sozialer Arbeit wird ausgeführt, dass durch die Einführung von New Public Management Innovationen „von unten“ erschwert werden würden, da bei der Auftragsvergabe weniger etablierte und von ihrer Struktur her kleine „Newcomer“ gegenüber den großen traditionellen Einrichtungen schlechte Chancen hätten (EH 1999/1, 5ff). Außerdem wird problematisiert, dass die sozialpädagogischen Einrichtungen durch die Einführung der Neuen Steuerung so sehr damit beschäftigt seien sich am entstehenden Sozialmarkt zu etablieren und ihre Existenz zu sichern, dass für die eigentliche Fachdiskussion zu wenig Raum bleibe (EH 1999/1, 16ff; EH 1999/1; 27ff).

In weiterer Folge befördere die Diskussion um den „Wettbewerbsstaat“ gesellschaftliche Ausgrenzungsprozesse, da sie die Konkurrenz in menschlichen Beziehungen in den Mittelpunkt rücke (EH 2004/3, 24ff). Diese Annahme kann mit der Aussage eines anderen Artikels untermalt werden, der darauf hinweist, dass in allen Lebenslagen Effizienz gefragt sei: beim Sport, in der Kunst, in der Politik und sogar in der Liebe. Es gehe nicht mehr darum die richtigen Dinge zu tun, sondern das Ziel sei lediglich sie richtig auszuführen. (EH 1999/3, 43ff)

Als Maßnahmen der Managerialisierung im Bereich der sozialpädagogischen Leistungserbringung werden die Einführung von

- Leistungsverträgen (EH 1999/1, 19ff; EH 1999/1, 27ff)
- Zielorientierung (EH 1992/3, 10ff; EH 1999/1, 27ff)
- Effizienzorientierung und -überprüfung (EH 1992/3, 15ff; EH 1999/1, 11ff; EH 1999/1, 24ff)
- Leistungskatalogen (EH 1999/1, 19ff; EH 1999/1, 27ff)
- Ressourcenvereinbarungen (EH 1999/1, 19ff; EH 1999/1, 27ff)
- Vermittlungsquoten (EH 1999/1, 24ff)
- detaillierten Dokumentationen der Tätigkeiten (EH 1999/1, 19ff)
- und Qualitätsstandards (EH 1999/1, 24ff; EH 1999/1, 27ff) genannt.

Außerdem wird im Rahmen der Auseinandersetzung darauf hingewiesen, dass für die Bewertung und Steuerung von angemessenem wirtschaftlichen Handeln im Bereich der Sozialpädagogik nur ein Teil der betriebswirtschaftlichen Instrumentarien übernommen werden könne und zusätzlich eigene, genuin sozialpädagogische Kriterien zur Bewertung generiert werden müssten (EH 1999/1, 20ff).

8.1.3.1. Zwischenzusammenfassung

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass im Rahmen der untersuchten Artikel davon ausgegangen wird, dass die Etablierung der Neuen Steuerung zu gerechten Wettbewerbsbedingungen bei der Vergabe von Geldern führt und zu einer Erhöhung der Effektivität und Effizienz sozialpädagogischer Leistungen beiträgt. Letzteres wird deswegen als nötig erachtet, da der Bedarf nach sozialpädagogischer Unterstützung steigt, während das Angebot derartiger Leistungen stagniert.

Als Folge der Managerialisierung wird diskutiert, dass sie gesellschaftliche Zusammenhänge in eine leistungs- und konkurrenzorientierte Richtung lenkt und dadurch gesellschaftliche Ausgrenzungsprozesse ohnehin benachteiligter Bevölkerungsgruppen befördert. Außerdem wird angemerkt, dass bei der Auftragsvergabe traditionelle, etablierte Einrichtungen bessere Chancen haben, wodurch die Erprobung neuer, innovativer sozialpädagogischer Handlungsansätze und damit eine fachliche Weiterentwicklung erschwert werde. Auch für Fachdiskussionen bleibe im Rahmen der Managerialisierung wenig Raum, da sozialpädagogische Einrichtungen ihre Energien primär darauf verwenden würden sich am Sozialmarkt zu behaupten. Ebenfalls problematisiert wird, dass weniger über die Legitimität sozialpädagogischer Ziele diskutiert werde, sondern viel mehr über die Erlangung vorab festgelegter Ziele.

Über die konkrete Umsetzung der Managerialisierungsbestrebungen wird berichtet, dass Rahmenbedingungen und Ziele der Leistungserbringung sowie ihre Kosten über Kontrakte geregelt sind. Besonderes Augenmerk wird dabei auf Vermittlungsquoten, Tätigkeitsdokumentationen und Qualitätsstandards gelegt.

8.1.4. Unterkategorie: Finanzierung

Die Diskussion über die Finanzierung Sozialer Arbeit hatte über den gesamten Untersuchungszeitraum eine kontinuierliche Relevanz, wobei auch hier ein Anstieg im Jahr 1999 zu verzeichnen ist. Insgesamt konnten neun Beiträge von 68 analysierten Artikeln der Kategorie Finanzierung zugeordnet werden.

Bereits im Jahr 1990 wird in Bezug auf die Finanzierung sozialpädagogischer Einrichtungen berichtet, dass die Finanzsituation einer unabhängigen Einrichtung äußerst unsicher ist, da das Budget jährlich neu verhandelt werden müsse. Dieses Thema wird in späterer Folge vor allem 1999 weiter diskutiert (EH 1990/1, 36ff; EH 1999/1, 11ff; EH 1999/1, 19ff; EH 2000/3, 21ff). In weiterer Folge wird außerdem erwähnt, dass sozialpädagogische Projekte eingestellt werden mussten, da von der öffentlichen Hand keine Gelder bereitgestellt wurden (EH 1990/1, 36ff; EH 1996/1, 41ff). Im Zusammenhang damit wird weiters kritisiert, dass im sozialpädagogischen Bereich vor allem jene Projekte gefördert werden würden, die als „Reparaturwerkstätte“ beziehungsweise „gesellschaftliche Feuerwehr“ fungieren würden (EH 1996/1, 41ff).

Ein weiterer Diskussionsstrang ist die Vermeidung von gesellschaftlichen Folgekosten bei frühzeitiger pädagogischer Intervention. Dies dient in den meisten Fällen als Legitimation für sozialpädagogische Leistungen (EH 1990/1, 36ff; EH 2004/3, 23ff). Hierzu ist jedoch anzumerken, dass dies mitunter auch einen Versuch darstellen könnte, dem Argument, über das im Übrigen auch diskutiert wird, dass der Sozialstaat ein „Fass ohne Boden“ sei, zu begegnen (EH 1990/3, 40ff; EH 1999/1, 16ff; EH 1999/1, 24ff).

8.1.4.1. Zwischenzusammenfassung

In Bezug auf die Finanzierung sozialpädagogischer Angebote kann zusammenfassend gesagt werden, dass über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg die Finanzsituation privater sozialer Einrichtungen als äußerst unsicher beschrieben wird.

8.1.5. Unterkategorie: Qualität und Qualitätsmanagement

Aufgrund der Ausführungen zum Thema Qualität und Qualitätsmanagement konnten drei zentrale Diskussionspunkte erkannt werden, um die sich die Debatten drehen. Sie sollen im Folgenden aufgezählt und näher dargestellt werden:

1. Mindeststandards
2. Qualitätssicherung (QS)
3. Kritik am Qualitätsmanagement (QM)

Insgesamt konnte die Kategorie Qualität und Qualitätsmanagement im Rahmen von acht der 68 analysierten Artikel vergeben werden. Inhaltlich werden im Rahmen der Diskussion zur Thematik Qualität und Qualitätsmanagement zum Beispiel immer wieder vereinheitlichte Mindeststandards für die zu erbringenden Leistungen gefordert (EH 1999/1, 90; EH 1999/1, 5ff; EH 1999/1, 11ff; EH 1999/1, 19ff; EH 1999/1, 24ff; EH 1999/1, 27ff; EH 2000/2, 36), wobei es bei der Forderung bleibt, ohne darauf einzugehen, wie sie genau umgesetzt werden könnte.

Auch qualitätssichernde Maßnahmen werden eingemahnt. So wird zum Beispiel gefordert, dass verstärkt nutzerInnenorientierte Qualitätssicherung betrieben werden sollte (EH 1999/1, 5ff; EH 1999/1, 19ff). Weiters wird erklärt, dass im Rahmen des Qualitätsmanagements alle Arbeitsschritte genau dokumentiert werden müssten, damit die geldgebende Behörde die Möglichkeit hat einen Einblick in die Arbeit der Organisation zu bekommen (EH 1999/1, 16ff).

Kritisiert wird im Rahmen der Qualitätssicherung, dass aufgrund der dafür notwendigen Dokumentationsarbeit weniger Zeit für die KlientInnen verbleibe und deswegen das Bemühen, die Qualität zu sichern, genau genommen zu einem Qualitätsverlust führe (EH 1999/1, 16ff). Weiters wird die Einschätzung getroffen, dass sich Qualitätssicherungssysteme eher an den Bedürfnissen der Auftraggeber als an jenen der AdressatInnen orientieren würden (EH 1999/1, 5ff). Dies wird an anderer Stelle dahingehend expliziert, als die Befürchtung beschrieben wird, dass es durch die Herstellung von mehr Transparenz, durch Dokumentationen und Zielbeschreibungen zu einer Verschlechterung der Beziehung zwischen BetreuerInnen und KlientInnen kommen könnte, zu einer Einschränkung des Ermes-

sensspielraums der ProfessionistInnen und noch dazu diese Offenlegungen dazu benützt werden würden, um Einsparungen zu legitimieren und die Arbeitsdichte zu erhöhen (EH 1999/1, 19ff). Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich auf die fehlende Mitbestimmung der NutzerInnen, die dadurch zu Objekten sozialpädagogischer Interventionen gemacht werden würden (EH 1999/1, 24ff).

8.1.5.1. Zwischenzusammenfassung

Zusammenfassend zur Kategorie Qualität und Qualitätsmanagement kann festgehalten werden, dass in den analysierten Zeitschriftenartikeln die Forderung nach vereinheitlichten Mindeststandards sozialpädagogischer Angebote und nach einer nutzerInnenorientierten Qualitätssicherung befürwortet wird. Es wird jedoch ausgeführt, dass zu beobachten ist, dass die momentane Praxis der Qualitätssicherung sich mehr an den Interessen der Auftraggeber als an den Bedürfnissen der KlientInnen sozialpädagogischer Leistungen orientiere. In Zusammenhang damit wird auch eine fehlende Mitbestimmung der NutzerInnen sozialpädagogischer Tätigkeiten bei der Definition von Qualitätsmerkmalen kritisiert. Als wichtigstes Element eines praktizierten Qualitätsmanagements wird der Umstand genannt, dass alle Arbeitsschritte im Rahmen sozialpädagogischer Arbeit genau dokumentiert werden müssten, um so den geldgebenden Behörden Einblick in die Arbeit der Organisation zu ermöglichen. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass dadurch weniger Zeit für die Auseinandersetzung mit KlientInnen bleibe. Dies wiederum sei der Qualität sozialpädagogischer Tätigkeit letztlich abträglich. Außerdem wird darauf hingewiesen, dass die Vorschreibung genauer Handlungsabläufe im Rahmen von Qualitätshandbüchern zu einer Einschränkung des professionellen Ermessensspielraums führe.

8.2. Oberkategorie: Sozialpädagogisches Handeln

Im Folgenden findet sich eine verdichtete Darstellung der Untersuchungsergebnisse für die Oberkategorie „Sozialpädagogisches Handeln“.

8.2.1. Unterkategorie: Arbeitsfelder

Für diese Unterkategorie wurde als Hauptanliegen im Rahmen der Kategorienexplikation festgelegt zu erheben, wie sich die Handlungsfelder der Sozialpädagogik im Untersuchungszeitraum von 1990 bis 2004 anzahlmäßig entwickelt haben.

In Bezug darauf ist zu berichten, dass es ab dem Jahr 1995 zu einem sprunghaften Anstieg der Arbeitsfelder gekommen ist, präziser gesagt hat sich die Anzahl der genannten Arbeitsfelder von fünf diskutierten Arbeitsfeldern in den Jahren 1990-1994 auf 19 besprochene Arbeitsfelder im Zeitraum 1995-1999 beinahe vervierfacht. Auch in den Folgejahren 2000-2004 kam es noch einmal zu einer beachtlichen Erweiterung. Verglichen mit den Jahren 1990-1994 hat sich die Anzahl der angeführten sozialpädagogischen Handlungsfelder bis zum Jahr 2004 auf 28 unterschiedliche diskutierte Arbeitsfelder mehr als verfünffacht.

Nun stellt sich die Frage, welche Arbeitsfelder im Laufe der Zeit zu den diskutierten sozialpädagogischen Feldern hinzugestoßen sind. Dies soll mit einer Tabelle veranschaulicht werden:

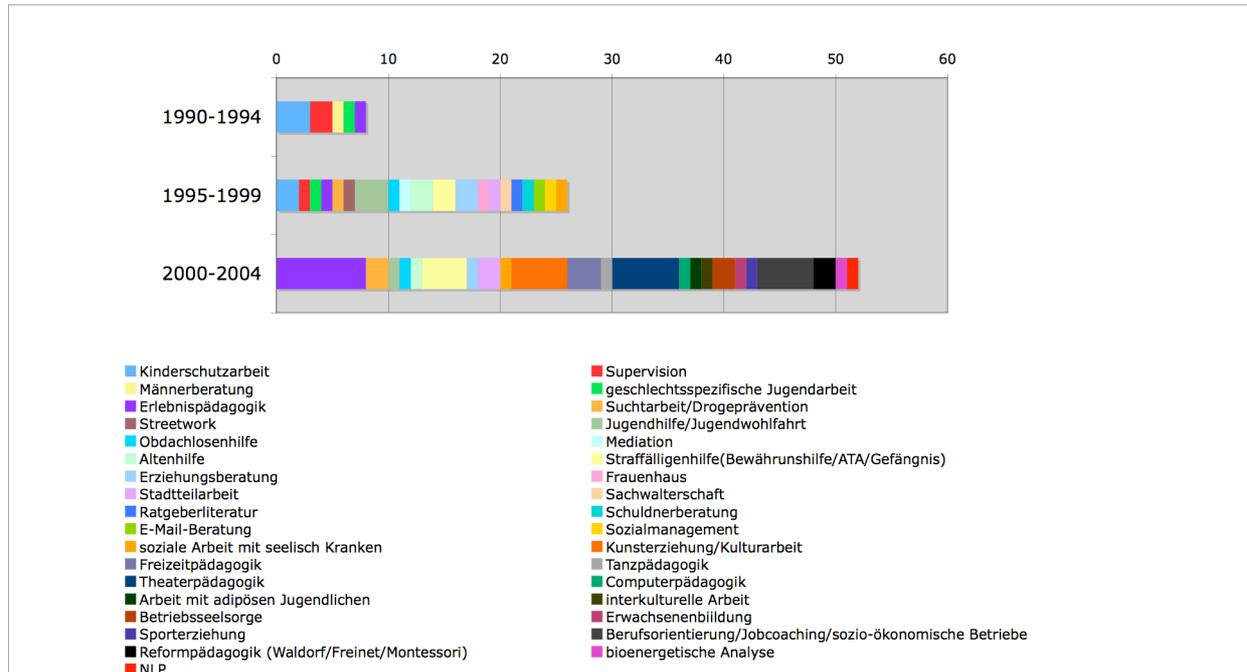


Abbildung 1: Sozialpädagogische Arbeitsfelder

Aus Abbildung 1: Sozialpädagogische Arbeitsfelder ist erkenntlich, dass im Zeitraum von 1990-1994 lediglich die Arbeitsfelder Kinderschutzarbeit, Supervision, geschlechtsspezifische Jugendarbeit, Erlebnispädagogik und Männerberatung Erwähnung fanden. Dazu ist anzumerken, dass das Arbeitsfeld der Kinderschutzarbeit am häufigsten genannt wurde, gefolgt von Supervision.

Für die Jahre 1995-2000 lässt sich bereits ein viel umfangreicheres Spektrum an sozialpädagogischen Aufgaben ablesen. Es werden neben den bereits in den Jahren 1990-1994 genannten Feldern der Erlebnispädagogik, der geschlechtsspezifischen Jugendarbeit, der Supervision und der Kinderschutzarbeit²⁸ auch die Bereiche Streetwork, sozialpädagogische Arbeit mit obdachlosen Menschen, Suchtprävention bzw. Arbeit mit Drogenkranken, Kindererziehung, Mediation, Altenhilfe, der Außergerichtliche Tatausgleich bzw. Straffälligen- und Bewährungshilfe, Erziehungsberatung bzw. Arbeit mit Familien, sozialpädagogische Tätigkeiten in Frauenschutzhäusern, Jugendhilfe bzw. Jugendwohlfahrt, Stadtteilarbeit, SachwalterInnenenschaft, SchuldnerInnenberatung, sozialpädagogische Beratungstätigkeiten via E-Mail, Sozialmanagement und das Verfassen von Ratgeberliteratur genannt. Im Zeitraum von 2000-2004 erweitert sich das Spektrum der genannten Aufgabenbereiche

²⁸ Männerberatung als Arbeitsfeld wird im Zeitraum 1995-1999 nicht erwähnt.

sozialpädagogischer Arbeit um die Tätigkeitsfelder: soziale Arbeit mit seelisch Kranken, Freizeitpädagogik, Theaterpädagogik, sozialpädagogische Arbeit mit adipösen Jugendlichen, Betriebsseelsorge, Sportpädagogik, Reformpädagogik, das Weiterbildungsangebot Neurolinguistisches Programmieren (NLP) für SozialpädagogInnen, sozialpädagogische Kultur- und Kunstarbeit, Tanzpädagogik, Computerpädagogik, interkulturelle soziale Arbeit, Erwachsenenbildung, sozialpädagogische Beratungstätigkeiten in den Bereichen Berufsorientierung und Jobcoaching bzw. die pädagogische Betreuung von MitarbeiterInnen sozioökonomischer Betriebe und weiters die bioenergetische Analyse.

Dabei werden im Zeitraum 2000-2004 die Bereiche Erlebnispädagogik, Theaterpädagogik, soziale Kultur- bzw. Kunstarbeit und sozialpädagogische Aufgaben im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik am weitest häufigsten genannt; dicht gefolgt von der sozialen Arbeit mit Tatverdächtigen, Häftlingen und Haftentlassenen.²⁹

8.2.1.1. Zwischenzusammenfassung

Für die Kategorie sozialpädagogische Arbeitsfelder lässt sich zusammenfassend festhalten, dass im Verlauf des Untersuchungszeitraumes ein Anstieg der Vielfalt der diskutierten Arbeitsfelder zu beobachten ist.

8.2.2. Unterkategorie: Organisation

Die für die Unterkategorie Organisation vergebenen Codes wurden in weiterer Folge nochmals durch eine induktive Kategorienbildung thematisch geordnet. Dabei ließen sich fünf dominante Diskussionsstränge innerhalb der Kategorie Organisation identifizieren. Sie wurden folgendermaßen benannt:

1. Angaben zur Vernetzung mit anderen Organisationen
2. Anmerkungen zu bürokratischen Strukturen
3. Stellungnahmen zu Teamarbeit
4. Erläuterungen zur Supervision

²⁹ Was diese Ergebnisse für die Fragestellung der Diplomarbeit bedeuten, wird im Kapitel 8. Interpretation der Untersuchungsergebnisse beleuchtet.

5. Bemerkungen zur Eigeninitiative von SozialpädagogInnen

Insgesamt konnten 16 Artikel von 68 analysierten Beiträgen der Kategorie Organisation zugeordnet werden. Vor allem das Thema „Vernetzung mit anderen Organisationen“ gewinnt im Laufe des Untersuchungszeitraums in den untersuchten Artikeln an Bedeutung, während die Diskussionsbeiträge zu den Themenfeldern „Anmerkungen zu bürokratischen Organisationsformen“ und „Stellungnahmen zur Eigeninitiative“ im Zeitraum 1990-1997 ansteigen, um bis zum Jahr 2004 auf null Nennungen abzusinken. Die Stellungnahmen, welche die Zusammenarbeit im Team betreffen, sind von 1990-1997 gleichbleibend und sinken bis 2004 ebenfalls auf null. Über Supervision wird vor allem zu Beginn des Untersuchungszeitraums geschrieben, im Jahr 1995 ist dieser Diskussionsstrang schon auf null Nennungen gesunken.

Im Folgenden soll der Diskussionsverlauf zu den einzelnen Diskussionssträngen in verdichteter Form dargestellt werden. Es kann für den gesamten Untersuchungszeitraum festgehalten werden, dass wenn über die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen diskutiert wird, sie durchwegs als wichtiges Element sozialpädagogischer Arbeit eingestuft wird. Dabei wird die Zusammenarbeit mit ÄrztInnen (EH 1990/1, 36ff; EH 2000/2, 16ff), mit ProfessionistInnenen Sozialer Arbeit des eigenen Tätigkeitsfeldes (EH 1990/4, 4ff) wie auch anderer Fachbereiche (EH 1990/1, 36ff) und mit in Nachbardisziplinen wie den im Schul- oder Gesundheitswesen Tätigen (EH 1999/1, 5ff) besprochen.

Als Gründe für die Zusammenarbeit werden genannt, dass KlientInnen von einer sozialpädagogischen Einrichtung oder einem Arzt/einer Ärztin an eine für sie passende Organisation verwiesen werde (EH 1990/1, 36ff), dass gemeinsame Fallbesprechungen eine gegenläufige Betreuung der KlientInnen verhindern sollen (EH 1990/1, 36ff); sowie der Umstand, dass sich SozialpädagogInnen mit unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern durch Informations- und Erfahrungsaustausch gegenseitig über neue Entwicklungen auf dem Laufenden halten können. Dieses Wissen wiederum könne dann in die konkrete Arbeit mit den KlientInnen einfließen (EH 1995/4, 18ff). Als weiterer Grund für die Zusammenarbeit wird das Bestreben genannt dadurch bestimmte Zielgruppen besser erreichen zu können (EH 2000/4, 29ff). Außerdem wird die Forcierung von internationalem Informationsaustausch gefordert (EH 1999/1, 5ff; EH 2000/2, 36ff).

Beklagt wird fallweise die mangelnde Bereitschaft zur Zusammenarbeit von Seiten anderer Einrichtungen (EH 1990/4, 4ff; EH 1999/1, 5ff), daran anschließend ist auch die Forderung nach einer neuen Art der Zusammenarbeit, des „Neuen Welfare Mix“, der eine stärkere Vernetzung der staatlichen, marktförmig organisierten und auf Selbsthilfe bzw. Selbstorganisation beruhenden Unterstützungsstrukturen baut (EH 1999/1, 11ff; EH 1990/3, 40ff).

Die Diskussion über bürokratische Strukturen konzentriert sich auf den Zeitraum 1993 bis 1999 und wird in weiten Teilen sehr kritisch geführt. So wird zum Beispiel bemängelt, dass es im öffentlichen Bereich sehr schwierig ist Machtverhältnisse zu verändern und dies mitunter die Schaffung und Akzeptanz von neuen Einrichtungen und Kompetenzen behindere (EH 1993/1, 25ff; EH 1995/4, 10ff). Weiters wird darüber geklagt, dass durch eine zu starke bürokratische Kontrolle die Entscheidungs- und Handlungsfreiheit von SozialpädagogInnen stark beschnitten werden würde (EH 1997/4, 40ff).

Durch diese bereits erwähnten starren und unbeweglichen Strukturen entstehe die missliche Lage, dass auf neu auftretende Problemfelder nicht schnell genug reagiert werden könne (EH 1999/1, 5ff), andererseits böten sie auch einen gewissen Schutz gegen zu voreilige Veränderungen und sichern damit ein kontinuierliches Angebot sozialpädagogischer Unterstützung (EH 1999/1, 11ff). An anderer Stelle wiederum wird hinterfragt, ob staatliche Bürokratien tatsächlich in der Lage seien ein gewisses Maß an Rechtssicherheit zu gewährleisten. Dies wird vor allem für jene Fälle angezweifelt, in denen es darum gehe Ermessensentscheidungen zu treffen. Begründet wird dieser Zweifel mit dem Argument, dass im Rahmen der staatlichen Wohlfahrtsverwaltung oft zu wenig Zeit bleibe, um sich mit individuellen Fällen eingehend und ausreichend auseinanderzusetzen (EH 1999/1, 5ff).

In jenen Bereichen der untersuchten Zeitschriftenbeiträge, die innerhalb der Kategorie „Organisation“ dem Diskussionsstrang Teamarbeit zugeordnet werden konnten, kam es zu einer durchwegs positiv konnotierten Auffassung von Teamarbeit. Lediglich in einem Artikel wird kritisiert, dass in den öffentlichen Medien die Vorstellung verbreitet werde, dass eine gleichberechtigte, demokratische Zusammenarbeit, Teamarbeit also, für Missstände im Sozialbereich verantwortlich sei. (EH 1990/3, 40ff)

In der genaueren Auseinandersetzung mit den angesprochenen Aspekten der Teamarbeit konnte herausgearbeitet werden, dass die Zusammenarbeit in einem interdisziplinären

Team als Bereicherung für die betreuten KlientInnen, aber auch für die SozialpädagogInnen selbst gesehen wird (EH 1990/1, 36ff). Auch die Zusammenarbeit in multikulturellen Teams wird als etwas Besonderes hervorgehoben, da dies differenziertere Reflexionen über das eigene Handeln ermögliche (EH 1999/3, 34ff).

Die Verbindung zwischen Fallbesprechungen im Team und der konkreten Arbeit mit KlientInnen wird folgendermaßen besprochen: Es wird einerseits ein Modell vorgestellt, das Teamkonferenzen vorsieht, in denen die Fälle jeder Sozialpädagogin bzw. jedes Sozialpädagogen gemeinsam reflektiert werden. Diese Fallanalysen sollen dann die Handlungsgrundlage für die als Einzelne im Feld arbeitenden SozialpädagogInnen sein (EH 1995/4, 18ff). Andererseits wird aber auch eine weitere Form von Teamarbeit besprochen, die vorsieht, dass immer mindestens zwei MitarbeiterInnen in einem Projektbereich tätig sind, um eine reflexive Praxis garantieren zu können (EH 1999/3, 34ff). Außerdem wird betont, dass eine tragfähige Arbeitsbeziehung im Team auch eine gute Voraussetzung für glückende sozialpädagogische Interventionen darstellt und deswegen durch Teambesprechungen und gemeinsame Workshops gefördert werden sollte (EH 2000/2, 36ff).

Die Diskussion zum Thema Supervision konzentriert sich auf den Anfang des Untersuchungszeitraumes, vor allem auf das Jahr 1992. Im Rahmen der Betrachtungen in verschiedenen Artikeln, in denen das Themenfeld angesprochen wurde, fand eine einheitliche Befürwortung der Etablierung von Supervision für SozialpädagogInnen statt. Weiters wird beschrieben, dass sie in manchen sozialen Einrichtungen bereits als selbstverständlich angesehen wird bzw. für einzelne Arbeitsfelder sogar gesetzlich vorgeschrieben ist. Als große Chance für SozialpädagogInnen wird gesehen, dass sie die Möglichkeit hätten unter kompetenter Anleitung über ihre Erfahrungen im Arbeitsalltag zu reflektieren. Dies wird als Möglichkeit dargestellt Burn-out-Syndromen vorzubeugen und Professionalität zu fördern. (EH 1992/3, 15ff)

Äußerungen zum Diskussionsstrang „Eigeninitiative“ sind in den Jahren 1990-1999 in steigendem Ausmaß zu finden, danach kommt es zu einem rapiden Abfall. Aus den kategorisierten Diskussionssträngen lässt sich ablesen, dass Eigeninitiative, also zum Beispiel die selbstständige und eigenverantwortliche Gründung einer sozialpädagogischen Einrichtung von einzelnen oder einer Gruppe von Menschen, vor allem auf das Bedürfnis zurück-

zuführen ist in einem bestimmten Bereich konkrete Hilfe zu leisten (EH 1990/4, 4ff). Es wird aber auch über die Schwierigkeit berichtet, die für die Umsetzung einer solchen Idee notwendigen Gelder von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt zu bekommen (EH 1996/1, 41ff), was dazu führen kann, dass die Hilfestellungen entweder ehrenamtlich erbracht werden (müssen) oder eben gar nicht angeboten werden können bzw. wieder eingestellt werden müssen (EH 1996/1, 41ff). Weiters wird, hier bereits eher mit einer rückblickenden Note versehen, darauf hingewiesen, dass durch solche Eigeninitiative aufgrund des Engagements einzelner ProfessionistInnen zahlreiche Innovationen in der Sozialen Arbeit realisiert werden konnten, die sich „aus dem Zentrum der staatlichen Wohlfahrtsbürokratie“ nicht entwickeln hätten können (EH 1999/1, 5ff).

8.2.2.1. Zwischenzusammenfassung

Zusammenfassend für die Unterkategorie Organisation kann festgehalten werden, dass in den analysierten Zeitschriftenartikeln die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen als wichtiges Element sozialpädagogischer Tätigkeit eingeschätzt wird. Außerdem lässt sich beobachten, dass in Bezug auf das Thema betreffend bürokratischer Strukturen in sozialpädagogischen Organisationen besonders kritisiert wird, dass dadurch die Entscheidungs- und Handlungsfreiheit von SozialpädagogInnen beschnitten wird und die Schaffung und Akzeptanz von Innovationen behindert werde. Außerdem werden bürokratische Strukturen dafür verantwortlich gemacht, dass auf neu auftretende sozialpädagogische Problemfelder nicht rasch genug reagiert werden könne. Es wird aber auch darauf hingewiesen, dass eine derartige Trägheit auch einen gewissen Schutz vor zu voreiligen Veränderungen biete und dadurch ein kontinuierliches Angebot sozialpädagogischer Unterstützung fördere.

Weiters wurden Teamarbeit und Supervision als wichtige Elemente sozialpädagogischer Praxis im Rahmen der analysierten Artikel von den AutorInnen hervorgehoben. Außerdem wird dargelegt, dass zahlreiche Innovationen sozialpädagogischen Handelns auf die Initiative von kleinen sozialpädagogischen Trägervereinen, die von einzelnen ProfessionistInnen getragen werden, zurückgeführt werden können.

8.2.3. Unterkategorie: Zielgruppen

Für den Subcode „Zielgruppe“ lässt sich festhalten, dass zwei in gewissem Maße zusammengehörige Diskussionsstränge eruiert werden konnten, die ihren Höhepunkt in den Jahren 1999-2001 aufweisen. Diese zwei Themenfelder sind mit den Bezeichnungen Individualisierungstendenzen und Entsolidarisierungstendenzen benannt worden.

Das Phänomen der Individualisierung von Lebensverläufen wird im Diskussionsverlauf immer wieder als widersprüchlich beschrieben, da derartige Individualisierungstendenzen einerseits neue Freiräume eröffnen, indem sich traditionelle, oftmals als das Individuum einengend empfundene Lebensformen und Normen auflösen. Andererseits wird beschrieben, dass mit dieser Entwicklung aber auch Desintegrationserfahrungen einhergehen, da sich aufgrund des Zusammenbruchs althergebrachter sozialer Netzwerke wie der Familie schwerer soziale Anknüpfungsmöglichkeiten bieten würden (EH 1994/3, 27ff; EH 1999/1, 24ff). Als das Schwierige für die Menschen daran wird beschrieben, dass Lebensläufe nicht einfach nur frei und selbstverantwortlich gewählt werden können, sondern aus Mangel an Alternativen – da traditionelle Muster nicht mehr greifen würden (EH 1999/1, 24ff) – autonom gewählt werden müssen. Wobei diese scheinbare Wahlfreiheit durch die jeweiligen soziomateriellen Umstände beeinflusst, im Falle sozialpädagogischer Klientel häufig beschränkt werde. Als Beispiel hierfür wird in einem weiteren Artikel genannt, dass die Menschen durch die Individualisierungstendenzen verstärkt von der Arbeitsmarktsituation und „globalen Risiken“ abhängig seien (EH 1994/3, 27ff; EH 2000/4, 5ff).

An anderer Stelle wird auf die Vielzahl von Lebenskonzepten und Handlungsmöglichkeiten verwiesen (EH 1999/2, 36ff) bzw. die Individualisierung der Gesellschaft als Diversifizierung der Lebenslagen und Lebenswelten bezeichnet, die dazu führe, dass gesellschaftliche Zusammenhänge uneinheitlicher und komplexer geworden sind und damit auch schwerer zu erfassen und zu interpretieren seien (EH 1999/1, 5ff; EH 1999/1, 24ff). So würde sich nicht nur das sehr persönliche soziale Netzwerk der Familie auflösen, sondern auch andere traditionsreiche Gemeinschaften wie zum Beispiel Parteien, Gewerkschaften oder Glaubensgemeinschaften (EH 1999/4, 5ff). Dieser Wegfall von biografischen Vorgegebenheiten und Einschränkungen führe zu einem „alltäglichen Handlungs-, Inszenierungs- und Selbstdarstellungsproblem“, da der Sinn des Lebens nun selbst gefunden wer-

den kann und muss. Erst auf diesem selbstständig gefundenen Lebenssinn aufbauend kann die eigene Biografie entworfen und „gemanagt“ werden (EH 1999/3, 43ff).

Die Entsolidarisierung der Gesellschaft wird in den Artikeln einerseits auf sozialpolitische Einsparungsmaßnahmen zurückgeführt und die damit verbundene Debatte um „Sozial-schmarotzer“ (EH 1990/3, 40ff; EH 2004/3, 23ff) und andererseits auch auf die davor dargestellten Individualisierungstendenzen (EH 1999/1, 5ff; EH 1999/3, 43ff). Jenen, die von einem sozialen Abstieg betroffen oder mit psychosozialen Problemlagen konfrontiert sind, würde nun entgegengehalten werden, dass sie eben zum Beispiel in Bezug auf die Berufswahl, die PartnerInnenwahl oder die Ernährungsgewohnheiten falsche individuelle Lebensentscheidungen getroffen hätten, für deren Folgen sie auch selbst die Verantwortung übernehmen müssten (EH 1999/1, 5ff; EH 2000/4, 5ff).

Diese Entsolidarisierung, so wird in einem anderen Beitrag vermutet, sei vor allem in jenen Teilen der Gesellschaft zu beobachten, die nie auf sozialstaatliche Leistungen angewiesen sein werden oder zumindest von dieser Annahme ausgehen (EH 1999/1, 11ff). Außerdem sei laut den analysierten Artikeln auch eine Differenzierung in legitime und illegitime Hilfsbedürftigkeit zu beobachten. Während es eine große Bereitschaft gäbe bei unverschuldetem Leid, zum Beispiel in der Folge von Naturkatastrophen, Krankheit oder Krieg, zumindest finanziell zur Seite zu stehen, werde die gesellschaftliche Unterstützung bei selbstverschuldeten Notlagen zusehends in Frage gestellt (EH 1999/1, 11ff; EH 1999/1, 27ff).

In Zusammenhang damit ist auch die Verschärfung des Drucks auf arbeitslose Menschen zu sehen, der – wie im Untersuchungsmaterial dargelegt wird – sogar zum Ausschluss besonders benachteiligter Arbeitsloser aus den staatlich finanzierten Unterstützungsnetzwerken führen könne (EH 2000/3, 21ff). Als Grund für diesen drohenden Ausschluss von Hilfsbedürftigen werden die im Rahmen der Finanzierung von den sozialen Einrichtungen verlangten Outputquoten genannt (EH 2000/3, 21ff). Als Folge solcher Prozesse wird eine gewisse Konkurrenz der NutzerInnen um die knapper werdenden Leistungen des Wohlfahrtsstaates beobachtet (EH 1990/3, 40ff).

Abgesehen von den zwei Diskussionssträngen Individualisierung und Entsolidarisierung, deren verdichtete Zusammenfassung eben gerade vorgestellt wurde, konnten noch weitere

Themenfelder im Rahmen der Auswertung der Kategorie „Zielgruppe“ identifiziert werden: Es konnten nämlich induktiv vier diskutierte Strategien ermittelt werden, wie Menschen mit diesen Individualisierungs- und Entsolidarisierungstendenzen umgehen:

1. Verunsicherung und Resignation
2. Selbstgründung von Unterstützungsnetzwerken
3. Anschluss an unverbindliche Wahlgemeinschaften
4. Flucht in Sekten und imaginäre Abstammungsgemeinschaften

Verunsicherung und Resignation stellen die am häufigsten diskutierte Auswirkung von Individualisierungs- und Entsolidarisierungstendenzen dar. Unter diesem Themenfeld wurden nicht nur Beschreibungen zusammengefasst, die sich unmittelbar auf Verunsicherung oder Resignation beziehen (EH 1999/2, 27ff; EH 1999/2, 36ff; EH 2000/4, 5ff), sondern auch Beschreibungen subsumiert, die sich auf Ohnmachtserfahrungen (EH 1992/3, 26ff; EH 1994/3, 27ff), Frustrationen (EH 2000/4, 5ff), Ratlosigkeit (EH 2000/4, 5ff), Demoralisierung (EH 1999/3, 43ff), Ängste (EH 2000/4, 5ff) und den daraus entstehenden psychischen Erkrankungen beziehen (EH 2000/4, 5ff; EH 2004/3, 23ff). Als seelische Krankheitsbilder, die auf die Entsolidarisierung und Individualisierung der Gesellschaft zurückgeführt werden, werden in den Artikel Angstneurosen, Panikattacken und Amokläufe genannt (EH 2000/4, 5ff; EH 2004/3, 23ff).

Als weiterer Diskussionsstrang in Bezug auf die Strategien des Umgangs mit Individualisierungs- und Entsolidarisierungstendenzen ist jener thematisiert, der eine „Flucht in Sekten und imaginäre Abstammungsgemeinschaften“ beschreibt. Mit der Wortfolge „imaginäre Abstammungsgemeinschaften“ sind Konstrukte wie Nation oder Volk (EH 1999/4, 5ff) angesprochen. In diesen Ausführungen des Untersuchungszeitraumes ist vor allem die Rede von Rassismus (EH 1994/3, 27ff; EH 1999/4, 5ff), einer Wiederauflebung von nationalsozialistischer Propaganda (EH 1994/3, 27ff) und einer Hinwendung zu religiösen Sekten (EH 1999/4, 5ff).

Es werden aber auch konstruktivere Umgangsweisen mit den Tendenzen der Individualisierung und Entsolidarisierung beschrieben, zum Beispiel der Anschluss an unverbindliche Wahlgemeinschaften wie Lebensstilgruppen (EH 1999/4, 5ff) und die Selbstgründung von Unterstützungsnetzwerken, unter anderem „selbstorganisierte Kinderbetreuung, alternative

Betriebsformen, politische Solidaritäts- und Aktionskomitees oder unterschiedliche Selbsthilfegruppen“ (EH 1999/4, 5ff), aber auch aktive Widerstandsgruppen (EH 2000/4, 5ff). Diese Initiativen sollen ihren AktivistInnen helfen, die emotionalen und funktionalen Anforderungen des Alltags besser bewältigen zu können beziehungsweise eine alternative Zukunftsvision zur Perspektive eines vereinzelt und unsolidarischen Gesellschaftsmodells zu erarbeiten.

8.2.3.1. Zwischenzusammenfassung

Zusammenfassend für die Kategorie Zielgruppe lässt sich festhalten, dass in Bezug auf die Lebenslagen von NutzerInnen sozialpädagogischer Angebote vor allem gesellschaftliche Entsolidarisierungsprozesse und Individualisierungstendenzen diskutiert werden. Dabei wird die Ansicht vertreten, dass dies zwar neue Freiräume und eine Vielzahl von Handlungsmöglichkeiten eröffne, aber auch, dass mit derartigen Entwicklungen Desintegrationsprozesse einhergehen, da sich traditionelle soziale Netzwerke auflösen und alternative soziale Anknüpfungsmöglichkeiten von den Menschen selbstständig gefunden werden müssten. Dabei wird die Meinung vertreten, dass diese Prozesse zu einer Überforderung gerade bei den Zielgruppen Sozialer Arbeit führen und Verunsicherung, Resignation und psychische Erkrankungen wie Angstneurosen und Panikattacken bzw. Rassismus, eine Hinwendung zu nationalsozialistischer Propaganda und religiösen Sekten begünstigen.

In Bezug auf die Rahmenbedingungen sozialpädagogischer Dienstleistungen wird festgehalten, dass sozialpolitische Einsparungsmaßnahmen dazu führen, dass besonders benachteiligte NutzerInnengruppen aus staatlich finanzierten Unterstützungsnetzwerken vermehrt ausgeschlossen werden. Als Grund hierfür wird vor allem der Umstand angesprochen, dass die von sozialen Einrichtungen verlangten Outputquoten zu einer Konkurrenz der KlientInnen um knapper werdende Leistungen des Wohlfahrtsstaates führen. Besonders benachteiligte Gruppen würden sich in diesem Konkurrenzverhältnis wiederum nicht durchsetzen können. Außerdem wird darauf hingewiesen, dass das Recht auf gesellschaftliche Unterstützungsleistungen für selbstverschuldete Notlagen zusehends in Frage gestellt wird.

8.2.4. Unterkategorie: Konzepte und Methoden Sozialer Arbeit

Bei der Auswertung der Unterkategorie „Konzepte und Methoden Sozialer Arbeit“ konnten 10 relevante Diskussionsstränge für den gesamten Untersuchungszeitraum 1990-2004 herausgefiltert werden. Jenes Themenfeld, das am häufigsten vorkam, war „Vereinbaren statt Anordnen“, gefolgt von „Selbstreflexion auf Seiten der KlientInnen“. Weiters wurden die Bereiche „technizistisches sozialpädagogisches Handeln“, „Strafe/Zwang/Grenzen“, „Exklusion“, „Akzeptanz/Empathie“, „feministische Pädagogik“, „ungelöste Konflikte auf Grundlage psychischer Probleme“, „Freiwilligkeit“ und „gesellschaftspolitische Herangehensweise“ definiert.

Da die vier zuerst genannten Diskussionsstränge die mit Abstand meisten Zuordnungen aufweisen, wird auf sie im Folgenden näher eingegangen. Dabei soll einerseits herausgearbeitet werden, in welchem Zeitraum der jeweils näher betrachtete Themenkreis besondere Relevanz entfaltet und andererseits sollen die diskutierten Inhalte nachgezeichnet werden.

Für das Diskussionsfeld „Vereinbaren statt Anordnen“ lässt sich festhalten, dass es vor allem ab den Jahren 1993-1995 besonders eingehend diskutiert wurde. Danach lässt die Intensität zwar nach, aber es bleibt trotzdem ein relativ präsent Thema.

Im Rahmen der Diskussion wird vor allem zu Beginn des Untersuchungszeitraums darauf eingegangen, dass die Mitbestimmung der KlientInnen während des gesamten Hilfeprozesses von zentraler Bedeutung ist (EH 1990/1, 38). Weiters wird darauf hingewiesen, dass weder verordnete Hilfe noch Belehrung als eine adäquate sozialpädagogische Herangehensweise gesehen werden (EH 1990/4, 6f; EH 1994/3, 27ff), da sie nichts zu einer angestrebten Veränderung der Orientierungsmuster und Verhaltensweisen der AdressatInnen sozialpädagogischer Interventionen beitragen würden (EH 1994/3, 27ff; EH 1995/4, 10ff).

In weiterer Folge wird vor allem auf eine sich etablierende Vereinbarungskultur im Rahmen der Arbeit mit Tatverdächtigen und Geschädigten näher eingegangen (EH 1995/4, 10ff; EH 1995/4, 18ff). Dabei wird eine Hierarchie von Konfliktlösungsmöglichkeiten favorisiert, an deren höchster Stufe der Kompromiss oder Konsens, also die Vereinbarung steht. Die Bevorzugung dieser Herangehensweise wird legitimiert durch die Überlegung, dass eine gerechte Lösung einer Auseinandersetzung nicht von einer höheren Instanz ver-

fügt werden könnte, sondern nur von den beteiligten KonfliktpartnerInnen selbst (mit sozialpädagogischer Unterstützung) erarbeitet werden kann (EH 1995/4, 10ff). Dabei soll eine Lösung gefunden werden, die für beide beteiligten Parteien zufriedenstellend ist (EH 1995/4, 23ff).

Auch in einem anderen Bereich, der bis jetzt der Rechtsprechung vorbehalten war, wird vermehrt auf eine Vereinbarungskultur gesetzt: im Rahmen der Familien- und Pfluggschaftsangelegenheiten sollen außergerichtliche Einigungsversuche und eine sozialpädagogische Begleitung von Streitfällen forciert werden (EH 1995/4, 29ff). Es wird als Ziel der Beratung definiert, dass die Familienmitglieder dabei unterstützt werden sollen ein dialogisches Miteinander zu erlernen, sich auf Auseinandersetzungen einzulassen und eine gelingende Kommunikation zu entwickeln (EH 1998/1, 26ff).

Auch im Bereich der Erziehung Minderjähriger wird eine partnerschaftliche und dialogische Erziehungsbeziehung favorisiert, welche die kindliche Persönlichkeit respektiert sowie Grenzen und Regeln im gemeinsamen Dialog entwickelt. Wobei es als wichtig erachtet wird, dass einmal vereinbarte Regeln auch eingehalten werden, „koste es, was es wolle“. Als Motivation für ein derartiges Verständnis von Erziehung wird angeführt, dass Kinder und Jugendliche durch die Übertragung von Entscheidungskompetenzen zur Mitverantwortung und Selbstständigkeit erzogen werden sollen (EH 1999/4, 27ff).

Außerdem wird Wert darauf gelegt, dass sozialpädagogische Beratungsgespräche in einem gleichberechtigten Dialog erfolgen sollten (EH 1996/2, 13ff) und Erziehung als Prozess der gemeinsamen Verständigung vollführt wird (EH 1997/4, 40ff). Es wird als wichtig beschrieben, dass in der Sozialen Arbeit gemeinsam mit den Betroffenen Lösungsstrategien entwickelt werden, sodass jenen, die von sozialen Problemen betroffen sind, auch die Möglichkeit gegeben wird ihre Wünsche und Bedürfnisse einzubringen (EH 1999/1, 24ff). Dabei wird als ein zentrales methodisches Instrument zur Umsetzung dieses Anspruches genannt, dass mit den KlientInnen Kontrakte geschlossen werden sollten, in denen Ziele und Lernfelder formuliert werden und auf vorhandene Ressourcen eingegangen wird. Wie in der Erziehung von Kindern und Jugendlichen, wird auch in diesem Bereich auf die Einhaltung der einmal formulierten Regeln und Ziele großer Wert gelegt (EH 2000/3, 21ff).

Die Diskussion zur Selbstreflexion beginnt zwar bereits am Anfang des Untersuchungszeitraums, wird hier allerdings in Bezug auf die ProfessionistInnen geführt, indem auf die Relevanz der beruflichen Selbstreflexion hingewiesen wird, deren Ziel die Entwicklung einer kritischen sozialen Handlungskompetenz darstellt, die auch mit den eigenen persönlichen Ängsten und Widersprüchen als Betreuungsperson umgehen kann (EH 1992/3, 4; EH 1992/3, 5ff; EH 1992/3, 26ff).

Selbstreflexion als Lernfeld für KlientInnen sozialer Arbeit wird erst ab dem Jahr 1995 zu einem relevanten Diskussionsstrang und steigt in seiner Bedeutung bis zum Jahr 2004 an. Auch hier beginnt die Auseinandersetzung mit dem Thema im Rahmen einer Diskussion zur sozialpädagogischen Arbeit mit Tatverdächtigen. In diesem Rahmen wird es als wichtig erachtet, die vermutlichen StraftäterInnen zu einer Reflexion über die Hintergründe ihrer Tat anzuregen und sie dabei zu unterstützen. Im Rahmen eines Außergerichtlichen Tausgleiches wird auch das Ausgleichsgespräch mit den Geschädigten dazu genutzt (EH 1995/4, 23ff).

Auch für die feministische Mädchenarbeit wird es als wichtig erachtet den Mädchen Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen, in denen sie sich selbst wahr- und ernst nehmen lernen und ihre Kräfte entdecken. Diese Selbstreflexion soll die Entdeckung der eigenen Persönlichkeit fördern, aber auch zur Auseinandersetzung mit den eigenen Grenzen im Rahmen von erlebnispädagogischen Projekten, von Selbstverteidigungskursen nach WEN DO bis zum kreativen Gestalten, anregen (1996/1, 41ff).

Auch Kindererziehung, so wird diskutiert, sollte mehr durch eine Unterstützung zur Selbstreflexion erfolgen als auf die Beeinflussung von außen setzen (EH 1999/2, 36ff). Es wird für die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen als wichtig erachtet sie zur Selbstreflexion nach konkreten Herausforderungen im physischen, psychischen und sozialen Bereich anzuregen. Es wird gefordert, dass in pädagogischen Settings nicht das Erlebnis selbst, sondern der Umgang mit dem Erlebnis und die Verarbeitung des Erlebnisses im Zentrum stehen sollten (EH 2000/2, 5ff).

Aber auch in der Arbeit mit erwachsenen KlientInnen werden regelmäßige Gespräche mit den KlientInnen, die als Reflexionsinstrument der erfolgten Entwicklungen dienen sollten, als wichtiges Element sozialpädagogischer Tätigkeiten hervorgehoben (EH 2000/3, 21ff).

Auch die Anregung zur Selbstreflexion im Verhältnis zur Gesellschaft wird besonders in der Arbeit mit Randgruppen als bedeutsam unterstrichen (EH 2000/4, 4; EH 2000/4, 9ff). Als eine Möglichkeit der Selbstreflexion und auch der Erprobung daraus resultierender neuer Handlungsentwürfe wird die Theaterpädagogik eingebracht (EH 2000/4, 5ff), da sie „am Wahrnehmen, am Verlangsamten von Lernprozessen, der Unterbrechung von Automatismen und dem Abarbeiten von Widersprüchen und Widerständen“ orientiert sei (EH 2000/4, 9ff). Sie soll dabei unterstützen sich die eigenen Grenzen bewusst zu machen (EH 2000/4, 26ff) und verschüttete Wünsche und Träume zu entdecken (EH 2000/4, 29ff).

Für den Diskussionsstrang „Strafe/Zwang/Grenzen“ ist festzuhalten, dass er vor allem ab dem Jahr 1998 an Relevanz gewinnt.

Dazu ist allerdings anzumerken, dass die Diskussionslinien über den Themenkomplex durchaus auseinandergehen. So wird zum Beispiel über Strafe als illegitimes Mittel in der Kindererziehung diskutiert (EH 1993/1, 18ff), aber auch über Strafe im Kontext der Verfolgung von pädophilen Straftätern oder Gewalt in der Familie. Im Zusammenhang damit wird darauf hingewiesen, dass sozialpädagogische Arbeit mit Pädophilen gar nicht zum Zug kommen könnte, wenn nicht die Drohung einer gesellschaftlichen Sanktionierung im Hintergrund stünde. Aus diesem Grund wird auch angemerkt, dass eine rechtliche Strafanandrohung in manchen Kontexten durchaus ihren Sinn haben kann, da sie dem Täter den Boden der Berechtigung entzieht und damit die Grundlage für eine sozialpädagogische Intervention schaffen kann (EH 1993/1, 18ff).

Auch beim Außergerichtlichen Tatausgleich, der ja eigentlich eine Abwendung vom System der Bestrafung darstellt, steht die Strafanandrohung im Hintergrund des Geschehens, da bei Nichtgelingen einer Einigung zwischen Tatverdächtigen und Geschädigten der Fall ans Gericht zurückgegeben wird und damit eine Rechtsstrafe im Bereich des Möglichen liegt. Insofern kann auch hier die bloße Androhung von Strafe für die möglichen TäterInnen eine gewisse Motivation darstellen am Außergerichtlichen Tatausgleich konstruktiv mitzuwirken (EH 1995/4, 18ff).

Auch in der sozialpädagogischen Mädchenarbeit wird Zwang, nämlich die erzwungene Abwesenheit der Buben oder zumindest die „Abgabe ihrer Macht“ als konstruktives Mittel betrachtet, da dies den Mädchen bessere Entwicklungschancen eröffne und ihnen die Mög-

lichkeit gebe sich ihren eigenen Bedürfnissen zu widmen (1996/1, 41ff). Auch in der erzieherischen Tätigkeit mit kleinen Kindern wird eine konstruktive Variante von Zwang hervorgehoben. Es wird nämlich in Anlehnung an Jirina Prekop berichtet, dass der Bewegungsdrang von Babys und Kleinkindern gehemmt werden sollte, da diese mit ihrer Freiheit noch nicht gezielt und bewusst umgehen könnten. Es wird weiters das Recht auf Freiheit und einen eigenen Willen von Kindern in Frage gestellt, mit der Begründung, dass sie dadurch ihrer eigenen Unruhe ausgeliefert seien. Dabei wird der Eigensinn eines Kindes zwar als verständlich gesehen, aber eben auch als Hindernis auf dem Weg zur „Normalität“ (EH 1998/1, 35ff). Grenzen und Strukturen werden als wichtige Pfeiler der Erziehung betrachtet (EH 1998/1, 35ff; EH 1999/4, 13f; EH 1999/4, 27ff), wobei darauf hingewiesen wird, dass auch die Erziehenden sich ihrer persönlichen Grenzen bewusst sein sollten (EH 1999/4, 13f) und den Grenzen der Kinder mit Respekt begegnen müssen (EH 1999/4, 27ff). Als besonders wichtig wird hervorgehoben, dass es bei einmal festgelegten Grenzen keine Ausnahmen geben darf (EH 1999/4, 27ff).

Ab dem Jahr 1999 ist eine Steigerung der Berichte über die Kriminalisierung von sozialen Randgruppen zu erkennen. So wird zum Beispiel auf die Tendenz aufmerksam gemacht, dass Obdachlose, Punks oder andere Jugendsubkulturen, BettlerInnen und Drogenabhängige als Bedrohung bzw. Belästigung empfunden werden und mit diesem Argument aus dem öffentlichen Raum verdrängt und kriminalisiert werden (EH 1999/2, 28ff; EH 2000/1, 32ff). Auf diese Beobachtung trifft wohl jener Abschnitt eines untersuchten Artikels zu, in dem die Meinung vertreten wird, dass sozial benachteiligte und ausgegrenzte Personen oftmals deswegen bevormundet werden, da sie selbst über keine sozial anerkannten Artikulationsmöglichkeiten verfügen würden (EH 1999/1, 24ff).

Auch im Rahmen der Diskussion zum technizistischen sozialpädagogischen Handeln ist anzumerken, dass im Rahmen des Untersuchungszeitraumes unterschiedliche Standpunkte zum Thema vertreten werden. So wird zum Beispiel kritisiert, dass sozialpädagogische Arbeit des Öfteren als Reparaturwerkstätte zum Ausgleich für menschenunwürdige Zustände und als Feuerwehr für gesellschaftliche Brände gesehen werde (EH 1994/3, 27ff; EH 1996/1, 41ff). Doch auch im Bereich der Kindererziehung, der ja wahrlich nicht per se als gesellschaftliches Problemfeld begriffen werden kann, wird eine technokratische Herangehensweise diskutiert. So wird zum Beispiel ein Verständnis von Pädagogik kritisiert,

das von einem kausalen Zusammenhang zwischen erzieherischen Anweisungen und kindlichem Verhalten ausgeht (EH 1999/2, 36ff) und vorgibt die „passende Rezeptur“ und auch „die exakte Dosierung und den richtigen Verabreichungszeitpunkt“ für pädagogisches Handeln zu kennen (EH 1999/4, 27ff). Viele AutorInnen von Erziehungsratgebern, so wird kritisiert, würden allerdings suggerieren im Besitz oben genannter Weisheiten zu sein und damit Erziehung zumindest implizit als „Herstellen, Machen und Zurichten“ begreifen (EH 1999/4, 27ff).

An anderer Stelle wird bemängelt, dass im Rahmen der Erlebnispädagogik manchmal fälschlicherweise davon ausgegangen wird, dass das Erlebnis an sich eine heilsame Wirkung hätte (EH 2000/2, 5ff). Dieser Annahme wird gegenübergestellt, dass der Mensch nicht als triviale Maschine mit einfachen Input-Output-Mechanismen aufgefasst werden kann, weswegen auch nicht davon ausgegangen werden könne, dass wenn Menschen in eine bestimmte Situation geraten, ein bestimmtes Erlebnis und in weiterer Folge eine bestimmte Lernerfahrung herauskomme (EH 2000/2, 5ff).

In Bezug auf die Managerialisierung Sozialer Arbeit wird die Befürchtung geäußert, dass durch eine zu starke Rationalisierung und Kontrolle sozialpädagogischer Interaktionen das Verständnis von Erziehung als gemeinsame Verständigung verdrängt werde, zugunsten von technizistischem erzieherischen Handeln (EH 1997/4, 40ff). An anderer Stelle wird dazu passend argumentiert, dass ein derartiges Verständnis von Erziehung und Bildung leicht für ökonomische Zwecke funktionalisiert werden könne (EH 1999/4, 5ff).

Als Beispiel einer eher technizistischen Herangehensweise in sozialpädagogischen Settings kann ein Bericht über die „Regelbetreuung“ von arbeitslosen Menschen herangezogen werden. In diesem Bereich ist sehr genau geregelt, in welcher Reihenfolge und mit welchem Inhalt pädagogische Angebote bereitgestellt werden und von den KlientInnen angenommen werden müssen. So sieht die Regelbetreuung etwa vor, dass Arbeitslose nach vier bis sechs Wochen Erwerbslosigkeit einen Impulstag besuchen müssen, um daran anschließend nach zwölf- bis sechswöchiger Arbeitslosigkeit an einem Jobcoaching teilzunehmen und kurz vor Auslaufen der Notstandshilfe zu einer Ressourcenpoolteilnahme aufgefordert zu werden (EH 2000/3, 15ff). Ein individuelles Eingehen auf die Problemstellungen einzelner KlientInnen sei in diesem Setting nicht vorgesehen, vielmehr werde erwartet, dass

sie selbst dazu fähig sind, sich aus dem allgemeinen Angebot für sie brauchbare Angebote mitzunehmen (EH 2000/3, 15ff). Außerdem wird kritisiert, dass Angaben über die individuelle Situation der NutzerInnen mitunter dazu missbraucht werden, Menschen von Leistungen auszuschließen, weil sie zum Beispiel aufgrund von Betreuungspflichten, psychischen Problemen o.ä. dem Arbeitsmarkt nicht in gefordertem Ausmaß zur Verfügung stehen können (EH 2000/3, 15ff).

8.2.4.1. Zwischenzusammenfassung

Zusammenfassend für die Kategorie Konzepte und Methoden Sozialer Arbeit kann festgehalten werden, dass in den analysierten Artikeln eine Vereinbarungskultur mit den AdressatInnen pädagogischer Interventionen favorisiert wird. Dieser Haltung liegt die Annahme zugrunde, dass sich verordnete Hilfeprozesse für eine angestrebte Verhaltensänderung als hinderlich erwiesen haben. Besonderer Wert wird in der Diskussion darauf gelegt, dass einmal vereinbarte Ziele und Regeln auch von den KlientInnen Sozialer Arbeit eingehalten werden müssen. Als methodisches Instrument dieser Vereinbarungskultur wird auf die Möglichkeit verwiesen Kontrakte zwischen NutzerInnen und LeistungserbringerInnen zu schließen.

Kontrovers diskutiert werden die Themen Strafe, Zwang und Grenzen. So wird Strafe für einen Teil pädagogischer Settings (z.B. Kinder- und Jugendarbeit) als illegitimes Mittel kritisiert, während aber auch herausgearbeitet wird, dass eine Strafandrohung in anderen Arbeitsfeldern erst die Grundlage für sozialpädagogische Interventionen schaffe (z.B. Straffälligenhilfe, Außergerichtlicher Tatausgleich). Grenzen und Strukturen wiederum werden als wichtige Pfeiler jedweder Erziehungsversuche diskutiert, besonderer Wert wird hierbei darauf gelegt, dass einmal festgelegte Grenzen auch Gültigkeit haben sollten.

Als Auswirkung der Ökonomisierung sozialpädagogischen Handelns wird in den analysierten Artikeln herausgearbeitet, dass eine zu starke Rationalisierung und Kontrolle sozialpädagogischer Interaktionen zu einer Technologisierung sozialpädagogischer Interventionen führe und einem Verständnis von Erziehung als gemeinsame Verständigung abträglich sei. Dabei wird vor allem eine Herangehensweise kritisiert, die auf kurzfristige und kurzweilige Interventionen setzt und von trivialen Input-Output-Mechanismen menschl-

chen Handelns ausgeht. Dem wird die Notwendigkeit einer individuellen Fallbearbeitung gegenübergestellt.

8.3. Zusammenfassung

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass in den analysierten Zeitschriftenartikeln als Grund für Privatisierungs-, Liberalisierungs- und Managerialisierungstendenzen Sozialer Arbeit der Umstand diskutiert wird, dass durch private Einrichtungen sozialpädagogische Tätigkeiten kostengünstiger angeboten werden können. Außerdem wird mit diesen Tendenzen die Hoffnung auf einen Abbau von Bürokratien und Hierarchien verbunden. (vgl. 8.1.1.) In den Zeitschriftenartikeln wird darauf hingewiesen, dass bürokratische Strukturen die Entscheidungs- und Handlungsfreiheit von SozialpädagogInnen beschneiden und die Erprobung und Etablierung neuer, innovativer sozialpädagogischer Handlungsmethoden behindern (vgl. 8.2.2.) Es ist an dieser Stelle jedoch anzumerken, dass auch die Etablierung von Qualitätshandbüchern und Tätigkeitsdokumentationen im Rahmen der Managerialisierung als Beschneidung des professionellen Ermessensspielraums von SozialpädagogInnen beschrieben wird (vgl. 8.1.5.). Weiters werden zu stark ausgeprägte Sozialbürokratien dafür verantwortlich gemacht, dass auf neu auftretende Problemlagen nicht rasch genug reagiert werden kann. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass dieser Umstand auch als Schutz vor vorschnellen Veränderungen dient, durch den die Kontinuität sozialpädagogischer Leistungserbringung gesichert ist. (vgl. 8.2.2.)

Als Folge der Ökonomisierungstendenzen wird in den Zeitschriftenartikeln der Umstand erörtert, dass durch die gering gehaltenen finanziellen Mittel das Spannungsfeld zwischen Kostendruck und Versorgungspflicht, in dem sich sozialpädagogische Handlungsfelder befinden, verschärft wird.³⁰ Dies wiederum hat laut den analysierten Artikeln zur Folge, dass eine Auswahl unter den Hilfesuchenden getroffen werden muss. (vgl. 8.1.1.) Es wird außerdem festgehalten, dass es dadurch und durch die von den Einrichtungen verlangten Outputquoten zu einer Konkurrenz unter NutzerInnen um knapper werdende Leistungen

³⁰ Wobei an dieser Stelle darauf hingewiesen werden sollte, dass die Finanzierungssituation sozialpädagogischer Angebote über den gesamten Untersuchungszeitraum als unsicher beschrieben wird, unabhängig vom Fördersystem (vgl. 8.1.4.).

des Wohlfahrtsstaates kommt³¹ (vgl. 8.2.3.). Weiters wird darauf hingewiesen, dass durch eine Privatisierung sozialpädagogischer Unterstützungsangebote die Verbindlichkeit der Leistungserbringung verloren gehe, da private Einrichtungen im Gegensatz zu jenen der öffentlichen Hand keiner Handlungspflicht unterliegen, wenn ihnen ein Missstand gemeldet wird. (vgl. 8.1.1.)

Mit den Umstrukturierungen des Fördersystems für sozialpädagogische Leistungserbringer wird in den analysierten Zeitschriftenartikeln die Hoffnung verbunden, dass sie sich positiv auf die Qualität und Vielfalt sozialpädagogischer Angebote auswirken³² (vgl. 8.1.1.; 8.1.2.) und zur Steigerung der Effizienz in der Leistungserbringung sowie zu gerechten Wettbewerbsbedingungen bei der Vergabe von öffentlichen Geldern führen. Es wird jedoch auch darauf hingewiesen, dass traditionelle und etablierte sozialpädagogische Einrichtungen bessere Chancen bei der Auftragsvergabe haben. (vgl. 8.1.3.) Außerdem wird in den analysierten Artikeln insbesondere mit einer Dienstleistungsorientierung Sozialer Arbeit vor allem die Forderung nach einer verstärkten KlientInnenorientierung und KundInnenfreundlichkeit sowie einer breiteren Mitbestimmung der NutzerInnen sozialpädagogischer Angebote verbunden (vgl. 8.1.2.).

Im Rahmen der Diskussionen der analysierten Zeitschriftenartikel rund um das Thema Qualität werden einheitliche Mindeststandards und eine nutzerInnenorientierte Qualitätssicherung gefordert, die durch eine Mitbestimmung der KlientInnen Sozialer Arbeit bei der Definition von Qualitätsmerkmalen unterstützt werden soll. Über die momentane Praxis von Qualitätssicherungsverfahren wird berichtet, dass sie sich oftmals zu sehr an den Interessen der AuftraggeberInnen orientieren, in dem sie z.B. eine Dokumentation aller Arbeitsschritte vorsehen, um den AuftraggeberInnen einen Einblick in die Tätigkeit sozialpädagogischer Einrichtungen zu geben. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass derartige Dokumentationen viel Zeit in Anspruch nehmen und unter den Bedingungen einer ohnehin geringen Betreuungsdichte dazu führen, dass die Betreuungstiefe sozialpädagogischer Interventionen zurückgeht. (vgl. 8.1.5.) Eine zu starke Rationalisierung und Kontrolle sozialpädagogischer Tätigkeiten wird auch deswegen als kritisch angesehen, da

³¹ Als Folge von Ökonomisierungstendenzen wird in den analysierten Artikeln generell auch angesprochen, dass durch sie gesellschaftliche Zusammenhänge in eine leistungs- und konkurrenzorientierte Richtung gelenkt werden (vgl. 8.1.3.).

³² Tatsächlich ließ sich im Rahmen der Zeitschriftenanalyse zumindest ein Anstieg der diskutierten Arbeitsfelder feststellen (vgl. 8.2.1.).

in den analysierten Artikeln davon ausgegangen wird, dass sie zu einer Technologisierung Sozialer Arbeit führen und einem Verständnis von Erziehung als gemeinsame Verständigung abträglich sind; in Bezug darauf werden vor allem kurzfristige und kurzweilige Interventionen als unzureichend abgelehnt. (vgl. 8.2.4.)

Über konkrete Maßnahmen im Rahmen der Etablierung der Neuen Steuerung wird berichtet, dass die Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und Leistungserbringer sowie die Ausgestaltung und Konzeption der sozialpädagogischen Leistungserbringung durch klare Aufgabendefinition und gesetzliche Grundlagen geregelt ist (vgl. 8.1.1.). Zentrales Instrument für die Regelung der Aufgabendefinition in Bezug auf Rahmenbedingungen, Kosten und Ziele stellen Kontrakte dar. In diesen werden auch angestrebte Output- bzw. Vermittlungsquoten, Art und Umfang von Tätigkeitsdokumentationen sowie Qualitätsstandards festgelegt (vgl. 8.1.3.).

Außerdem wird im Rahmen der untersuchten Artikel darauf eingegangen, dass auch die Zusammenarbeit mit den NutzerInnen sozialpädagogischer Tätigkeiten vermehrt über Kontrakte und Leistungsverträge geregelt ist. Dies wird positiv gesehen, da dadurch auch die Rechte der KlientInnen klar festgehalten und somit einklagbar sind. (vgl. 8.1.2.) In der Diskussion zu dieser Vereinbarungskultur wird einerseits hervorgehoben, dass sie auf eine dialogische Entscheidungsfindung bauen sollte. Andererseits wird aber auch betont, dass einmal vereinbarte Ziele und Regeln von den KlientInnen auch eingehalten werden müssen. (vgl. 8.2.4.)

Breiten Raum im Rahmen der analysierten Artikel nimmt die Auseinandersetzung mit den Lebenslagen der Zielgruppen sozialpädagogischer Interventionen ein. Im Zuge dieser Debatte konnten vor allem die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Individualisierungs- und Entsolidarisierungsprozessen als dominante Diskussionsstränge beobachtet werden. Dabei wird die Meinung vertreten, dass diese Tendenzen zu einer Überforderung gerade der Zielgruppen sozialpädagogischer Tätigkeiten und in weiterer Folge zu Verunsicherung, Resignation und psychischen Erkrankungen führe. (vgl. 8.2.4.)

9. Interpretation der Untersuchungsergebnisse

Im Folgenden wird nun der Versuch unternommen die im Kapitel 8 dargestellten Ergebnisse der Zeitschriftenanalyse mit dem in den Kapiteln 2, 3 und 4 erarbeiteten theoretischen Wissensbestand in Verbindung zu setzen. Zu diesem Zweck soll an dieser Stelle nochmals die genaue Fragestellung der Diplomarbeit wiedergegeben werden:

„Welche Bedeutung hat die Ökonomisierung des Sozialen für die Darstellung von sozialpädagogischem Handeln, seinen Handlungsfeldern und Zielgruppen in der Zeitschrift ‚Erziehung Heute‘ der Jahre 1990-2004?“

An der Diskussion rund um das Thema der Privatisierung und Liberalisierung Sozialer Arbeit konnte als besonders auffälliges Phänomen die Konzentration der Debatte auf die Jahre 1998-2000 herausgearbeitet werden. Nun stellt sich im Anschluss daran die Frage, warum gerade in dieser zeitlichen Spanne eine Verdichtung der Auseinandersetzung zum Thema zu beobachten ist.

Eine Erklärung hierfür könnte ein Höhepunkt der globalisierungskritischen Bewegung sein, da in ihrem Rahmen unter anderem auch über Tendenzen und Grenzen der Privatisierung und Liberalisierung öffentlichen Eigentums und staatlicher Aufgaben aus einem kritischen Blickwinkel reflektiert wurde. Durch den ersten Höhepunkt der Bewegung 1999 bei den Demonstrationen in Seattle kam es zu einer breiten, auch in den Medien berichteten Debatte über internationale Abkommen wie zum Beispiel das GATS (General Agreement on Trade and Services) (Behörde für Inneres, o.J.; George 2000, 1; Kapitel 2.). Eine Interpretation, die den Höhepunkt der Diskussionen im Untersuchungsmaterial in Verbindung zu dieser skizzierten Entwicklung setzt, scheint also durchaus legitim zu sein.

Eine andere Erklärung könnte sein, dass sich die bevorstehenden rechtlichen Veränderungen bezüglich des Förderungssystems durch das geplante Bundesvergabegesetz 2002 in den Artikeln niederschlagen.

Als ein Grund für die Privatisierung und Liberalisierung Sozialer Arbeit werden in den analysierten Zeitschriftenartikeln Kosten-Nutzen-Kalküle genannt. Für sozialpädagogisches Handeln könnte dies nicht nur einen verstärkten Druck im Rahmen der Finanzierung

von Leistungsangeboten bedeuten, sondern auch im Umgang mit KlientInnen. In Bezug darauf wird vor allem herausgearbeitet, dass soziale Einrichtungen den entstehenden Kostendruck an ihre Klientel weitergeben (müssen) und deswegen zum Beispiel auf intensive Betreuungskontakte verzichten. Eine Verringerung der Betreuungstiefe sozialpädagogischer Angebote konnte in diesem Zusammenhang auch von Ranftler (2006, 14/21) im Rahmen einer empirischen Studie beobachtet werden (vgl. Kapitel 4.7.).

Insgesamt kann für die Debatte im Rahmen der untersuchten Quellen zur Privatisierung und Liberalisierung Sozialer Arbeit gesagt werden, dass sie sehr ambivalent geführt wurde. Es werden damit durchaus Hoffnungen auf die Entwicklung von mehr Vielfalt und Flexibilität sozialpädagogischer Herangehensweisen, auf die Befreiung von bürokratischen Auflagen und auf die Möglichkeit einer vertieften Auseinandersetzung mit den Problemlagen der NutzerInnen Sozialer Arbeit verbunden. Derartige Folgen wären im Kontext der Debatte über eine Professionalisierung sozialpädagogischer Arbeit als durchaus positiv zu verorten, da im Rahmen dieser diskutiert wird, dass sozialpädagogische Handlungen vornehmlich Bildungsprozesse eröffnen sollten und als Voraussetzung hierfür eine intensive Auseinandersetzung mit den Problemlagen und Rahmenbedingungen der KlientInnen benennen (Galuske 2002a, 23ff, 26ff; Geißler 2001, 1045f; Geißler/Hege 2001, 25; Kirchhöfer 2004, 89; vgl. Kapitel 3.3.).

Es gibt auf der anderen Seite aber auch die Befürchtung, dass durch Privatisierungs- und Liberalisierungstendenzen pädagogische Interventionen zu technokratischen Beeinflussungsbemühungen verkommen. In Zusammenhang damit wird beobachtet, dass sich die Betreuungstiefe sozialpädagogischer Interventionen verringert und es aufgrund des Kostendrucks zu einem Ausschluss von Hilfsbedürftigen aus dem Betreuungsangebot kommen kann. Derartige Folgen werden auch im Rahmen des Kapitels 4 dieser Arbeit diskutiert, in dem darauf hingewiesen wird, dass aufgrund von Umstrukturierungen die fachliche Qualität sozialpädagogischer Leistungen, die Reflexion über die Ziele sozialpädagogischer Interventionen sowie über die gesellschaftlichen Ursachen sozialer Problemlagen in den Hintergrund rücken und stattdessen vor allem Kosten-Nutzen-Überlegungen den sozialpädagogischen Alltag bestimmen. (vgl. exemplarisch Schöppl 2006, 103ff; Dohnhauser 2005, 22ff; Schnurr 2004, 240; Köpp/Neumann 2003, 42, 45)

Derartige Entwicklungen werden im Rahmen einer sozialpädagogischen Professionalisierungsdebatte als Folge eines zu engen Verständnisses sozialpädagogischer Handlungsmethoden diskutiert, die zu standardisierten Handlungskatalogen führe, welche der Komplexität sozialpädagogischer Praxis nicht gerecht werden können. Als Wurzel einer derartigen Herangehensweise wird vor allem der Wunsch nach schnellen (und damit kostengünstigen) Lösungen sozialer Problemlagen gesehen. (Galuske 2002a, 24, 27; Helsper 2007, 21; Geißler/Hege 2001, 30; Galuske/Müller 2005, 486, 491; Hörster 2007, 39; Müller 2001, 1194f; Kirchhöfer 2004, 93)

Die Diskussion rund um eine Dienstleistungsorientierung Sozialer Arbeit wurde in den untersuchten Artikeln der Zeitschrift „Erziehung Heute“ vor allem im Zeitraum 1996-1999 geführt. Sie kann somit als Vorspann für die Debatte rund um die Privatisierung und Liberalisierung Sozialer Arbeit gedeutet werden, die in den bearbeiteten Quellen von 1998-2000 federführend war. Hinter dieser Debatte steht vor allem das Anliegen pädagogische Leistungen flexibler und möglichst nah an den Bedürfnissen der NutzerInnen zu gestalten. Dies geschieht maßgeblich durch eine kritische Abhandlung mit der Bürokratisierung des Wohlfahrtsstaates, als deren möglicher Ausweg eine verstärkte KundInnenorientierung und KundInnenfreundlichkeit postuliert wird. Als besonders zentral in der Argumentation konnte die geforderte Wahlfreiheit für KundInnen sozialpädagogischer Dienstleistungsangebote herausgearbeitet werden. Diese – so die Vorstellung der AutorInnen – solle den sozialen Dienstleistungsmarkt durch Angebot und Nachfrage regeln. Bakic (2007, 108) jedoch weist darauf hin, dass eine derartige Herangehensweise seiner Meinung nach aber durchaus auch Nachteile mit sich bringen könnte, da im Rahmen der Konkurrenz um KundInnen traditionelle pädagogische Anliegen wie „Grenzen setzen“ und „Besser Wissen“ eventuell ersetzt werden durch „ein geiles Edutainmentangebot“, das mitunter weit weniger tief greifend sein könnte. (Bakic 2007, 108; Kapitel 2.3.)

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Grundtenor der analysierten Artikel einer verstärkten Dienstleistungsorientierung Sozialer Arbeit durchaus positiv gegenübersteht. Grund hierfür ist vor allem die Annahme, dass dadurch – im Gegensatz zu einer kritisierten Bürokratisierung des Wohlfahrtsstaates – pädagogische Leistungen flexibler und den Bedürfnissen der NutzerInnen entsprechend gestaltet werden könnten sowie die Rechte von KlientInnen gestärkt werden könnten. Diese positive Haltung gegenüber einer Dienstleis-

tungsorientierung Sozialer Arbeit gründet sich jedoch hauptsächlich auf einer Erwartungshaltung und weniger auf konkret beobachtbare Folgen.

In den untersuchten Artikeln wird berichtet, dass sich durch die Einführung der Neuen Steuerung die Aufmerksamkeit sozialpädagogischer Dienstleistungserbringer auf die Lukrierung finanzieller Mittel konzentriert und dadurch fachlich-pädagogische Diskussionen in den Hintergrund treten. Außerdem wird die Ansicht vertreten, dass eine verstärkte Orientierung an der Effektivität und Effizienz der erbrachten Leistungen zu befürworten ist, da die Nachfrage nach sozialpädagogischen Unterstützungsleistungen steige, während das Angebot stagniert.³³ Dies wiederum könnte als Erklärung dafür gesehen werden, dass sich eine Qualitätsdiskussion in der Sozialpädagogik etablieren konnte, die von fachfremden Termini und Herangehensweisen geprägt ist (Kapitel 2.2.3.; Bakic 2006, 1; Köpp/Neumann 2003, 19; Galiläer 2005, 153). Grundsätzlich kann jedoch festgehalten werden, dass die AutorInnen der untersuchten Artikel Managerialisierungstendenzen nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen, sondern vor allem die Hoffnung nach erhöhter Effektivität und Effizienz sozialpädagogischer Leistungserbringung damit verbinden. Die Maßnahmen der Managerialisierung, die im Rahmen der Darstellung der Untersuchungsergebnisse aufgezählt werden (Kapitel 8.1.3.), werden dabei als Mittel zur Effizienzsteigerung gesehen. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass im Rahmen der wissenschaftlichen Diskussion, die in den Kapiteln 2, 3 und 4 dargelegt wurde, auch diskutiert wird, dass derartige Maßnahmen zu einer technokratischen Herangehensweise führen, deren Anliegen vordergründig die Normalisierung und Kontrolle sozialer Randgruppen ist. Die genuin pädagogische Orientierung an Sinn stiftenden, Perspektiven eröffnenden und Selbstreflexion fördernden Interventionen hingegen dürfte dabei in den Hintergrund rücken (Kapitel 3.; v. a. Kapitel 3.3.). Inwiefern derartige Annahmen sich bewahrheiten, konnte jedoch anhand der Zeitschriftenanalyse nicht geklärt werden.

Die in der Beschreibung der Unterkategorie beklagte Kurzfristigkeit der Finanzierungsmodelle sozialpädagogischer Leistungen hat nicht nur Auswirkungen auf die wirtschaftliche Planung der freien Träger, sondern auch auf die Erbringung Sozialer Arbeit. Sie verunmöglicht eine langfristig angelegte Beziehungsplanung zwischen SozialpädagogInnen und Klienten.

³³ Über konkrete Auswirkungen aufgrund von Managerialisierungstendenzen wird jedoch nicht berichtet.

tInnen und führt damit zu einer gewissen Unsicherheit und Instabilität der Betreuungszusammenhänge. Gepaart mit einer jährlichen Erfolgsprüfung, die sich vor allem an quantitativen Kriterien wie bearbeitete Fallzahlen oder Outputraten orientiert, ergibt sich der Eindruck, dass soziale Einrichtungen möglichst schnelle Normalisierungsverläufe herbeiführen sollen. Eine Orientierung am raschen Erfolg kann jedoch leicht mit dem Anliegen einer Handlungsoptionen und Bildungsprozesse eröffnenden sozialpädagogischen Intervention in Widerspruch geraten (Galuske 2002a, 23; Kirchhöfer 2004, 89; Galuske/Müller 2005, 490).

Im Rahmen der Darstellung der Untersuchungsergebnisse konnte in Bezug auf die Diskussion des Themas Qualität und Qualitätsmanagement ein Spannungsfeld zwischen der Forderung nach Mindeststandards und verstärkter Qualitätssicherung und eine Kritik an Qualitätsmanagement herausgearbeitet werden. Eine kritische Sichtweise beklagt vor allem den Umstand, dass durch die vermehrten administrativen Aufgaben im Bereich der Qualitätsüberprüfung zeitliche Ressourcen für die direkte Arbeit mit den KlientInnen verloren gehen. Weiters wird bemängelt, dass sich die etablierte Vorgehensweise der Qualitätssicherung vor allem an den Interessen der Auftraggeber und weniger an den Bedürfnissen der AdressatInnen orientiere. Es könnte also in Bezug auf die Auswirkungen von Qualitätssicherungssystemen der Schluss gezogen werden, dass im Spannungsfeld des Doppelten Mandats die Interessen der NutzerInnen zugunsten der Anliegen der AuftraggeberInnen vernachlässigt werden (müssen). (Kapitel 2.2.3.; Kapitel 3.)

Jene, die im Rahmen der untersuchten Artikel die Forderung nach Mindeststandards und einen Ausbau der Qualitätssicherung aufstellen, scheinen hier aber sehr wohl positive Entwicklungen für die KlientInnen Sozialer Arbeit zu erwarten. Die fehlende Spezifizierung von Vorstellungen, welche Mindeststandards festgelegt werden sollten beziehungsweise über den konkreten Ablauf einer aus sozialpädagogischer Sicht gelingenden Qualitätssicherung weist allerdings auf ein anderes Problemfeld bezüglich dieser Thematik hin. Diese Lücke in der Diskussion könnte die These von Köpp und Neumann (2003, 19) stützen, dass die Herangehensweise eines Qualitätsmanagements unter ökonomistischen Vorzeichen nicht so leicht an den „genuinen Reflexionsbestand und das Methodenrepertoire“ sozialpädagogischen Handelns anknüpfbar ist (vgl. Kapitel 2.2.3.).

Für die sozialpädagogische Theorienbildung und Praxis stellt sich damit gleichermaßen die Aufgabe, eine Qualitätssicherung, die genuin sozialpädagogische Anliegen ignoriert, entweder abzuwehren oder in Formen zu transformieren, die aus sozialpädagogischer Sicht sinnvoll erscheinen (vgl. hierzu Galiläer 2005, 152ff).

Im Rahmen der Darstellung zur Entwicklung der Nennung sozialpädagogischer Arbeitsfelder in der Zeitschrift „Erziehung Heute“ für den Untersuchungszeitraum 1990-2004 konnte herausgearbeitet werden, dass es im Laufe des Untersuchungszeitraumes zu einem sprunghaften Anstieg der Anzahl der diskutierten sozialpädagogischen Arbeitsfelder gekommen ist. Nun stellte sich im Rahmen der Interpretation die Frage, wie sich dieser Umstand, vor allem mit den Rahmenbedingungen der Ökonomisierung im Hinterkopf behaltend, erklären lässt.

Ein Interpretationsansatz könnte die Ausdifferenzierung der Arbeitsfelder im Zusammenhang mit der Ökonomisierung des Sozialen dadurch erklären, dass soziale Dienstleistungsanbieter, um im „Wettbewerb im Markt“ (Kapitel 2.1.2.; Dickhaus/Dietz 2004, 6) bestehen zu bleiben, ein klares abgrenzbares Profil entwickeln müssen, eine „Produktpalette“ (Kapitel 2.3.; Bakic 2007, 114), die sie in eine gute Position am Sozial-Markt versetzt. Im Rahmen dieser Interpretation wäre der Grund für die Ausweitung der Arbeitsfelder also eine notwendige Spezialisierung, die einen Vorteil im Rahmen des Wettbewerbs um KlientInnen bietet.

Unter Beachtung der großen Vielfalt der Angebote dürfte sich die Annahme von Hammer (2006, 3; Kapitel 2.1.), dass sich Soziale Arbeit aufgrund ihrer gegenwärtigen Rahmenbedingungen zu einer bloßen Armenfürsorge rückentwickelt, als nicht haltbar erweisen; zumindest dann, wenn gewährleistet ist, dass diese Vielfalt der Arbeitsfelder auch vielfach und ohne finanzielle Hürden genutzt werden kann. Eine wichtige Frage, die im Rahmen dieser Untersuchung nicht beantwortet werden kann, ist allerdings, an welche NutzerInnen sich jene vielfältigen sozialpädagogischen Angebote richten und inwiefern die Kaufkraft potenzieller KlientInnen dabei eine Rolle spielt.

Für die Unterkategorie „Zielgruppe“ hat sich als markantes Ergebnis gezeigt, dass sich die Diskussion über Zielgruppen sozialpädagogischer Leistungen hauptsächlich mit Individualisierungstendenzen und damit verbundenen Entsolidarisierungstendenzen auseinander-

setzt. Hier wiederum zeigt sich der Zeitraum von 1999-2001 als Höhepunkt der Diskussion.³⁴ Als Folgen für sozialpädagogisches Arbeiten sind die Unterscheidung zwischen legitimer und illegitimer Hilfsbedürftigkeit und die daran anknüpfenden Exklusionstendenzen dargestellt worden. Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass derartige Entwicklungen zu einer Konkurrenz zwischen den KlientInnen um knapper werdende sozialstaatliche Leistungen beitragen (Böllert 2004, 125).

Im Zusammenhang mit der Diskussion rund um die Situation von Zielgruppen sollte außerdem hervorgehoben werden, dass zumindest in den untersuchten Zeitschriftenartikeln eine rege Debatte über soziale Problemlagen und gesellschaftliche Ursachen für individuelle Probleme geführt wird. Es kann in Bezug auf die analysierte Zeitschrift also nicht davon ausgegangen werden, dass gesellschaftliche Ursachen sozialer Probleme infolge verstärkter Kosten-Nutzen-Überlegungen keine Berücksichtigung finden. Derartige Auswirkungen konnten allerdings teilweise im Rahmen von empirischen Studien beobachtet werden. (Dohnhauser 2005, 22ff; Schöppl 2006, 103ff; Wolfgruber 2006, 27)

Im Rahmen der analysierten Zeitschriftenartikel wurde weitestgehend die Ansicht vertreten, dass in sozialpädagogischen Settings auf die Bedürfnisse der NutzerInnen eingegangen werden sollte. Als Methode, um eine derartige Herangehensweise zu gewährleisten, wurde die Etablierung von Kontrakt-Management als Vereinbarungsform zwischen KlientInnen und sozialpädagogischen Organisationen diskutiert und durchwegs positiv beurteilt. Im Rahmen des Kapitels 4.3. wurde dargelegt, dass selbst die BefürworterInnen derartiger Zielvereinbarungen jedoch bemängeln, dass eine sinnvolle Umsetzung an den nicht vorhandenen Ressourcen scheitert. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass im Rahmen der analysierten Zeitschriftenartikel sich eine derartige Kritik nicht finden lässt.

Außerdem kann festgehalten werden, dass sich jene Artikel, die der Kategorie Konzepte und Methoden Sozialer Arbeit zugeordnet werden konnten, vor allem im Spannungsverhältnis zwischen nutzerInnenorientierter Hilfe und exklusions-verwaltender Kontrolle bewegen.

³⁴ An dieser Stelle drängt sich die Vermutung auf, dass dies mit der Veränderung der politischen Mehrheitsverhältnisse und der Angelobung der FPÖVP-Regierung Schüssel I nach den Wahlen 1999 in Zusammenhang stehen könnte (Talos 2003, 80ff).

10. Schlussbetrachtungen

Im Rahmen der Schlussbetrachtungen soll noch einmal an den Beginn der vorliegenden Diplomarbeit zurückgekehrt werden. Zur Fragestellung:

„Welche Bedeutung hat die Ökonomisierung des Sozialen für die Darstellung von sozialpädagogischem Handeln, seinen Handlungsfeldern und Zielgruppen in der Zeitschrift ‚Erziehung Heute‘ der Jahre 1990-2004?“

Im Zuge der Sichtung, der Ordnung, der Darstellung und vor allem der Interpretation des Untersuchungsmaterials hat sich herausgestellt, dass das Thema der Ökonomisierung des Sozialen tatsächlich in den Beiträgen der Zeitschrift „Erziehung Heute“ aus den Jahren 1990-2004 diskutiert wird. Besonders rund um die Jahrtausendwende wurden eingehende Auseinandersetzungen zu dieser Angelegenheit geführt.

Für die Darstellung der Zielgruppen ergeben sich mehrere Diskussionslinien: Die KlientInnen Sozialer Arbeit werden im Zuge der Dienstleistungsdebatte, die im theoretischen Teil der Arbeit als ein Element der Liberalisierungs- und Privatisierungstendenzen Sozialer Arbeit diskutiert wurde, als KundInnen sozialpädagogischer Betreuungsleistungen bezeichnet. Damit wird im Rahmen der Debatte vor allem eine verstärkte Orientierung an den Bedürfnissen und Lebenslagen der NutzerInnen erwartet. Durch die Regelungsmechanismen eines auf Angebot und Nachfrage basierenden Sozial-Marktes scheint jedoch auch die Annahme legitim, dass dadurch genuin pädagogische Elemente wie jene des „Grenzen setzen“ und „Besser Wissen“ (Bakic 2007, 108ff) aufgrund mangelnder Nachfrage der KundInnen verloren gehen könnten. Nichtsdestotrotz ist im Rahmen der analysierten Zeitschriftenartikel als präzises Anliegen sozialpädagogischen Handelns eine Orientierung an der individuellen Lebenssituation ihrer AdressatInnen zu erkennen.

Wenn über die Lebenszusammenhänge der Zielgruppen Sozialer Arbeit reflektiert wird, stehen vor allem die Auswirkungen der Tendenzen der Individualisierung und Entsolidarisierung im Zuge gesellschaftlicher Umbrüche im Mittelpunkt der Diskussion. Als Ergebnis in Bezug auf die Entwicklung der Arbeitsfelder kann hieraus geschlossen werden, dass es zu einer massiven Ausweitung sozialpädagogischer Handlungsfelder kommen könnte (bzw. bereits gekommen ist), da sich jene menschlichen und gesellschaftlichen Problemla-

gen, in denen Individuen auf psychosoziale Unterstützung angewiesen sind, mehr. Gleichzeitig deutet diese in den untersuchten Zeitschriftenartikeln doch sehr intensiv geführte Debatte zur Lebenssituation sozialpädagogischer KlientInnen darauf hin, dass auch durch die Etablierung marktkonformer Steuerungsmechanismen der Blick auf die Verursachungszusammenhänge sozialer Problemlagen³⁵ nicht verloren geht, wie dies von KritikerInnen der Ökonomisierungstendenzen befürchtet wird (vgl. Kapitel 2.). In die gleiche Richtung verweist auch die tatsächliche Entwicklung der Arbeitsfelder, die einen rasanten Anstieg im Verlauf des Untersuchungszeitraums erkennen lässt. Diese Entwicklung könnte aber nicht nur mit der Ausweitung individueller Problemlagen zu tun haben, sondern auch mit der Schaffung eines Sozial-Marktes, der sozialpädagogische Leistungsanbieter dazu anhält spezifizierte Produktpaletten zu entwickeln, um sich am sozialen Dienstleistungsmarkt verankern zu können.

Für die Entwicklung sozialpädagogischer Konzepte und Handlungsmethoden kann festgehalten werden, dass aufgrund der analysierten Zeitschriftenbeiträge der Eindruck entsteht, dass sie sich in einem Spannungsfeld zwischen Kostenkontrolle und NutzerInnenorientierung bewegt. Die durch die Neue Steuerung etablierten Kosten-Nutzen-Kalküle können vor allem dahingehend gedeutet werden, dass sie zur Etablierung eines technokratischen Erziehungsverständnisses beitragen könnten. Die AutorInnen der Artikel legen jedoch auch Wert darauf in ihrem sozialpädagogischen Methodenrepertoire auf Anregungen zur Selbstreflexion und eine anti-autoritär inspirierte Vereinbarungskultur zu setzen. Dabei wird die sich etablierende Kultur des Kontrakt-Managements als Vereinbarungsform durchaus positiv aufgegriffen.

Was beiden Spannungspolen inhärent ist, wenn auch in unterschiedlicher Perspektive, ist die Orientierung am Individuum. Im Rahmen von Ökonomisierungsideologien wie dem Homo Oeconomicus wird verstärkt auf Selbsthilfekräfte des Einzelnen gesetzt und sozialstaatliches Handeln dadurch delegitimiert. Doch auch die sozialpädagogische Methodendiskussion legt ihre Betonung vor allem auf die Einzelnen, auf ihre Problemlagen und Bedürfnisse. Selten wird in den analysierten Artikeln über die Rolle der Gruppe und der Gemeinschaft reflektiert.

³⁵ Dieser Blick auf die Verursachungszusammenhänge sozialer Probleme wird im Rahmen des Kapitel 3, insbesondere 3.2. Sozialpädagogische Konzepte und 3.3. Sozialpädagogische Handlungsmethoden als wichtiges Element sozialpädagogischen Handelns herausgearbeitet.

11. Literaturverzeichnis

Alford, John (2004): Dienstleistungsqualität in Australien. Kontraktualismus versus Partnerschaft. In: Beckmann, Christof; Otto, Hans-Uwe (Hrsg) (2004): Qualität in der Sozialen Arbeit. Zwischen Nutzerinteressen und Kostenkontrolle. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. 67-84

Altwater, Elmar; Mahnkopf, Birgit: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Verlag Westfälisches Dampfboot. Münster. 1997

Altwater, Elmar: Was passiert, wenn öffentliche Güter privatisiert werden? In: Ay, Peter; Grawert, Elke: Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt. Verlag Westfälisches Dampfboot. Münster. Nr. 90/91. 2003. 171-201

Angelo, Silvia; Raza, Werner; Wedl, Valentin (2004). Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen. Eine konzeptuelle, begriffliche und rechtliche Einführung ins Thema. AK-Wien.

Anthofer, Helmut: GATS und die Liberalisierung von Bildungsdienstleistungen. Eine Bestandsaufnahme. Wien. 2005

Aristoteles: Politik. Schriften zur Staatstheorie. Übersetzt und herausgegeben von Franz F. Schwarz. Reclam. Stuttgart. 1989

Auer, Hans/Haas, Reinhard/Keseric, Nenad/Stefanescu, Georgiana (2004): Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der europäischen Union und Österreich. Auswirkungen auf Preise, Qualität, Versorgungssicherheit und Universaldienste in den Sektoren Energie und Post. Ak-Wien. 2004

Baacke, Dieter (1979): Ausschnitt und Ganzes – Theoretische und methodologische Probleme bei der Erschließung von Geschichten. In: Baacke, Dieter; Schulze, Theodoer (Hg.): Aus Geschichten lernen. Zur Einübung pädagogischen Verstehens. Juventa. München

Badura, B./Gross, P.: Sozialpolitische Perspektiven. Eine Einführung in Grundlagen und Probleme sozialer Dienstleistungen. München. 1976

Bakic, Josef (2006): Qualitätsmanagement.
<http://www.sozialarbeit.at/archiv.php?glossar=true> (eingesehen 25.5.2006)

Bakic, Josef (2006a): Qualitätsmanagement. In: Dzierzbicka, Agnes; Schirlbauer, Alfred (Hrsg): Pädagogisches Glossar der Gegenwart. Von Autonomie zu Wissensmanagement. Löcker. Wien/Göttingen. 218-227.

Bakic, Josef (2007): Qualitätssicherung, Dienstleistungsorientierung und Lebensweltorientierte Bewältigungshilfe – neue Tendenzen einer Sozialpädagogik ohne pädagogischen Anspruch? Dissertation. Wien. 2007

Beck, Ulrich (1986). Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Suhrkamp. Frankfurt am Main.

- Beckmann, Ch.; Richter, M. (2005): „Qualität“ sozialer Dienste aus der Perspektive ihrer Nutzerinnen und Nutzer. In: Oelerich, G., Schaarschuch, A. (Hrsg.) (2005): Soziale Dienstleistungen aus Nutzersicht. Zum Gebrauchswert Sozialer Arbeit. Ernst Reinhardt Verlag, München und Basel.
- Biermann, Thomas: Dienstleistungs-Management. München und Wien. 1999
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend): Neunter Jugendbericht. Bericht über die Situation der Kinder- und Jugendlichen und die Entwicklung der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern. Bonn. 1994
- Böhnisch, Lothar: Der Sozialstaat und seine Pädagogik. Neuwied und Darmstadt. 1982
- Böllert, Karin/Nieke, Wolfgang (2002): Qualifikationsprofil Diplom-PädagogIn. In: Otto, Hans-Uwe/Rauschenbach, Thomas/Vogel, Peter (Hrsg.): Erziehungswissenschaft: Professionalität und Kompetenz. UTB. Leske+Budrich. Opladen. 65-78)
- Böllert, Karin (2004): Qualität und Wettbewerb sozialer Dienste. In: Beckmann, Christof; Otto, Hans-Uwe (Hrsg.) (2004): Qualität in der Sozialen Arbeit. Zwischen Nutzerinteressen und Kostenkontrolle. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. 121-133
- Buchka, Maximilian (2003): Konzepte sozialpädagogischer Praxis. In: Badry, Elisabeth/Buchka, Maximilian/Knapp, Rudolf (Hrsg.): Pädagogik Grundlagen und Sozialpädagogische Arbeitsfelder. Luchterhand. München/Unterschleißheim.
- Bude, Heinz (1993): Die soziologische Erzählung. In: Jung, Th; Müller-Doohm, S. (Hg.) (1993): „Wirklichkeit“ im Deutungsprozess. Verstehen und Methoden in den Kultur- und Sozialwissenschaften. Frankfurt am Main. Suhrkamp. 409-429
- Butterwege, Christoph (2004): Sozialstaat in der Sinnkrise. In: Otto, Hans Uwe; Thiersch, Hans u.a. (Hrsg). Neue Praxis. Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik. Wolters Kluwer Deutschland. 34. Jahrgang 2004/Heft 6. 591-597
- Butterwege, Christoph (2006). Die neoliberale Kritik am Wohlfahrtsstaat und der Legitimationsverlust des Sozialen. In: Hensen, Gregor (Hrsg): Markt und Wettbewerb in der Jugendhilfe. Ökonomisierung im Kontext von Zukunftsorientierung und fachlicher Notwendigkeit. Juventa. Weinheim und München.
- Combe, Arno/ Helsper, Werner (2002): Professionalität. In: Otto, Hans-Uwe/Rauschenbach, Thomas/Vogel, Peter (Hrsg.): Erziehungswissenschaft: Professionalität und Kompetenz. UTB. Leske+Budrich. Opladen 29-48
- Deming, William Edwards (1986). Out of the crisis. Massachusetts
- Dickhaus, Barbara; Dietz, Christina (2004): Öffentliche Dienstleistungen unter Privatisierungsdruck. Folgen der Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in Europa, Studie des Projekts „Privatisierung und öffentlich Güter im Privatisierungsprozess“ in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Weed und dem wissenschaftlichen Beirat von Attac. <http://www.attac-leipzig.de/allg/material/2005/dickhaus-dietz.pdf> (27.11.2008).
- Dimmel, Nikolaus (2005): Perspektiven der Sozialwirtschaft 2005-2015. Vergaberecht – Leistungsverträge – Sozialplanung. LIT Verlag. Wien

Dohnhauser, Karl/Haimer Martha/Pürner Peter/ Treiber, Christina/ Zänglein, Sandra (2005): Wohin mit der Sozialarbeit? Aspekte des politisch-strukturellen Wandels im Fonds Soziales Wien und in der MA 15 und deren Relevanz für das Arbeitsfeld und das subjektive Erleben von SozialarbeiterInnen. Unveröffentlichte Arbeit einer Forschungswerkstatt des FH-Studienganges Sozialarbeit. Wien. 2005

Elias, Norbert (1987): Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. 2. Band. Frankfurt am Main. 1982

Felber, Christian; Milborn, Corinna. Hochämter der globalen Liberalisierung: Die WTO-Ministerkonferenzen. In: Attac (Hg.). Die geheimen Spielregeln des Welthandels. WTO-GATS-TRIPS-MAI. Promedia. Wien. 2004. 50-59

Felber, Christian; Reimon, Michel (2003): Schwarzbuch Privatisierung. Wasser. Schulen. Krankenhäuser. Was opfern wir dem freien Markt? Ueberreuter. Wien.

Fischer, Jörg (2005): Von der katholischen Soziallehre zum aktivierenden Paradigma. Entwicklungsverläufe des Subsidiaritätsprinzips in der Ausgestaltung des Sozialstaates. In: Brumlik, Micha; Gängler, Hans u.a. (Hrsg.). Zeitschrift für Sozialpädagogik 1/2005. Juventa Verlag. Weinheim. 81-98

Flösser, Gabi: Soziale Arbeit jenseits der Bürokratie. Über das Management des Sozialen. Neuwied. 1994

Foucault, Michel (2006): Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II. Suhrkamp. Frankfurt am Main.

Frehr, Hans-Ulrich (1999): Total Quality Management. In: Masing Walter (Hg.): Handbuch Qualitätsmanagement. Wien/München. 31-48

Galiläer, Lutz (2005): Pädagogische Qualität. Perspektiven der Qualitätsdiskurse über Schule, Soziale Arbeit und Erwachsenenbildung. Weinheim und München.

Galuske, Michael (2002): Flexible Sozialpädagogik. Elemente einer Theorie Sozialer Arbeit in der Arbeitsgesellschaft. Weinheim/München.

Galuske, Michael (2002a): Methoden der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. Juventa. Weinheim und München

Galuske, Michael (2007): "Wenn Soziale Arbeit zum Management wird...". Anmerkungen zum aktivierenden Umbau der Sozialen Arbeit und seinen Niederschlägen in der Methodendebatte. In: Krauß, E.Jürgen; Möller, Michael; Münchheimer, Richard (Hrsg.): Soziale Arbeit zwischen Ökonomisierung und Selbstbestimmung. Kassel university press GmbH, Kassel. 333-376

Galuske, Michael/Müller, Wolfgang C. (2005): Handlungsformen in der Sozialen Arbeit. In: Thole, Werner (Hrsg.): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. 485-508

Geißler, Harald (2001): Methode. In: Lenzen, Dieter/Rost, Friedrich (Hrsg.): Pädagogische Grundbegriffe. Rowohlt Taschenbuch Verlag. Reinbek bei Hamburg. 1045-1052

Geißler, Karlheinz A./Hege, Marianne (2001): Konzepte sozialpädagogischen Handelns. Beltz Verlag. Weinheim und Basel

Grunwald, Klaus (2004): Management in Einrichtungen der Sozialen Arbeit. In: Otto, Hans Uwe; Thiersch, Hans u.a. (Hrsg). Neue Praxis. Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik. Wolters Kluwer Deutschland. 34. Jahrgang 2004/Heft 3. 241-258

Hamann, Bruno (1994): Theorie pädagogischen Handelns. Strukturen und Formen erzieherischer Einflußnahme. Ludwig Auer GmbH. Donauwörth

Hammer, Elisabeth (2006): Sozialpolitik im Dienste der Standortsicherung. Die Soziale Arbeit als Handlanger für einen neoliberalen Zeitgeist? Online: www.sozialarbeit.at Stand: 21.9.2006)

Hammerschmidt, Peter (2005): Zur Rolle der Caritas bei der Neuformulierung des Subsidiaritätsprinzips im Bundessozialhilfegesetz und im Jugendwohlfahrtsgesetz von 1961. In: Brumlik, Micha; Gängler, Hans u.a. (Hrsg). Zeitschrift für Sozialpädagogik 2/2005. Juventa Verlag. Weinheim. 185-204

Harris, John. Scientific Management, Bureau-Professionalism, New Managerialism: The Labour Process of State Social Work. In: Mullender, Audrey (Hrsg). The British Journal of Social Work. Nr.6. Oxford University Press. Oxford UK. Dezember 1998. 839-862

Hauschild, Peter u.a.: Privatisierung: Wahn & Wirklichkeit. VSA. Hamburg. 2004

Hege, Marianne (2001): Kunst oder Handwerk? – Konzeptionelle und methodische Eckpfeiler sozialpädagogischen Fallverstehens. In: Ader, Sabine; Schrappner, Christian; Thiesmeier, Monika (Hg.): Sozialpädagogisches Fallverstehen und sozialpädagogische Diagnostik in Forschung und Praxis. Votum Verlag. Münster. 12-21

Heid, Helmut (2000): Qualität: Überlegungen zur Begründung einer pädagogischen Beurteilungskategorie. In: Helmke, Andreas; Hornstein, Walter; Terhart, Ewald (Hg.): Qualität und Qualitätssicherung im Bildungsbereich: Schule, Sozialpädagogik, Hochschule. 41. Beiheft Zeitschrift für Pädagogik. Weinheim/Basel. 41-51

Helsper, Werner (2007): Pädagogisches Handeln in den Antinomien der Moderne. In: Krüger, Heinz-Hermann/Helsper, Werner (Hrsg.): Einführung in Grundbegriffe und Grundfragen der Erziehungswissenschaft. UTB. Verlag Barbara Budrich. Opladen und Farmington Hills. 15-34

Hensen, Gregor (2006): Rekonstruktion der Ökonomisierung zwischen subjektbezogenen Strategien und gesellschaftlicher Herausforderungen. In: Hensen, Gregor (Hrsg.): Markt und Wettbewerb in der Jugendhilfe. Ökonomisierung im Kontext von Zukunftsorientierung und fachlicher Notwendigkeit. Juventa. Weinheim und München. 159 – 186.

Hollstein, Walter (1973): Sozialarbeit im Kapitalismus. Themen und Probleme. In: Hollstein, Walter; Meinhold, Marianne (Hrsg.): Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen. Fischer-Taschenbücher. Frankfurt am Main.

Hollstein, Walter; Meinhold, Marianne (Hrsg.) (1973): Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen. Fischer-Taschenbücher. Frankfurt am Main.

Hornstein, Walter (2000): Qualität und Evaluation in der Sozialpädagogik. In: Helmke, Andreas/Hornstein, Walter/Terhart, Ewald (Hrsg.): Qualität und Qualitätssicherung im Bildungsbereich: Schule, Sozialpädagogik, Hochschule. 41. Beiheft der Zeitschrift für Pädagogik. Weinheim/Basel. 129-136

Hörster, Reinhard (2007): Pädagogisches Handeln. In: Krüger, Heinz-Hermann/Helsper, Werner (Hrsg.): Einführung in Grundbegriffe und Grundfragen der Erziehungswissenschaft. UTB. Verlag Barbara Budrich. Opladen und Farmington Hills. 35-44

Huemer, Angela (2003): Verdienen an Flüchtlingen. In: AK und ÖGB (Hrsg.): Arbeit und Wirtschaft. Ausgabe 09/2003.

Huffschmid, Jörg (2004): Die Privatisierung der Welt. In: Attac (Hrsg.) 2004: Die Privatisierung der Welt. Hintergründe, Folgen, Gegenstrategien. Reader des wissenschaftlichen Beirats von Attac. Hamburg: VSA-Verlag: 9-17.)

Hütte, Michael (1998): Qualitätssicherung in der Jugendhilfe. Chance zur verbesserten Legitimation vergesellschafteter Kosten oder der Weg in eine technokratische Pädagogik? In: Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (Hg.): Forum Erziehungshilfen 2/98

Juran, Joseph Moses (1995): A History of Managing for Quality. The Evolutions, Trends and Future Direction of Managing for Quality. Illinois

Kämmerer, Jörn Axel: Privatisierung. Typologie – Determinanten – Rechtspraxis – Folgen. Mohr Siebeck. Tübingen. 2001

Keller, Reiner (1997): Diskursanalyse. In: Hitzler, Ronald/Honer, Anna (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. UTB für Wissenschaft. Leske+Budrich. Opladen. 309-334

Keller, Reiner (2007): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden

Kellner, Johannes (2006): Ökonomisierung der Sozialarbeit. Eine Untersuchung des österreichischen Fachdiskurses. Online unter: www.sozialarbeit.at (Stand 26.2.2009)

Keupp, Heiner: Psychosoziale Versorgung. In: Eyferth, Hanns; Otto, Hans-Uwe; Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch zur Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Luchterhand. Neuwied und Darmstadt. 1984. 823-841

Kessl, Fabian; Otto, Hans-Uwe (2002): Entstaatlicht? Die neue Privatisierung personenbezogener sozialer Dienstleistungen. In: Otto, Hans Uwe; Thiersch, Hans u.a. (Hrsg). Neue Praxis. Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik. Wolters Kluwer Deutschland. 32. Jahrgang 2002/Heft 2. 122-139

Kessl, Fabian (2002): Ökonmisierung. In: Schröer, Wolfgana; Struck, Norbert; Wolff, Mechthild (Hrsg): Handbuch Kinder- und Jugendhilfe. Juventa. Weinheim und München. 1113 – 1128.

Kessl, Fabian (2005): Von der Notwendigkeit einer Politischen Theorie Sozialer Arbeit. In: Otto, Hans Uwe; Thiersch, Hans u.a. (Hrsg). Neue Praxis. Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik. Wolters Kluwer Deutschland. 35. Jahrgang 2005/Heft 3. 216-218

Kirchhöfer, Dieter (2004): Die 'Entgrenzung' des Pädagogischen – die Götterdämmerung der pädagogischen Handlungsanweisungen. In: Hoffmann, Dieter/Gaus, Detlef/ Uhle Reinhard (Hrsg.): Pädagogische Theorien und pädagogische Praxis. Zur Handlungsrelevanz von Erziehungswissenschaft. Verlag Dr. Kovac. Hamburg 79-96

Klatetzki, Thomas (2001): Kollegiale Beratung als Problem, sozialpädagogische Diagnostik ohne Organisation. In: Ader, Sabine; Schrapper, Christian; Thiesmeier, Monika (Hg.): Sozialpädagogisches Fallverstehen und sozialpädagogische Diagnostik in Forschung und Praxis. Votum Verlag. Münster. 22-30

Kleining, Gerhard (1995). Lehrbuch Entdeckende Sozialforschung. München. PVU

Köpp, Christina / Neumann, Sascha (2003): Sozialpädagogische Qualität. Problembezogene Analysen zur Konzeptualisierung eines Modells. Weinheim und München

Kreft, Dieter; Mielenz, Ingrid (Hrsg.) (2005): Wörterbuch Soziale Arbeit. Aufgaben. Praxisfelder und Methoden der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Juventa Verlag. Weinheim und München.

Kruse, Jan (2005): Reflektierte Subjektivität als Programm einer professionellen Kultur Sozialer Arbeit. In: Beckmann, Christof; May Michael; u.a. (Hrsg). Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Kleine Verlag GmbH. Bielefeld. 25. Jahrgang/Ausgabe 96. 49-60

Krüger, Heinz-Hermann/ Rauschenbach, Thomas (Hrsg.)(2006): Einführung in die Arbeitsfelder des Bildungs- und Sozialwesens. UTB. Verlag Barbara Budrich. Opladen und Farmington Hills

Loesch, Achim von (1987): Privatisierung öffentlicher Unternehmen. Ein Überblick über die Argumente. Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden. 1987

Lutz, Ronald (2005): Erschöpfte Sozialarbeit? Eine Rekonstruktion ihrer Rahmungen. In: Otto, Hans Uwe; Thiersch, Hans (Hrsg). Neue Praxis. Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik. Wolters Kluwer Deutschland. 35. Jahrgang 2005/Heft 2. 126-144

Marotzky, Wilfried/Nohl, Arnd-Michael/Ortlepp, Wolfgang (2005): Einführung in die Erziehungswissenschaft. Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden

May, Michael (1997): Kritik der Dienstleistungsorientierung in der Sozialen Arbeit. In: Neue Praxis. Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik 27. 1997. 371-378

May, Michael; Kessl, Fabian (2000): Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Heft 77. Kleine Verlag. Bielefeld

Mayring, Philipp (1996): Einführung in die qualitative Sozialforschung. Beltz Psychologie Verlags Union. Weinheim

Mayring, Philipp (1997): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Beltz Deutscher Studienverlag. Weinheim

Mayring, Philipp (2002): Qualitative Sozialforschung. Beltz Verlag. Weinheim und Basel

Merchel, Joachim (2004): Qualität als Verhandlungssache. Kontraktsteuerung und Professionalisierung sozialer Dienste. In: Beckmann, Christof; Otto, Hans-Uwe (Hrsg) (2004): Qualität in der Sozialen Arbeit. Zwischen Nutzerinteressen und Kostenkontrolle. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. 133-154

Muetzelfeldt, Michael (2000): Markt, Organisation und Profession. Erfahrungen aus dem australischen ‚Contract State‘. In: Otto, Hans-Uwe; Schnurr, Stefan (Hrsg) (2000): Privatisierung und Wettbewerb in der Jugendhilfe. Marktorientierte Modernisierungsstrategien in internationaler Perspektive. Luchterhand. Neuwied, Kriftel. 65-86

Müller, Burkhard (1984): Sozialpädagogisches Handeln. In: Eyferth, Hanns/Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch Sozialpädagogik/Sozialarbeit. Luchterhand. Neuwied und Darmstadt. 1045-1058

Müller, Burkhard K. (2001): Methoden. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit Sozialpädagogik. Luchterhand. Neuwied, Kriftel. 1194-1205

Müller, Burkhard (2002): Sozialpädagogische Interaktions- und Klientenarbeit. In: Otto, Hans-Uwe/Rauschenbach, Thomas/ Vogel, Peter (Hrsg.): Erziehungswissenschaft: Professionalität und Kompetenz. UTB. Leske und Budruch. Opladen. 79-90

Müller, C.Wolfgang (2001): Helfen und Erziehen. Soziale Arbeit im 20.Jahrhundert. Weinheim und Basel.

Nieke, Wolfgang (2002): Kompetenz. In: Otto, Hans-Uwe/Rauschenbach, Thomas/Vogel, Peter (Hrsg.): Erziehungswissenschaft: Professionalität und Kompetenz. UTB. Leske+Budrich. Opladen. 13-28

Niemeyer, Christian (2002): Das Böse und die Pädagogik. In: Vierteljahresschrift für wissenschaftliche Pädagogik 78. 316-346

Niemeyer, Christian (2003): Das Böse und die Sozialpädagogik. In: Niemeyer, Christian (2003): Sozialpädagogik als Wissenschaft und Profession. Grundlagen, Kontroversen, Perspektiven. Weinheim/München. 204-249

Orthey, Frank Michael (2006): Dienstleistung. In: Dzierzbicka, Agnieszka; Schirlbauer, Alfred (Hg.): Pädagogisches Glossar der Gegenwart. Von Autonomie bis Wissensmanagement. Löcker. Wien/Göttingen. 68-77

Orwell, George (1976): 1984. Frankfurt am Main.

Otto, Hans-Uwe; Schnurr, Stefan (2000): Playing the Market Game? – Zur Kritik markt- und wettbewerbsorientierter Strategien einer Modernisierung der Jugendhilfe in internationaler Perspektive. In: Otto, Hans-Uwe; Schnurr, Stefan (Hrsg.): Privatisierung und Wettbewerb in der Jugendhilfe. Marktorientierte Modernisierungsstrategien in internationaler Perspektive. Luchterhand. Neuwied, Kriftel. 3-23

Otto, Hans-Uwe (2002): Hartz & Co – Forderungen für die Soziale Arbeit. In: : Otto, Hans Uwe; Thiersch, Hans u.a. (Hrsg). Neue Praxis. Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik. Wolters Kluwer Deutschland. 32. Jahrgang 2002/Heft 4. 413-415

Pelizzari, Alessandro (2001): Die Ökonomisierung des Politischen. UVK. Konstanz

Pelizzari, Alessandro (2004). Besser, Billiger, Bürgernäher? Privatisierungspolitik und ihre Hintergründe. In: Attac (Hrsg.): Die Privatisierung der Welt. Hintergründe, Folgen, Gegenstrategien. Reader des wissenschaftlichen Beirats von Attac. Hamburg: VSA-Verlag: 20-26

Peters, Friedhelm (2004): Qualitätsentwicklung unter den Bedingungen von Markt und Wettbewerb. In: Beckmann, Christof; Otto, Hans-Uwe (Hrsg) (2004): Qualität in der Sozialen Arbeit. Zwischen Nutzerinteressen und Kostenkontrolle. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. 155-175

Pircher, Gerhard (2003): Ausgliederungsmodelle und ihre Vor- und Nachteile. In: Gröhs, Bernhard; Havranek, Christian; Lang, Michael u.a.: Ausgliederungen. Privatwirtschaftliche Aktivitäten der öffentlichen Hand. Linde Verlag. Wien

Posch, Klaus (2004): Sozialmanagement. In: Knapp, Gerald (Hrsg.) Soziale Arbeit in Österreich. Entwicklungen und Perspektiven. Verlag Hermagoras/Mohorjeva. Klagenfurt/Velovec - Ljubljana/Laibach – Wien/Dunaj. 404-433

Prange, Klaus/Strobel-Eisele, Gabriele (2006): Die Formen des pädagogischen Handelns. Eine Einführung. Kohlhammer Urban Taschenbücher. Stuttgart

Radtke, Frank-Olaf (1985): Hermeneutik und soziologische Forschung. In: Bonß, W.; Hartmann, H. (Hg): Entzauberte Wissenschaft. Zur Relativität und Geltung soziologischer Forschung. Verlag Otto Schwartz & Co. Göttingen. 321-349

Ranftler, Judith/ Strahner, Tamara/Wolfgruber, Gudrun/Diebäcker, Marc (2006): Sozialarbeit mit AsylwerberInnen – Grundversorgung für AsylwerberInnen. Das Asylzentrum der Caritas Wien. Online unter: <http://www.sozialarbeit.at/archiv.php?documents=true> (Stand: 11.3.2009)

Rechnungshof (Hrsg.) (2007): Bericht des Rechnungshofes. Flüchtlingsbetreuung. 2007/1. Wien.

Rupp, Bernhard; Schmid, Tom (2008): Die Förderung nach §21b BPGG. Ergebnisse einer ersten Evaluierung. Sozialökonomische Forschungsstelle. Wien.

Rustemeyer, Ruth (1992): Praktisch-methodische Schritte der Inhaltsanalyse. Aschendorf Verlag. Münster

Schaarschuch, Andreas (1996): Dienst-Leistung und Soziale Arbeit. Theoretische Überlegungen zur Rekonstruktion Sozialer Arbeit als Dienstleistung. In: May, Michael; Schaarschuch, Andreas: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Klienten, Kunden, Könige oder: Wem dient die Dienstleistung? Heft 59. Offenbach/Main. 87-100

Schaarschuch, Andreas (1999): Theoretische Grundelemente Sozialer Arbeit als Dienstleistung. Ein analytischer Zugang zur Neuorientierung Sozialer Arbeit. In: Neue Praxis, 29 Jg., 543 - 560

Schaarschuch, Andreas (2003): Die Privilegierung des Nutzers. Zur theoretischen Begründung sozialer Dienstleistung. In: Olk, Thomas; Otto, Hans-Uwe (Hg): Soziale Arbeit als Dienstleistung. Grundlegungen, Entwürfe und Modelle. München/Unterschleißheim, 150-169

Scheipl, Josef (2003): Soziale Arbeit – Sozialpolitik: Verhältnisse, Anregungen und Spannungsmomente. In: Lauermaun, Karin; Knapp, Gerald (Hrsg): Sozialpolitik in Österreich. Perspektiven in Theorie und Praxis. Hermagoras/Mohorjeva. Klagenfurt/Celovec–Ljubljana/Laibach–Wien/Dunaj. 138-169

Scheipl, Josef (2004): Von der Hilfe zur (personenbezogenen) sozialen Dienstleistung. In: Knapp, Gerald (2004) (Hrsg.): Soziale Arbeit und Gesellschaft. Entwicklungen und Perspektiven in Österreich. Verlag Hermagoras/Mohorjeva. Klagenfurt/Celovec – Ljubljana/Laibach – Wien/Dunaj. 213-240

Schnurr, Stefan (2003): Sozialpädagogische Professionalität in marktförmig strukturierten Organisationskontexten. Zur qualitativ-empirischen Rekonstruktion von Ermessen. In: Otto, Hans-Uwe; Oelerich, Gertud; Micheel; Heinz-Günter. Empirische Forschung und Soziale Arbeit. Ein Lehr- und Arbeitsbuch. Luchterhand. Darmstadt. 327-348

Schnurr, Stefan (2005). Managerielle Deprofessionalisierung? In: Otto, Hans Uwe; Thiersch, Hans (Hrsg). Neue Praxis. Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik. Wolters Kluwer Deutschland. 35. Jahrgang/Heft 3. 238-242

Schöppl, Christina (2006): Neue Steuerungsmodelle in der Sozialen Arbeit als Teil einer neoliberalen Offensive. Diplomarbeit des Fachhochschulstudienganges Sozialarbeit. Wien.

Schüle, J. (1987): Theorie der Institution. Eine dogmengeschichtliche und konzeptionelle Analyse. Opladen. 1987

Schwabe, Matthias (1996): Wer sind unsere Kunden? Wie definieren sich unsere Aufträge? Worin bestehen unsere Leistungen? Wie die Dienstleistungs-Metapher der Jugendhilfe zu neuen Einsichten verhelfen kann! In: May, Michael; Schaarschuch, Andreas: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Klienten, Kunden, Könige oder: Wem dient die Dienstleistung? Heft 59. Offenbach/Main. 11-31

Steinbauer, Bernd Stefan (2010): Flüchtlingsbetreuung: Who cares? Vergleich der Auswirkungen einer gewinnorientierten und einer gemeinnützigen Organisationsstruktur auf die Betreuung von Flüchtlingen. Diplomarbeit. Universität Wien.

Steinert, Erika; Thiele, Gisela (2000): Zum Verhältnis qualitativer und quantitativer Forschung. In: Spiegelberg, Rüdiger; Wüstendorfer, Werner (Hrsg.) Sozialarbeitsforschung für Studium und Praxis. Einführung in die qualitativen und quantitativen Methoden. Köln/Wien/Aarau. Fortis Verlag. 29-60

Stelzer-Orthofer, Christine (2008): Aktivierung und Soziale Kontrolle. In: Bakic, Josef; Diebäcker Marc; Hammer, Elisabeth (Hg.): Aktuelle Leitbegriffe der Sozialen Arbeit. Ein kritisches Handbuch. 11-25. Erhard Löcker GesmbH. Wien

Stimmer, Franz (2000): Lexikon der Sozialpädagogik und der Sozialarbeit. R. Oldenbourg Verlag. München/Wien.

Strahner, Tamara/Wolfgruber, Gudrun/ Diebäcker, Marc/ Ranftler, Judith (2006): Fachliches Arbeiten in der Vollen Erziehung – Eine Fallstudie am Beispiel des Wiener Krisenzentrums Neutorgasse der Magistratsabteilung 11“ online unter: <http://www.sozialarbeit.at/archiv.php?documents=true&filter=6> (eingesehen: 9.3.2009)

Sünker, Heinz. Gelingende Sozialität als Ziel sozialer Arbeit. In: Otto, Hans Uwe; Thiersch, Hans u.a. (Hrsg). Neue Praxis. Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik. Wolters Kluwer Deutschland. 35. Jahrgang 2005/Heft 3. 251-256

Szynka, Peter. Professionalität und die Kriterien guter Arbeit bei Saul d. Alinsky. In: Beckmann, Christof; May Michael; u.a. (Hrsg.). Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Kleine Verlag GmbH. Bielefeld. 25. Jahrgang/Ausgabe 96. 61-74

Talos, Emmerich (2003): Sozialstaat Österreich: Probleme und Veränderungen. In: Rosenberger, Sieglinde/Talos, Emmerich (Hg.): Sozialstaat. Probleme, Herausforderungen, Perspektiven. Mandelbaum Verlag. Wien. 80-95

Thiersch, H.-E. (1995): Wohlfahrtsstaat im Umbruch – Perspektiven der Sozialen Arbeit. In: Neue Praxis. Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik 25. 311-323

Thiersch, Hans (2002): Positionsbestimmungen der Sozialen Arbeit – Gesellschaftspolitik, Theorie und Ausbildung. Weinheim/München.

Thiersch, Hans (2002a): Sozialpädagogik – Handeln in Widersprüchen?. In: Otto, Hans-Uwe/Rauschenbach, Thomas/Vogel Peter (Hrsg.): Erziehungswissenschaft: Professionalität und Kompetenz. UTB. Leske und Budrich. Opladen 2002. 209-222

Thiersch, Hans (2005): Begriffspolitik in der Krise der Sozialen Arbeit. In: Otto, Hans Uwe; Thiersch, Hans u.a. (Hrsg.). Neue Praxis. Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik. Wolters Kluwer Deutschland. 35. Jahrgang 2005/Heft 3. 246-250

Volkmer, Ingrid (1989): Empirie und Empathie. Ein Plädoyer für mehr Inhaltsdeutung. In: Bos, Wilfried/Tarnai, Christian (Hrsg.): Angewandte Inhaltsanalyse in Empirischer Pädagogik und Psychologie. Waxmann Wissenschaft. Münster/New York. 48-60

White, Vicky (2000). Profession und Management. Über Zwecke, Ziele und Mittel der Sozialen Arbeit. In: May Michael; Kessl Fabian u.a. (Hrsg.). Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Kleine Verlag GmbH. Bielefeld. 20. Jahrgang/Ausgabe 77. 9-28

Wimmer, Günter (2004): Private versus öffentliche Anbieter sozialer Dienstleistungen. Diplomarbeit. Wien

Winkler, Michael (2008): Management und Steuerung. In: Bakic, Josef; Diebäcker, Marc; Hammer, Elisabeth (Hg.): Aktuelle Leitbegriffe der Sozialen Arbeit. Ein kritisches Handbuch. Erhard Löcker GesmbH. Wien.

Wolfgruber, Gudrun/Diebäcker, Marc/Ranftler, Judith/Strahner, Tamara (2006): Femistische Sozialarbeit zwischen Institutionalisierung und Autonomie – Die Beratungsstelle des „Vereins Wiener Frauenhäuser“. Online unter:
<http://www.sozialarbeit.at/archiv.php?documents=true&filter=6> (Stand: 10.3.2009)

Wöhrle, A. (2002): Durchbruch. In: Sozialmanagement 12, Heft 1

Zeuner, Bodo (1998). Das Politische wird immer privater. Zu neoliberaler Privatisierung und linker Hilflosigkeit. In: Heinrich, Michael/Messner, Dirk (Hg.). Globalisierung und Perspektiven linker Politik. Festschrift für Elmar Altvater zum 60. Geburtstag, Münster: Westfälisches Dampfboot, 284-300.

Ziegler, Jean (2003): Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher. C. Bertelsmann Verlag. München

11.1. Internetquellen

Behörde für Inneres, Landesamt für Verfassungsschutz (o.J.): Anti-Globalisierungskampagne. Arbeitsfeld Linksextremismus. <http://www.hamburg.de/linksextremismus/231316/anti-globalisierungskampagne-artikel.html> (eingesehen 6.1.2010)

BVergG 2006 – Anhänge (2006)
<http://www.bka.gv.at/Docs/2006/1/5/BVergG%202006%20Anh%C3%A4nge%20Gesetzesbeschlus%20NR.pdf> (eingesehen 24.5.2006)

BVergG 2006. Beschluss des Nationalrates (2006): Bundesgesetz über die Vergabe von Aufträgen. 1171 der Beilagen XXII.GP.
<http://www.bka.gv.at/Docs/2006/1/5/BVergG%202006%20Gesetzesbeschluss%20NR.pdf> (eingesehen 12.4.2006)

Diebäcker, Marc (2007): Von der Ökonomisierung des Politischen zur Entpolitisierung Sozialer Arbeit. <http://www.wien-sozialarbeit.at/Aktuelles2007/2007024/ThesenPapierDiebaecker20071109.pdf> (eingesehen 2.1.2010)

Fond Soziales Wien 1 (o.J.): Entwicklung und „Geschichte“ des Fonds Soziales Wien.
http://www.fsw.at/Ueber_den_Fsw/Geschichte.htm (eingesehen 22.4.2005)

Fonds Soziales Wien 2 (2006/1): Allgemeine Förderrichtlinien.
<http://www.fsw.at/doc/Dokumente/Foerderrichtlinien/FRL%20allgemein.pdf> (eingesehen 27.4.2006)

Fonds Soziales Wien 3 (2006/2): Förderrichtlinien.
<http://www.fsw.at/Dokumente/foerderrichtlinien.htm#allgemein> (eingesehen 27.4.2006)

George, Susan (2000): Fixing or Nixing the WTO. In: Le Monde Diplomatique. Nr.1/Jänner 2000. <http://mondediplo.com/2000/01/07george> (eingesehen 6.1.2010)

ÖQS (o.J.): ISO 9000ff.
<http://www.quality-austria.at/index.php?id=625&L=1%20onmousedown%3D> (eingesehen 25.5.2006)

Pachner, F. (2006): Einführung in das materielle Bundesvergaberecht. BVergG 2006. BGBl.I Nr.17/2006. BMWA
http://216.239.59.104/search?q=cache:WK-y9oZ3c_oJ:www.bmwa.gv.at/NR/rdonlyres/F6FC0239-4369-4DD7-8E13-1BF43D6479A6/21962/EinfhrungindasmaterielleBundesvergaberecht.ppt+einf%C3%BChrung+in+das+materielle+bundesvergaberecht&hl=de&gl=at&ct=clnk&cd=3&client=firefox-a (eingesehen: 25.5.2006)

Water and more (o.J.): Kurzzusammenfassung des Bundesvergabegesetz 2002.
<http://www.waterandmore.at/deutsch/procon/procontra-recht-01.html> (eingesehen: 23.5.2006)

12. Abkürzungsverzeichnis

EU – Europäische Union

FSW – Fond Soziales Wien

ISO – International Standard Organisation

IWF – Internationaler Währungsfonds

NPM – New Public Management

OECD – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

ÖBB – Österreichische Bundesbahn

ÖQS – Österreichische Vereinigung zur Zertifizierung von Qualitätssicherungssystemen

PSD – Psychosozialer Dienst

QM – Qualitätsmanagement

QS - Qualitätssicherung

WTO – World Trade Organisation

Kurzzusammenfassung

Das Thema der Ökonomisierung sozialpädagogischer Arbeit wird nicht nur in sozialwissenschaftlichen Journalen behandelt; auch in sozialpädagogischen Fachzeitschriften, die sich an in der Praxis stehende PädagogInnen wenden, spiegeln sich diese Entwicklungen wider. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, die Diskussionen, die in einer ausgewählten sozialpädagogischen Fachzeitschrift („Erziehung Heute“) im Zeitraum 1990 - 2004 geführt wurden, zu beleuchten.

Im Rahmen einer Zeitschriftenanalyse wurde einerseits der Frage nachgegangen, ob die Ökonomisierung des Sozialen, in Bezug auf die Gesellschaft und das Individuum, die Diskussionen über Zielgruppen, Aufgabenfelder, Konzepte und Handlungsmethoden Sozialer Arbeit beeinflusst; andererseits wurde auch erkundet, inwiefern sich aktuelle Vergabepraxen sozialpädagogischer Dienstleistungen auf die Diskussionen im Rahmen der analysierten Zeitschrift auswirken.

Für die Debatte im Rahmen der untersuchten Quellen zur Ökonomisierung Sozialer Arbeit kann gesagt werden, dass sie sehr ambivalent geführt wurde. Es werden damit durchaus Hoffnungen auf die Entwicklung von mehr Vielfalt und Flexibilität sozialpädagogischer Herangehensweisen, auf die Befreiung von bürokratischen Auflagen und auf die Möglichkeit einer vertieften Auseinandersetzung mit den Problemlagen der NutzerInnen Sozialer Arbeit verbunden. Es gibt auf der anderen Seite aber auch die Befürchtung, dass durch Privatisierungs- und Liberalisierungstendenzen pädagogische Interventionen zu technokratischen Beeinflussungsbemühungen verkommen. In Zusammenhang damit wird beobachtet, dass sich die Betreuungstiefe sozialpädagogischer Interventionen verringert und es aufgrund des Kostendrucks zu einem Ausschluss von Hilfsbedürftigen aus dem Betreuungsangebot kommen kann.

Für die sozialpädagogische Theorienbildung und Praxis stellt sich damit gleichermaßen die Aufgabe, eine Ökonomisierung Sozialer Arbeit, die genuin sozialpädagogische Anliegen ignoriert, entweder abzuwehren oder in Formen zu transformieren, die aus sozialpädagogischer Sicht sinnvoll erscheinen.

Abstract

The commodification of social work is not discussed solely in social science journals in general, but also in social journals which are addressing social pedagogues directly. Task of the present thesis is to illuminate the discussions that took place in the Austrian socio-scientific journal "Erziehung Heute" between 1990 and 2004.

The journal analysis examines, on the one hand, the influence of the commodification of social spheres on the discussions about target groups, responsibilities, policies and the path of acting by social workers. On the other hand, the analysis of "Erziehung Heute" also explores the impact of current procurement of socio-services to the discussions in the journal.

The analysis shows that the debate about commodification was conducted in a very ambivalent way. There are definitely hopes that the commodification will bring more diversity and flexibility to the social work, and that this development will also lead to a liberation from bureaucratic constraints and to a deeper engagement with the problems of the users of social services. On the other hand there is fear that educational interventions become technocratic because of the influence of privatization and liberalization trends. On a related note, some analyzed articles report about reductions of the depth of socio-care interventions and about the exclusion from the support services of those in need because of cost pressure.

For the socio-educational theory and practice, this raises the task either to repel or to transform the commodification of social work into forms, which seem to make sense from a pedagogical point of view.

Lebenslauf

Name: Marion Hackl
Geburtsdatum: 5.9.1979

Bildungslaufbahn:

2001 – 2010: Studium der Pädagogik an der Universität Wien
2004 – 2005: Mitarbeit beim Forschungsprojekt „Globalisierung und Bildung“ unter der Leitung von Ass. Prof. Dr. Johannes Gstach
1999 – 2002: Studium der Architektur an der Technischen Universität Wien
1998 – 2001: Studium der Philosophie an der Universität Wien
1998 – 1999: Studium der Geschichte, der Pädagogik und der Kultur- und Sozialanthropologie an der Universität Wien
1994 – 1998: BORG Krems
1990 – 1994: BG Rechte Kremszeile
1986 – 1990: VS Niederranna

Berufliche Tätigkeiten:

Seit 2009: Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kinderrechte und Elternbildung
2006 – 2007: Sozialpädagogische Arbeit mit Kindern und Müttern des Mutter-Kind-Heimes „Rat und Hilfe“
2005: Tutorin am Institut für Bildungswissenschaften bei Dr. Johannes Gstach zum Thema „Jugend und Arbeit“
2004: Sozialpädagogische Arbeit mit Asylwerberinnen im Flüchtlingsheim Wien 21 der Volkshilfe Wien
2002: Persönliche Assistenz für eine Rollstuhlfahrerin
2001 – 2002: Persönliche Assistenz für eine psychisch labile Frau mit körperlichen Behinderungen
2001 – 2002: Arbeitsassistenz für Menschen mit Behinderung bei der Integration Wien
2000 – 2002: Lernassistenz für Jugendliche mit Lernschwächen bei der Integration Wien
1997: Feriapraktikum in der Tageswerkstätte Krems der Caritas

Publikationen:

Hackl, Marion; Hannes, Caterinna; Kaltseis, Regina u.a. (2009): Armut aus Kinderperspektive. Eine interdisziplinäre Annäherung an das Phänomen Kinderarmut. Institut für Kinderrechte und Elternbildung.

www.kinderrechteinstitut.at/index.php?action=Lesen&Article_ID=21141

Hackl, Marion; Moser, Winfried (2009): Medienkompetenz und Ernährungsbewusstsein von Kindern. Eine explorative Untersuchung bei 6 bis 12jährigen Kindern in Horten im Gebiet Wien. Institut für Kinderrechte und Elternbildung.

www.kinderrechteinstitut.at/index.php?page_new=30300

Hackl, Marion (2008): Otto Felix Kanitz und der Schönbrunner Kreis. In: Ackerl, Josef; Dobsberger, Bernd; Rammer, Gernot (Hrsg.): Texte der Freundschaft. Zur Geschichte der Kinderfreunde 1908 – 2008. Kinderfreunde Bundesorganisation. Wien/Linz. 37 – 48.